

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

MÄRZ 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes im Februar und Anfang März 1949	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	8
Außenwirtschaft	10
Produktion, Beschäftigung und Absatz	12
Preise und Löhne	15
Die Gesamtlage und die Kreditpolitik	18
Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet	22
Die Umwandlung von Altgeldguthaben	26
Die öffentlichen Gelder im Banksystem	32
Statistischer Teil	39

Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes im Februar und Anfang März 1949¹⁾

Geld und Kredit

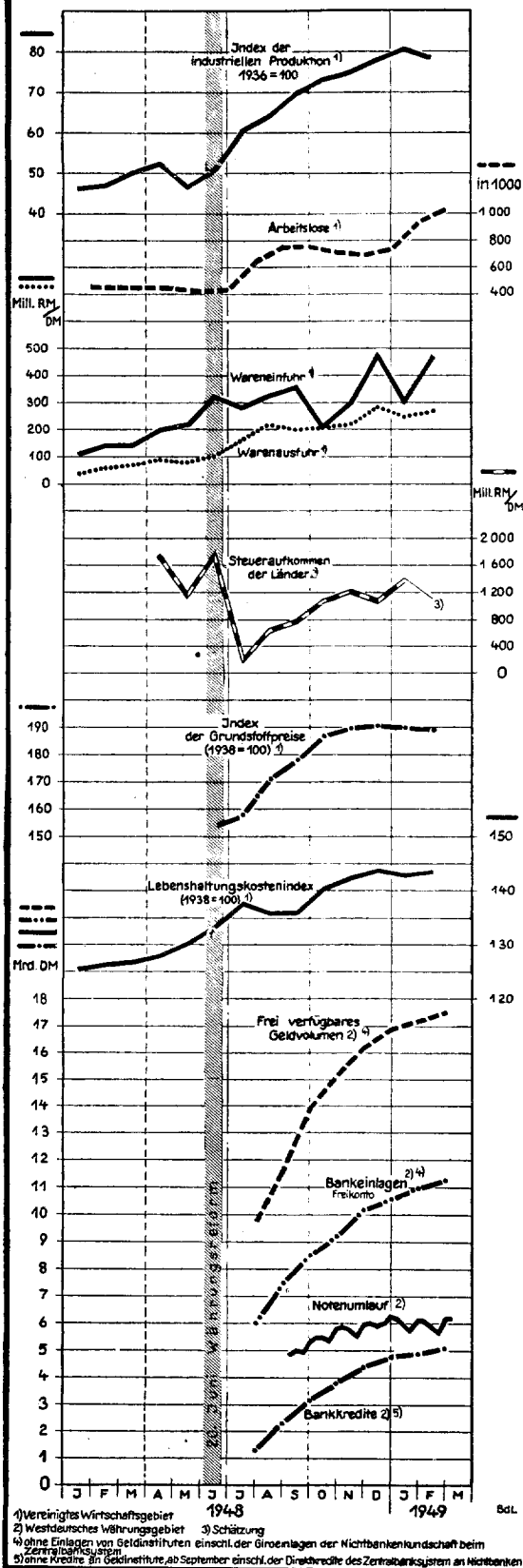
Geldversorgung

Der Eindruck einer gewissen Geldverknappung, der nach Monaten einer reichlichen, ja zu reichlichen Geldversorgung erstmals im Januar die wirtschaftliche Lage gekennzeichnet hatte, bestand auch in den letzten Wochen fort. In zunehmendem Maße waren Klagen aus der Wirtschaft über Kreditnot zu hören. Von verschiedenen Seiten wurden an die Bank deutscher Länder Wünsche auf Lockerung der Kreditrestriktion, ja auf eine bewußte Erleichterung der Gewährung von Bankkrediten herangezogen. Sehr häufig stand hinter diesen Anregungen jedoch nur die Absicht, mit Hilfe des Bankkredits den Mangel an langfristigem Kredit für die Durchführung von Investitionen und zum Ersatz des vielfach für den Geschäftsum-

fang nicht mehr ausreichenden Eigenkapitals zu überbrücken. Der Mangel an Kapital kann jedoch nicht durch kurzfristige Bankkredite behoben werden. Ganz abgesehen von etwaigen währungspolitischen Bedenken, bringt kurzfristiger Kredit, der praktisch langfristig festgelegt wird, für die Unternehmungen stets hohe Kosten und finanzielle Unsicherheit, für die Banken den schwerwiegenden Nachteil der Illiquidisierung mit sich. Die Bank deutscher Länder hat sich aus diesem Grunde, aber auch aus Erwägungen, die mit der allgemeinen Konjunkturlage zusammenhängen und im Schlußabschnitt des vorliegenden Berichts näher dargelegt werden, nicht entschließen können, die im November 1948 eingeschlagene Linie einer verhältnismäßig strengen Kontrolle des Bankkredits preiszugeben. Auch mit dem am 22. März d. J. gefaßten Beschluß über die Aufhebung der sogenannten Kreditkontingentierung wurde die Restriktionspolitik gegenüber dem Kredit der

¹⁾ Abgeschlossen am 23. März 1949.

Zur westdeutschen Wirtschaftsentwicklung



Geschäftsbanken nur in ihrer Form geändert, im Prinzip jedoch beibehalten¹⁾).

Immerhin war die Kreditkontingentierung, d. h. die grundsätzliche Beschränkung des Bankkredits auf den Stand vom 31. Oktober 1948, keineswegs starr gedacht, und sie ist so auch nicht gehandhabt worden. Der Zentralbankrat hatte vielmehr schon im November 1948 Überschreitungen der Kreditgrenze für zulässig erklärt, sofern das im Interesse bestimmter dringlicher Kreditbedürfnisse, wie der Finanzierung des Außenhandels und behördlich angeordneter Einlagerungen, notwendig war. Die seit Oktober vorigen Jahres erfolgte Ausweitung des Kreditvolumens vollzog sich also keineswegs durchweg im Widerspruch zu den ergangenen Kreditrichtlinien, sondern befand sich zu einem erheblichen Teil im Einklang mit der von vornherein in Aussicht genommenen elastischen Handhabung der Kreditrestriktion²⁾.

Nach einer vorübergehenden Unterbrechung von Ende Dezember bis Ende Januar hat die Kreditgewährung von seiten der Geschäftsbanken im Februar sogar wieder stärker zugenommen. Die kurzfristigen Kredite an „Nichtbanken“ wuchsen nach der monatlichen Bankenstatistik um 368 Mill. DM gegen 213 Mill. DM im Januar und erreichten damit insgesamt 5 265 Mill. DM. Bis 15. März haben die Kredite bei 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten weiter um 41 Mill. DM zugenommen.

Die Ausweitung des Bankkredits kam im Februar und — nach der wöchentlichen Bankenstatistik — auch im März ausschließlich der Wirtschaft (und nicht der öffentlichen Hand) zugute. Bemerkenswert ist dabei, daß bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten, zu denen die wichtigsten Kreditbanken gehören, die Kontokorrent- und Akzeptkredite von Ende Januar bis Mitte März ganz bedeutend — näm-

¹⁾ Vgl. Seite 20.

²⁾ In der Erklärung des Zentralbankrats vom 10. März 1949 heißt es: „Die Kreditrestriktionen der Notenbank treffen nur den kurzfristigen Kredit und können schon deshalb für den Mangel an langfristigem Kredit nicht verantwortlich gemacht werden. Sie waren im übrigen von vornherein nicht als eine starre Maßnahme gedacht und wurden auch nicht als solche durchgeführt, wie schon die erhebliche Ausdehnung des Kreditvolumens seit ihrer Einführung zeigt. Sie sind auch nicht als Dauermaßnahme gedacht und werden, wie zu hoffen, sich mehr und mehr als entbehrlich erweisen.“

lich um rund 200 Mill. DM — gestiegen sind, während die durch Diskontierung von Wechseln gewährten Kredite absolut (um gut 40 Mill. DM) und relativ (von 42 v. H. auf 36 v. H.) abnahmen. In der Zunahme der Kontokorrent- und Akzeptkredite kommt wahrscheinlich die steigende Bedeutung der Importfinanzierung zum Ausdruck, die zumeist in der Form des Akzeptkredits erfolgt. Die Abnahme der Kredite gegen Handelswechsel — an deren Gewährung die Banken insofern ein besonderes Interesse haben, als Wechselkredite, ungeachtet einer möglichen Minderung der Barreserve, die Sekundärliquidität erhöhen — läßt darauf schließen, daß der Bedarf der Wirtschaft an echten Warenumschlagskrediten, die sich von selbst liquidieren und für die daher der Handelswechsel das gegebene Finanzierungsinstrument ist, auch im Zeichen der Kreditrestriktion im großen und ganzen voll befriedigt worden ist

Die Kreditgewährung an die öffentliche Hand hat angesichts der flüssigen Lage der Haushalte weder im Februar noch in den ersten beiden März-Wochen eine Rolle gespielt. Bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten weisen die kurzfristigen Kredite an die öffentliche Hand am 15. März nach ganz geringfügigen Schwankungen genau denselben Stand auf wie am 31. Januar.

Im Zentralbanksystem waren die Kredite an „Nichtbanken“ auch im Februar wieder leicht rückläufig. Im einzelnen gingen die Kassenvorschüsse an öffentliche Stellen um 20 Mill. DM zurück, während die Wirtschaftskredite (solche werden nur noch von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt) leicht um 2 Mill. DM stiegen. Der gesamte Direktkredit der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken an Wirtschaft und öffentliche Hand stellte sich damit Ende Februar auf 69 Mill. DM gegen 85 Mill. DM Ende Januar. Auch der Aktivalsaldo der vier Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder ist, nachdem er vorübergehend im Laufe des Monats nicht unbedeutend gestiegen war, zum Monatsende wieder auf etwa den Vormonatsstand zurückgegangen; er betrug am 28. Februar 152 Mill. DM. Bis Mitte März ist jedoch sowohl der

Aktivalsaldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts als auch der Bestand an Schatzwechseln der Länder (letzterer um 20 Mill. DM bei einer Landeszentralbank) wieder leicht gestiegen.

Insgesamt hat die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems im Monat Februar rund 350 Mill. DM betragen. Sie war damit um 200 Mill. DM größer als im Januar. Ende Februar belief sich der gesamte kurzfristige Bankkredit unter Hinzurechnung des Nettobeitrags der Bank deutscher Länder zur Außenhandelsfinanzierung auf rd. 5,5 Mrd. DM; bis Mitte März ist er weiter angewachsen.

Die fortschreitende Umwandlung von Reichsmark-Einlagen bei Geldinstituten hat im Februar nur noch mit verhältnismäßig geringen Beträgen zur Steigerung der Geldversorgung beigetragen. Nach der monatlichen Bankenstatistik gingen die noch umzustellenden RM-Verbindlichkeiten der Geldinstitute um 120 Mill. DM zurück; der Rückgang dürfte jedoch nicht in voller Höhe auf tatsächliche Umwandlung in DM-Guthaben zurückzuführen sein, sondern zum Teil auch auf Ausbuchung von Beträgen, von denen sich herausgestellt hat, daß sie nicht mehr zur Umwandlung gelangen¹⁾. Daneben hat die Auflösung des Festkontos gemäß dem 4. Währungsgesetz (Festkontenentscheidung) weitere Fortschritte gemacht; der mit 88 Mill. DM ausgewiesene Rückgang des Festkontos wird bestimmungsgemäß zu $\frac{2}{3}$ dem Freikonto zugeflossen sein, während $\frac{1}{3}$ dem Anlagekonto zuzuführen waren.

Alles in allem ist im Februar das freiverfügbare Geldvolumen durch Kreditschöpfung, Umwandlung von Altgeldguthaben und Auflösung des Festkontos erneut um rd. 600 Mill. DM gewachsen. Es betrug Ende Februar somit rd. 18 Mrd. DM, wozu noch 0,6 Mrd. DM gesperrte Konten (Fest- und Anlagekonto) kommen.

Die Aufteilung des Geldvolumens nach Bank-einlagen und Banknoten²⁾ hat im Februar keine

¹⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz „Die Umwandlung von Altgeldguthaben“ in der vorliegenden Nummer der „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“.

²⁾ Genauer: Bargeld, da auch die umlaufenden Münzen im ausgewiesenen Notenumlauf enthalten sind.

wesentliche Änderung erfahren, da sowohl die Bankeinlagen wie der Umlauf an Banknoten gestiegen sind. Im einzelnen wuchsen die Einlagen der „Nichtbankenkundschaft“ auf Freikonto bei den ca. 3 600 Geldinstituten der monatlichen Bankenstatistik im Februar um 488 Mill. DM auf 9 906 Mill. DM; der Notenumlauf nahm um 49 Mill. DM auf 6 216 Mill. DM zu. In den ersten beiden März-Wochen änderte sich die Zusammensetzung des Geldvolumens insofern, als die Bankeinlagen der „Nichtbankenkundschaft“ weiter stiegen (allein bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten um 157 Mill. DM), während der Notenumlauf sich nach zunächst noch leichter Steigerung im Laufe der zweiten März-Woche ziemlich stark, nämlich um 246 Mill. DM auf 6005 Mill. DM zurückbildete.

Bemerkenswert hoch blieb auch im Februar der Anteil der Einlagen der öffentlichen Hand an den gesamten Bankeinlagen. Die öffentlichen Einlagen machten mit 2378 Mill. DM Ende Februar ebenso wie Ende Januar rd. $\frac{1}{4}$ aller Nichtbankeinlagen aus. Bis Mitte März sind sie bei den 112 wöchentlich berichtenden Instituten weiter um 115 Mill. DM auf 1410 Mill. DM gestiegen, womit sie einen neuen Höchststand erreicht haben. Im steigenden Maße sind die Einlagen der öffentlichen Hand im Februar als Termineinlagen festgelegt worden, und zwar zu 57 v. H. Ende Februar gegen 51 v. H. Ende Januar. Auch dieser Prozeß hat sich bei den 112 Geldinstituten im März fort-

gesetzt. Rechnet man die Einlagen der öffentlichen Hand im Zentralbanksystem hinzu, die Ende Februar 1484 Mill. DM (gegenüber 1413 Mill. DM Ende Januar) betrug und bis 15. März weiter auf 1553 Mill. DM stiegen, so ergibt sich, daß Ende Februar nicht weniger als etwa 22 v. H. des frei verfügbaren Geldvolumens — nämlich rund 3,9 Mrd. DM — auf Bankkonten der öffentlichen Hand gestanden haben; Ende Januar waren es rd. 3,6 Mrd. DM oder 20 v. H. gewesen.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

Die Akkumulierung von Geldern bei der öffentlichen Hand geht zweifellos sehr viel weiter, als es dem normalen Liquiditätsbedürfnis der öffentlichen Kassen entspricht. Neben dem Auslaufen der hoheitlichen Geldschöpfung und der Verlangsamung des Wachstums der Bankkredite dürfte die Ansammlung öffentlicher Gelder einer der wesentlichsten Gründe für den bemerkenswerten Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sein, der sich erstmals im Januar vollzog und im Februar, wenn auch verlangsamt, fortsetzte. Um ziffernmäßig exakt zu ermitteln, wie sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse in den letzten zwei bis drei Monaten entwickelt haben, haben wir auf Grund der wöchentlichen Repräsentativ-Erhebung bei 112 Geldinstituten die Umschlagshäufigkeit der Bankdepositen (ohne Spareinlagen) berechnet. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

Umschlagshäufigkeit der Bankdepositen bei 112 Geldinstituten
in Mill. DM

	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar
I. Einlagen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften auf Freikonto ¹⁾	739	1 002	1 077	1 241	1 326
Einlagen sonstiger Gläubiger auf Freikonto	1 497	1 598	1 724	1 763	1 851
Bankdepositen insgesamt	2 236	2 600	2 801	3 004	3 177
II. Summe der giralen Verfügungen im Kalendermonat	6 119	7 352	8 071	7 164	7 371
III. Umschlagshäufigkeit der Bankdepositen im Kalendermonat (Quotient II : I)	2,7	2,8	2,9	2,4	2,3

¹⁾ Aus 4 Stichtagen gebildeter Monatsdurchschnitt.

Die Summe der giralen Verfügungen ist danach bei den 112 Repräsentativ-Instituten von Oktober bis Dezember recht erheblich, nämlich um rund $\frac{1}{3}$, gestiegen, im Januar jedoch gegenüber dem Dezember mit mehr als 10 v. H. immerhin beträchtlich gesunken. Im Februar weist sie wieder eine leichte Zunahme auf. Die Umschlagsziffer, die bis einschließlich Dezember gestiegen und im Januar beträchtlich zurückgegangen war, hat sich im Februar weiter vermindert. Wenn es sich hierbei auch zunächst nur um Feststellungen handelt, die für einen beschränkten Kreis von Banken gelten, so liegt doch kein Grund für die Annahme vor, daß für die Bankdepositen bei allen Geldinstituten mit einer wesentlich anderen Umschlagshäufigkeit zu rechnen wäre. Für das gesamte Geldvolumen mag das Bild allerdings dadurch eine gewisse Korrektur erfahren, daß sich die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes anders als die des Giralgeldes entwickelt haben könnte; der Eindruck relativer Knappheit, den die Geldversorgung der Wirtschaft auch im Februar machte, läßt vermuten, daß der Umlauf des Bargeldes sich eher etwas mehr verlangsamt hat als der des Giralgeldes. Für die tatsächliche Entwicklung der Geldlage im Laufe des Monats war es dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß die Zunahme der öffentlichen Guthaben bis in die letzte Februar-Woche hinein noch weit größer als zum Monatsende war (per 23. 2. + 250 Mill. DM), und daß sie erst im Zusammenhang mit anscheinend erheblichen Barauszahlungen zum Monatsultimo, die den Notenumlauf um fast $\frac{1}{2}$ Mrd. DM steigen ließen, wieder stärker sanken.

Neben der Zunahme der öffentlichen Gelder hat die günstige Entwicklung des Sparverkehrs, die ihrerseits wieder in engem Zusammenhang mit dem allmählichen Auslaufen der Umwandlung von RM-Einlagen bei den Geldinstituten stand, zweifellos zur Senkung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beigetragen. Erfahrungsgemäß sind nämlich die aus Umwandlung entstandenen Bankeinlagen besonders labil, weil namentlich umgewandelte Sparguthaben in beträchtlichem Umfang abgehoben und verbraucht werden. Die Umwandlung der RM-Einlagen bei Geldinstituten war Ende Februar zu 92 v. H.

durchgeführt, wobei noch zu beachten ist, daß diese Feststellung sich nur auf die statistischen Meldungen der Geldinstitute über ihre „noch umzustellenden RM-Verbindlichkeiten“ gründet, von denen in Wirklichkeit ein wahrscheinlich nicht unbeträchtlicher Teil überhaupt nicht zur Umstellung auf D-Mark gelangen dürfte¹⁾. Mit dem Auslaufen der Umwandlung versiegt also eine Geldquelle, aus der in der Vergangenheit besonders virulentes Geld hervorgegangen war. Der beträchtliche Rückgang der Barauszahlungen im Sparverkehr²⁾ dürfte jedenfalls durch das Auslaufen der Umwandlung wesentlich gefördert worden sein. Im Februar sind nach der monatlichen Bankenstatistik auf Sparkonten aller Geldinstitute 78 Mill. DM bar eingezahlt und 101 Mill. DM bar abgehoben worden; der Barauszahlungsüberschuß hat mithin im Februar noch 23 Mill. DM gegenüber 24 Mill. DM im Januar oder gar 210 Mill. DM im Oktober betragen. Stellt man dabei in Rechnung, daß Einzahlungen auf Sparkonten im Gegensatz zu den Auszahlungen auch unbar erfolgen können — die Bareinzahlungen machten in den letzten Monaten schätzungsweise etwa die Hälfte der Gesamteinzahlungen aus —, so ist sehr wahrscheinlich sowohl für den Januar wie für den Februar bereits ein nicht unerheblicher Einzahlungsüberschuß anzunehmen. In der ersten März-Woche war bei den 112 Geldinstituten zum erstenmal seit der Währungsreform sogar auch aus Barverkehr ein Einzahlungsüberschuß zu verzeichnen. Im allgemeinen besteht der Eindruck, daß wohl bei den meisten Sparkassen seit Anfang Januar die Eingänge auf Sparkonten die Auszahlungen nicht unbeträchtlich übertreffen.

Liquidität der Banken

Die Liquidität der Banken hat im Februar gegenüber dem Januar eine deutliche Einengung erfahren. Ein Anzeichen hierfür bildet schon der Rückgang der Überschubreserven, die im Monatsdurchschnitt Februar nur noch 247

¹⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz „Die Umwandlung von Altgeldguthaben“ im vorliegenden Heft der „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“.

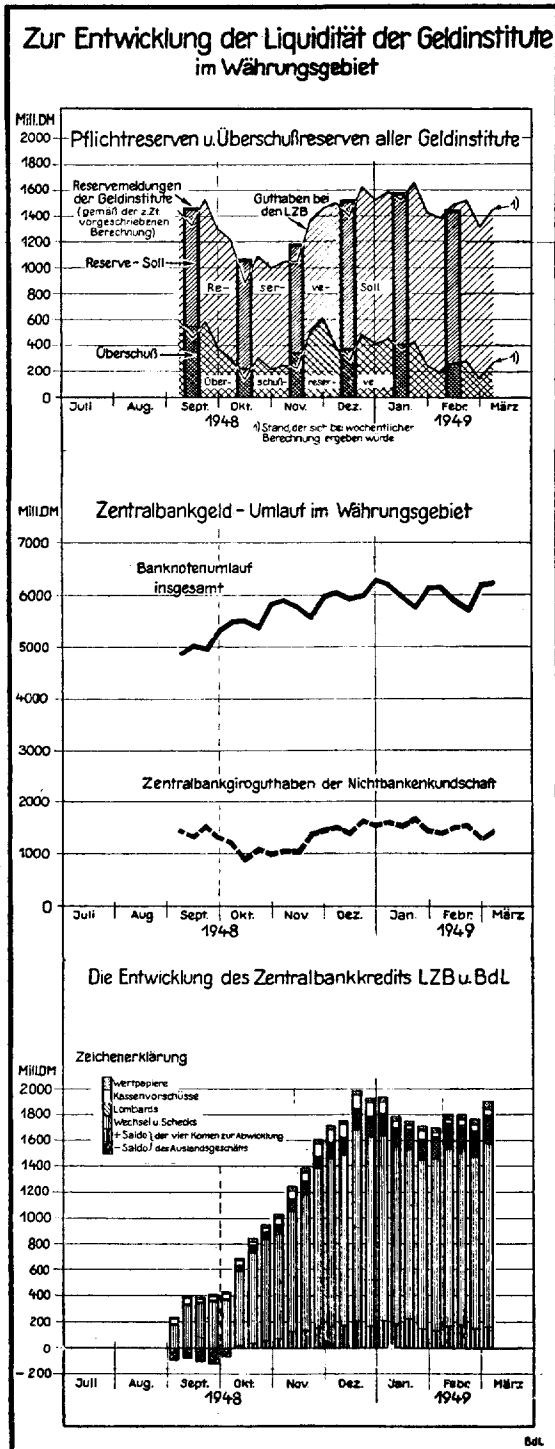
²⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz „Bareinzahlungen und Barauszahlungen auf Sparkonten bei allen Geldinstituten im 2. Halbjahr 1948“ im Januarheft der „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“.

Mill. DM (= 21 v. H. des Reserve-Solls) gegenüber 383 Mill. DM (= 33 v. H. des Reserve-Solls) im Januar betrogen. Dabei waren die Überschußreserven am Ultimo infolge der starken Zunahme des Notenumlaufs noch bedeutend niedriger. Der Rückgang der Einlagen von Geldinstituten bei den Landeszentralbanken

betrug jedenfalls in der letzten Februar-Woche 200 Mill. DM, so daß sie sich nur noch auf 1325 Mill. DM gegen 1440 Mill. DM am Ende des Vormonats beliefen. Bei stichtagweiser Berechnung hätten die Überschußreserven am 28. Februar nur rund 13 v. H. des Solls betragen. Zum 7. März stiegen sie dann wieder auf 23 v. H. und zum 15. März auf 28 v. H.

Freilich bildet die Entwicklung der Überschußreserven für sich allein noch kein ausreichendes Kriterium zu vollständiger Beurteilung der Bankenliquidität. Wenn etwa einer Abnahme der Überschußreserven ein entsprechender Rückgang des Zentralbankkredits gegenüberstünde, so würde das weniger auf Senkung der Bankenliquidität als vielmehr auf besseres Funktionieren des Geldmarktes schließen lassen. Im Februar ist jedoch der Kredit des Zentralbanksystems an die Geldinstitute nicht zurückgegangen, sondern um insgesamt 60 Mill. DM gestiegen, so daß er sich Ende Februar auf 1559 Mill. DM belief. Bis zum 15. März nahm er weiter auf 1681 Mill. DM zu. Auch die Verschuldung der Banken untereinander hat im Februar zugenommen, was im ganzen ebenfalls als Zeichen stärkerer Einengung des Liquiditätsspielraums zu werten ist. So stiegen die Kredite an Geldinstitute um 71 Mill. DM auf 1120 Mill. DM, die Nostroverpflichtungen um 56 Mill. DM auf 699 Mill. DM. Daß daneben allerdings teilweise auch eine verstärkte Liquiditätsvorsorge betrieben wurde, zeigt die Zunahme der Nostroguthaben bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten um gut 100 Mill. DM auf 724 Mill. DM per Ende Februar. Bis 15. März sind bei diesem Kreis repräsentativer Geldinstitute die Nostroguthaben und die Nostroverpflichtungen leicht zurückgegangen, während die Kredite an Geldinstitute weiter stiegen.

Die Wechselbestände, mit denen sich die Banken im Prinzip jederzeit Zentralbankgeld beschaffen können, lagen bei den im Kreditgeschäft besonders aktiven 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten Ende Februar mit 1046 Mill. DM leicht über dem Vormonatsstand (972 Mill. DM), gingen jedoch bis 15. März wieder auf 992 Mill. DM zurück. Bei der Gesamtheit der Banken war der Wechselbe-



stand Ende Februar mit 1802 Mill. DM ebenfalls etwas größer als Ende Januar (+ 117 Mill. DM). Eigene und fremde Bankakzepte machten zusammen etwa ein Drittel des Bestandes aus. Gemessen an den Einlagen auf Freikonto (einschließlich Einlagen von Geldinstituten) betrug der Wechselbestand der 112 Geldinstitute Mitte März etwa 23 v. H. gegen 25 v. H. Ende Januar.

Bei allen derartigen statistischen Globalbetrachtungen muß freilich immer wieder betont werden, daß die Liquiditätslage der Banken im einzelnen nach wie vor durchaus unterschiedlich blieb; so stehen neben finanziell recht beengten Instituten noch immer Banken, die den Rediskontkredit der Landeszentralbank bisher nur wenig oder gar nicht in Anspruch genommen haben. Auch gruppenweise sind sehr erhebliche Unterschiede vorhanden. So wurden von den gesamten Überschußreserven im Monatsdurchschnitt Februar allein 41 v. H. von den Girozentralen gehalten, wovon wiederum 86 v. H. auf ein einzelnes Institut, bei dem gewisse Sonderverhältnisse vorliegen, entfallen. Weitere 24,7 v. H. kamen auf die Regionalbanken, vor allem die Staatsbanken, und 10,4 v. H. auf die Nachfolgeinstitute Berliner Großbankfilialen.

Kapitalmarkt

Der Kapitalmarkt wurde im Februar wieder durch eine Reihe von Emissionen langfristiger Wertpapiere mit nicht unerheblichen Beträgen in Anspruch genommen. Verschiedene Hypothekendarlehen brachten neue Serien des üblichen 5⁰/₁₀₀igen Typs von Pfandbriefen und Kommunalobligationen heraus, die bei einer Laufzeit von im Regelfall 33 Jahren zum Kurs von 98⁰/₁₀₀ zur Zeichnung angeboten wurden. Zweck der Begebung dieser Pfandbriefe und Obligationen war in fast allen Fällen die Beschaffung von Mitteln zum Wiederaufbau zerstörten Wohnraumes und zur Neuerstellung von Wohnhäusern. Insgesamt wurden der Bank deutscher Länder im Februar 46 Mill. DM neu emittierte Pfandbriefe und Kommunalobligationen bekannt, von denen 5 Mill. DM von den Ländern zwar genehmigt, aber noch nicht zur Auflegung freigegeben wurden.

Neben diesen Emissionen der Hypothekendarlehen wurde im Februar auch eine 25 Mill. DM betragende Anleihe der Rhein-Main-Donau-AG. mit einer Laufzeit von 20 Jahren zur Zeichnung angeboten. Diese Anleihe, die dem Ausbau von Schiffsstraßen und Kraftwerken dient, ist mit variablem, 1⁰/₁₀₀ über dem jeweiligen amtlichen Diskontsatz liegenden Zins ausgestattet.

Der Gesamtbetrag aller seit dem 20. Juni 1948 am westdeutschen Kapitalmarkt aufgelegten Emissionen langfristiger Wertpapiere — soweit sie der Bank deutscher Länder bekannt wurden — beläuft sich bis Ende Februar auf 157,5 Mill. DM. Daß hiervon fast die Hälfte allein im Februar zur Zeichnung aufgelegt werden konnte, wird als ein erfreuliches Anzeichen der nunmehr auch auf den Kapitalmarkt übergreifenden Konsolidierung der Verhältnisse gewertet werden dürfen.

In den ersten beiden März-Wochen wurden, soweit bisher bekannt, einige weitere kleine Pfandbrief-Emissionen des vorerwähnten Typs herausgebracht.

Die Börsenkurse, die in den ersten beiden Dritteln des Monats Februar etwa gleichgeblieben waren und zum Teil sogar steigende Tendenz aufgewiesen hatten, bröckelten im weiteren Verlauf des Monats sowohl für Renten als auch für Aktien ab. Hiervon waren besonders auch Pfandbriefe und Kommunalobligationen betroffen. Die Kursabschwächung dieser mit 4⁰/₁₀₀ Nominalzins ausgestatteten Alt-Emissionen hielt in der ersten Hälfte des März weiter an. Der von der Bank deutscher Länder berechnete Kursdurchschnitt der an den sechs westdeutschen Börsen notierten 4⁰/₁₀₀igen Hypothekendarlehen-Pfandbriefe, der Ende Januar 8,05⁰/₁₀₀ und am 15. Februar 8,24⁰/₁₀₀ betragen hatte, schwächte sich auf 8,03⁰/₁₀₀ (Ende Februar) und 7,82⁰/₁₀₀ (15. März) ab. Dabei war es für die gegenwärtige Marktlage an den deutschen Börsen kennzeichnend, daß die Wertpapierumsätze auch im Februar außerordentlich gering waren. So betrug z. B. in Frankfurt der Gesamtumsatz der Börse an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien im ganzen Monat Februar etwa 1 Mill. DM (ausmachender Betrag), wozu noch etwa 1,9 Mill. DM Umsatz außerhalb der Börse kamen.

Öffentliche Finanzen

Die Entwicklung der Länderrfinanzen, die infolge der eingeschränkten Finanzpublizität nur schwer verfolgt werden kann, war im Februar durch einen stärkeren Rückgang der Steuereinnahmen gekennzeichnet. Im Januar hatten die Steuereinnahmen der 11 Länder des Währungsgebietes mit 1,43 Mrd. DM einen Rekordstand erreicht.

berücksichtigen, daß im Februar nur Abschlagszahlungen zu entrichten waren, während in den Januar ein Hauptzahlungstermin fiel. Allerdings liegt bei der Körperschaftssteuer das Aufkommen auch nicht unerheblich unter dem Stande vom November 1948, wo ebenfalls nur Abschlagszahlungen zu leisten waren. Vermutlich hat sich hier also bereits die durch den Preisrückgang und andere Faktoren bedingte Veränderung der Gewinnlage und vielleicht auch

Aufkommen wichtiger Steuern in den Ländern des
Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der französischen Zone
in Mill. DM

Gebiet und Zeitraum	Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftssteuer	Umsatzsteuer	Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet ¹⁾					
1948 Juli ²⁾	84,7	42,4	12,2	43,8	189,6
August	115,7	133,9	52,0	160,7	516,3
September	128,4	139,4	64,3	201,8	574,2
Oktober	140,0	259,6	113,4	237,0	788,0
November	154,3	234,9	109,1	260,6	846,4
Dezember	155,6	198,3	108,3	267,0	789,9
1949 Januar	163,4	323,0	150,9	309,6	1065,4
Februar ³⁾	149,0	236,0	94,0	251,0	785,0
Französische Zone					
1949 Januar	15,5	41,4	13,2	34,1	122,3
Februar ³⁾	13,0	21,0	6,5	25,0	87,0

¹⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden vom 21.—20.

²⁾ Einschl. der Zeit vom 21.—30. Juni 1948.

³⁾ Vorläufige Zahlen, aus Angaben für sechs Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und für zwei Länder der französischen Zone.

Zum großen Teil ist dieser Rückgang sicher nur saisonbedingt. Die Abnahme der Umsatzsteuer um rd. 70 Mill. DM z. B. hängt zweifellos weitgehend damit zusammen, daß das Umsatzvolumen im Januar (das bekanntlich dem Umsatzsteueraufkommen im Februar zugrunde liegt) normalerweise erheblich unter dem von Dezember liegt. Auch beim Rückgang der übrigen Steuern spielen saisonale oder zufallsbedingte Einflüsse eine Rolle. Das außergewöhnlich hohe Lohnsteueraufkommen im Januar war wahrscheinlich in gewissem Umfang durch die im Dezember gezahlten Weihnachtsgratifikationen beeinflusst. Bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer ist zu

eine verminderte Zahlungsfähigkeit bzw. -bereitschaft geltend gemacht. Ebenso ist anzunehmen, daß sich in der Abnahme des Umsatzsteueraufkommens schon die stärkere Zurückhaltung der Käufer widerspiegelt. Ob ähnliche konjunkturelle Einflüsse auch bei der Verringerung der Lohnsteuer eine Rolle spielen, ist schwer zu entscheiden. Von der Hand zu weisen ist es jedoch nicht, daß etwa der Rückgang in der Leistung von Überstunden wie überhaupt die im Januar zu verzeichnende Abnahme in der Beschäftigung sich im Steuerertrag ausgewirkt hat. Stark können jedoch derartige Einflüsse in Anbetracht der erwähnten übrigen auf eine Verminderung hinwirkenden

rein saisonmäßigen oder zahlungstechnischen Faktoren nicht gewesen sein.

Die Ausgaben der Länder waren im Februar, wenn auch vielleicht nicht niedriger als im Januar, so doch geringer als im Dezember. Dank dieser Tatsache dürfte der Rückgang der Steuereinnahmen im allgemeinen kaum zu erheblichen Defiziten geführt haben. Die Kassenbestände der 11 Länder des Währungsgebiets nahmen jedenfalls im Verlauf des Februar nur geringfügig ab, und die Zunahme der Verschuldung bei zwei der besonders finanzschwachen Länder, nämlich Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, hielt sich in verhältnismäßig engen Grenzen. Für alle 11 Länder zusammengenommen dürfte das Defizit kaum mehr als 25—30 Mill. DM betragen haben. Demgegenüber beliefen sich in den acht Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets die Überschüsse in den Monaten Oktober bis Januar auf rd. 240 Mill. DM, wobei im Dezember ebenfalls ein nicht unbedeutliches Defizit aufgetreten war.

Wie sich die Länderfinanzen in den nächsten Monaten entwickeln werden, läßt sich naturgemäß noch nicht übersehen. Gegen Ende des Haushaltsjahres massieren sich gewöhnlich gewisse Ausgaben. Die Länder rechnen überdies mit der Möglichkeit einer stärkeren Belastung durch erhöhte Sozialausgaben und eventuell auch mit einer Minderung ihrer Einnahmen durch den Lastenausgleich. Auf der anderen Seite sind die Steuertarife zur Zeit so hoch, daß bei einem weiteren Konjunkturanstieg und sparsamer Ausgabenpolitik die Länder sicher weiterhin namhafte Überschüsse erzielen könnten, deren gegebene Verwendung die Finanzierung gewisser Investitionen wäre, da sich infolge der hohen Steuersätze ein beträchtlicher Teil der Kapitalbildung heute eben zwangsläufig über die öffentlichen Haushalte vollzieht. Es entspricht dieser Situation, daß die Länder zur Zeit eingehend prüfen, wieviel sie aus Haushaltsmitteln für die Finanzierung allgemeiner Investitionsvorhaben zur Verfügung stellen können.

In den übrigen öffentlichen Haushalten scheinen im Februar ebenfalls keine nennenswerten Defizite entstanden zu sein. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet konnte den Ende Januar noch mit 28 Mill. DM ausstehenden

Kassenkredit bei der Bank deutscher Länder völlig abdecken und die Hilfeleistungen an Berlin — im Februar wurden Notenbeträge in Höhe von 34 Mill. DM transferiert — aus den dafür vorgesehenen ordentlichen Haushaltsmitteln finanzieren. Mit einem weiteren, Anfang März übersandten Betrag in Höhe von 20 Mill. DM ist die insgesamt mit 215 Mill. DM etatisierte Hilfeleistung für das Finanzjahr 1948/49 nahezu erbracht. Bei den Sozialversicherungen (Arbeitsstock) waren im Februar wieder Überschüsse zu verzeichnen, die aber, wie aus der Entwicklung der Beschäftigung geschlossen werden kann, sicherlich etwas geringer waren als im Januar. Für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis Ende Februar dürften die Überschüsse des Arbeitsstocks schätzungsweise 400 Mill. DM betragen haben. Bisher wurde aus Liquiditätsgründen nur ein relativ kleiner Teil der Gelder des Arbeitsstocks für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt. Wenn sich die Beschäftigungslage konsolidiert, bestünden aber wohl keine Bedenken, wenigstens einen Teil der laufenden Überschüsse zur Finanzierung gewisser Investitionen, wie vor allem des sozialen Wohnungsbaus, zu verwenden. Die Lage der Gemeindefinanzen dürfte sich gegenüber den Vormonaten nicht wesentlich geändert haben; gewisse leichte Defizite konnten weiterhin durch Inanspruchnahme der Erstausrüstung abgedeckt werden.

Betrachtet man die Haushalte insgesamt, so dürften sie im Februar kaum mit Fehlbeträgen, sondern eher mit leichten Überschüssen abgeschlossen haben. Diese Überlegung wird bestätigt durch die Entwicklung der öffentlichen Einlagen bei den Geldinstituten, obwohl die Zunahme bzw. Abnahme der öffentlichen Gelder nicht genau mit den in den öffentlichen Haushalten erzielten Überschüssen bzw. Defiziten übereinstimmt. Im Februar nahmen die öffentlichen Gelder bei den Geschäftsbanken um 143,2 Mill. DM und im Zentralbanksystem um 17,7 Mill. DM, also insgesamt um 161 Mill. DM, zu. Gegenüber dem Durchschnitt der Vormonate hat sich damit die Zunahme der öffentlichen Gelder nicht unerheblich abgeschwächt.

Außenwirtschaft

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebietes — für die französische Zone stehen noch keine Angaben zur Verfügung — hat im Februar seinen im Januar vorübergehend unterbrochenen Anstieg fortgesetzt. Nach den Angaben des Statistischen Amtes ist namentlich die Einfuhr gewachsen. Sie lag mit 476 Mill. DM um fast 50 v. H. über dem — allerdings ungewöhnlich niedrigen — Stand von Januar. Am bedeutsamsten ist dabei die Steigerung der gewerblichen Rohstoffimporte. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr erhöhte sich von einem Fünftel im ersten Halbjahr 1948 bzw. einem Viertel im zweiten Halbjahr 1948 auf ein Drittel im Februar 1949. Im Monatsdurchschnitt Januar/Februar lagen die gesamten gewerblichen Zufuhren um etwa 40 v. H. über denen des Monatsdurchschnitts des zweiten Halbjahres 1948, während die Einfuhren für den Ernährungssektor ungefähr gleich blieben. Auch die Fertigwareneinfuhr nahm beträchtlich zu. Sie machte im Februar nahezu 8 v. H. der Gesamteinfuhren aus.

Die Steigerung der Ausfuhr war geringer, zumal hier im Januar der Rückschlag verhältnismäßig schwach gewesen war. Im Monatsdurch-

schnitt der beiden ersten Monate des Jahres lag sie ebenso wie die Einfuhr um rd. 19 v. H. über dem Stand des zweiten Halbjahres 1948. Der Anteil der Fertigwarenausfuhr ist dabei geringfügig, der der Rohstoffausfuhr stark gesunken; die Hauptzunahme entfällt also auf die Ausfuhr von halbfertigen Waren.

Trotz der Steigerung in den letzten Monaten ist Westdeutschland von einem „normalen“ Außenhandel noch weit entfernt. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die Zusammensetzung der Ausfuhr, in der der Anteil von Rohstoffen und halbfertigen Waren nach wie vor unverhältnismäßig hoch ist (Auflageausfuhren von Kohle, Schrott und Holz!), sondern auch vom Gesamtumfang von Ein- und Ausfuhr. Die Ausfuhr bewegte sich im Januar und Februar bei einer Jahresrate von ungefähr 900 Mill. \$. Das sind noch immer ungefähr 2 Mrd. \$ weniger, als dem Ziel des „long-term“-Programms entsprechen würde. Ebenso ist die Einfuhr noch relativ niedrig, besonders im gewerblichen Sektor. Unter Zugrundelegung der gewerblichen Importe im Januar und Februar 1949 würde sich für das Jahr 1949 eine Einfuhrsumme ergeben, die zwar ungefähr doppelt so hoch wäre wie die des Jahres 1948, volumenmäßig (d. h. unter

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
in Mill. DM

Warengruppe	Monatsdurchschnitt		Jan. 1949	Febr. 1949	Monats- durchschnitt Jan./Febr. 1949
	1. Halbjahr 1948	2. Halbjahr 1948			
Einfuhr					
Ernährungswirtschaft	124,5	179,6	147,0	219,0	183,0
Gewerbliche Wirtschaft	70,6	152,6	168,3	257,4	212,8
Rohstoffe	39,2	82,7	75,6	154,6	115,1
Halbwaren	24,3	51,2	65,3	67,2	66,2
Fertigwaren	7,1	18,7	27,4	35,6	31,5
Vorerzeugnisse	4,4	10,9	11,9	19,0	15,5
Enderzeugnisse	2,7	7,8	15,5	16,6	16,0
Insgesamt	195,1	332,2	315,3	476,4	395,8
Ausfuhr					
Ernährungswirtschaft	4,6	3,5	12,4	8,8	10,6
Gewerbliche Wirtschaft	76,2	218,5	241,5	267,7	254,6
Rohstoffe	21,9	54,4	55,5	51,4	53,4
Halbwaren	23,6	66,8	81,2	96,1	88,6
Fertigwaren	30,7	97,3	104,8	120,2	112,6
Vorerzeugnisse	16,7	51,1	57,2	59,4	58,3
Enderzeugnisse	14,0	46,2	47,6	60,8	54,3
Insgesamt	80,8	222,0	253,9	276,5	265,2

Ausschaltung der Preisveränderungen) würde die gewerbliche Einfuhr damit, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, jedoch erst höchstens 75 v. H. der entsprechenden Einfuhr des Jahres 1936 und weniger als 50 v. H. der des Jahres 1928 erreichen.

Bei den B-Importen ist nun allerdings mit einem weiteren raschen Anstieg der Einfuhren zu rechnen, wie der Stand der Verpflichtungen aus Akkreditiven für laufende Importgeschäfte erkennen läßt. Die Verpflichtungen aus Akkreditiven entsprechen heute fast der Höhe des Devisenbestandes der Bank deutscher Länder; sie erhöhten sich von 258 Mill. DM am 30. September und 652 Mill. DM am 31. Dezember 1948 auf 831 Mill. DM am 31. Januar und 1023 Mill. DM am 28. Februar 1949.

Immerhin ist auch schon mit der bisherigen Zunahme der Einfuhren der Importspielraum, den sich das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit der erfreulichen Ausdehnung seines Exports geschaffen hat, besser ausgenutzt worden als in den letzten Monaten des Jahres 1948. Ausdruck hierfür ist, daß der Aktivsaldo im kommerziellen Außenhandel (Überschuß der Exporte über die B-Importe), der im Monatsdurchschnitt 1948, ungeachtet des dringenden Einfuhrbedarfs, nicht weniger als 42 Mill. \$ betragen hatte, auf 39 Mill. \$ im Januar und 19 Mill. \$ im Februar 1949 zurückgegangen ist, obwohl die Exportsteigerung anhielt. Die Deviseneingänge aus Exporten haben sich jedenfalls weiter erhöht. Sie betragen im Monatsdurchschnitt Oktober/Dezember 1948 79 Mill. \$, im Januar 1949 86 Mill. \$ und im Februar 1949 91 Mill. \$.

Das seit 1. Dezember 1948 in Kraft befindliche neue Ausfuhrverfahren hat eine wesentliche Erleichterung und die Möglichkeit einer viel besseren Kontrolle des gesamten Exportvorganges mit sich gebracht. Vor allem ist die bankmäßige Abwicklung bedeutend vereinfacht worden. Ursprünglich erhielt der Exporteur völlig unabhängig vom Devisenanfall den Mark-Gegenwert seiner Ausfuhren; er konnte seine Mark-Anforderungen stellen, sobald ihm bzw. seiner Bank ein Avis der ausländischen Inkassobank über die erfolgte Valutenzahlung vorlag. Bei Vorliegen des Zahlungssavises mußten lau-

fend Markbeträge unabhängig davon gezahlt werden, ob die Gutschriftsaufgaben über die Devisenzahlungen eingegangen waren oder nicht. Auch wenn die verschiedenen Dokumente vorlagen, war deshalb vielfach keine Abrechnung möglich, weil bei einer derart ungewöhnlichen Konstruktion der Abwicklung Unstimmigkeiten hinsichtlich der Kennzeichnung, der Höhe der Beträge usw. unvermeidlich, ja fast die Regel waren und entsprechend lange Zeit zur Klärung erforderten.

Mit der Einführung des neuen Ausfuhrverfahrens ist nunmehr eine normale bankübliche Behandlung der Exporterlöse insoweit möglich geworden, als sämtliche Ausfuhrgeschäfte in der Form des Devisenankaufs abgewickelt werden. Die Bank deutscher Länder kauft die für eine Ausfuhrleistung anfallenden Devisen dem Exporteur zum Geldkurs auf Dollarbasis ab und nimmt die Auszahlung in DM dann vor, wenn der Deviseneingang erfolgt ist. Damit ist ein wesentlicher Schritt in der Richtung getan, immer mehr zu bankmäßigen Usancen bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Auslandsgeschäft zu gelangen.

Die monatlichen Geldeingänge und -ausgänge im Auslandsgeschäft haben sich im Februar weiter erhöht. Die Einzahlungen der Importeure entwickelten sich folgendermaßen:

Einzahlungen der Importeure
in Mill. DM

Im Monatsdurchschnitt bzw. Monat	GARIOA-, ERP- und STEG-Importe	B-Importe	Importe insgesamt
Juli - Sept. 1948	171,5	52,3	223,8
Okt. - Dez. 1948	182,3	109,2	291,5
Januar 1949	184,3	132,4	316,7
Februar 1949	224,7	152,8	377,5

Die Auszahlungen für Exporteure sowie für Sonderzwecke im Auftrage der Militärregierungen stellten sich im Februar auf rd. 390 Mill. DM.

Die im Rahmen des Pariser Zahlungs- und Kompensationsabkommens vom 16. Oktober 1948 gegen Mitte Februar für den Monat Januar 1949 durchgeführte Kompensation hat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet zu einem Ausgleich von Salden geführt, der weit umfangreicher war als in den drei Vormonaten zu-

sammen. Gegenüber 5,6 Mill. \$ im Monatsdurchschnitt Oktober/Dezember 1948 wurden als Ergebnis der Kompensation für den Monat Januar 1949 anderen Partnerländern Ziehungsrechte im Betrage von 17,7 Mill. \$ zum Ausgleich von Mehreinfuhren aus dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet zur Verfügung gestellt. In gleicher Höhe wurde dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet von seiten der ECA, Washington, bedingte Hilfe fest zugeteilt. Demgegenüber erhielt das Vereinigte Wirtschaftsgebiet nur Ziehungsrechte in Höhe von 2,0 Mill. \$.

Im Pariser Abkommen ist festgelegt, daß das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bis zum 30. Juni 1949 Ziehungsrechte in Höhe von 108,8 Mill. \$ zu gewähren hat und solche in Höhe von 98,6 Mill. \$ empfangen soll. Nun sind zwar nach den bisherigen vier Kompensationen 31,6 v. H. des Betrages der zu gewährenden Ziehungsrechte auch tatsächlich zur Verfügung gestellt worden, aber es konnten erst 9,7 v. H. des Betrages, der von den Partnerländern gegeben werden soll, ausgenutzt werden. Für den verhältnismäßig kurzen Zeitraum bis zum Ende des ersten Marshallplanjahres hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bei entsprechender Kontenentwicklung noch einen Anspruch an seine Partnerländer auf Ziehungsrechte, also auf Einfuhren ohne Devisenaufwendungen, in Höhe von 89 Mill. \$, was einem Gegenwert von rd. 300 Mill. DM entsprechen würde. In vier von den in Betracht kommenden sechs Ländern ist das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit seinen Ziehungsrechten noch gar nicht zum Zuge gekommen, in einem weiteren Lande konnte es bisher 4,4 v. H. in Anspruch nehmen, und lediglich in einem Lande hat es die ihm bis zum 31. März 1949 zustehenden Ziehungsrechte voll ausgenutzt. Nach der bisherigen Entwicklung des Außenhandels werden sich die Ansprüche des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf Ziehungsrechte sehr viel schwieriger realisieren lassen als die entsprechenden Ansprüche der Partnerländer an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, die für den gleichen Zeitraum noch 74,4 Mill. \$ betragen.

Die Gewährung von Ziehungsrechten kommt nur so weit in Frage, als der innereuropäische Ausgleich, also die Kompensation ohne Zie-

hungsrechte, nicht Platz greifen kann. Infolgedessen wird vor der Zuerkennung von Ziehungsrechten durch den Agenten für das Europa-Clearing, nämlich die BIZ in Basel, geprüft, inwieweit die Kontenstände einen multilateralen Ausgleich zulassen, durch den Schulden und Guthaben miteinander aufgerechnet werden. Im Zuge einer solchen Kompensation ersten Grades wurde ein Schuldsaldo, der aus Einfuhrüberschüssen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in einem seiner Partnerländer entstanden war, mit dem Betrage von 6,8 Mill. \$ gegen Guthabensalden von insgesamt gleichfalls 6,8 Mill. \$ in drei anderen Partnerländern verrechnet. An der Kompensation waren außer dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet und dem Gläubigerland, in dem der Schuldsaldo entstanden war, drei weitere Länder beteiligt. In dem Ausmaß der durchgeführten Kompensation verminderte sich vorübergehend die Möglichkeit, Ziehungsrechte, die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet an sich zur Verfügung stehen, zu benutzen.

Produktion, Beschäftigung und Absatz

Die industrielle Produktion, deren Entwicklung gegenwärtig mit besonderer Spannung, ja teilweise auch Sorge, betrachtet wird, hat sich zumindest bis Februar auf dem im Januar erreichten verhältnismäßig hohen Niveau voll behauptet. Der von der Verwaltung für Wirtschaft für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet errechnete Produktionsindex (Angaben für die französische Zone liegen leider nicht vor) weist mit einem Stand von 79,6 (1936 = 100) gegenüber Januar zwar einen Rückgang von 1,4 Punkten auf, aber dabei ist zu berücksichtigen, daß der Februar einen Arbeitstag weniger zählte als der Januar. Arbeitstäglich hat die Produktion demgemäß sogar leicht zugenommen.

Trotz wachsender Schwierigkeiten in der Mittelbeschaffung für Anlagezwecke weichen auch die Investitionsgüterindustrie von dieser Entwicklung nicht ab. Die Rohstahl-, die Walzwerk- und NE-Metallerzeugung, die Produktion des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der elektrotechnischen Industrie sowie der Säge- und Holzindustrie sind im Gegenteil nicht nur arbeitstäglich, sondern auch

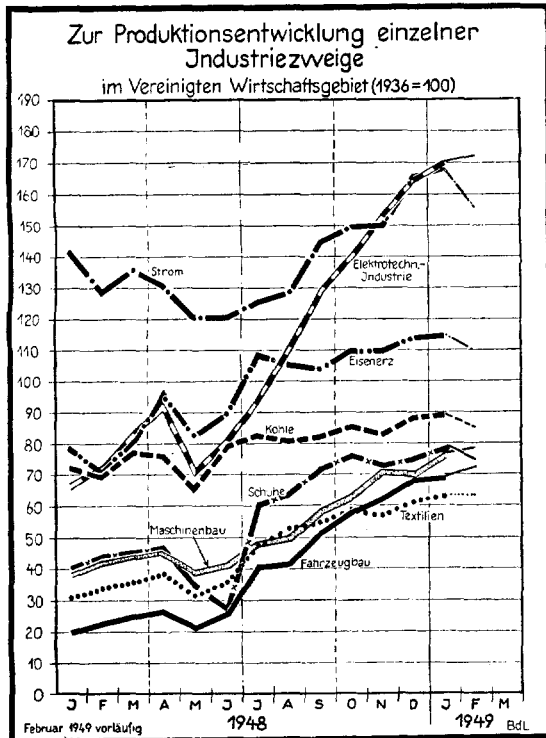
im Monatsergebnis gestiegen, so daß der Gesamt-Index für die Investitionsgüterindustrien im Februar sogar höher war als im Januar. Die Verminderung der Eisenproduktion hält sich durchaus in dem durch die geringere Zahl von Arbeitstagen bedingten Rahmen. Lediglich die stark vom Baumarkt abhängige Industrie der Steine und Erden weist in dieser Gruppe einen stärkeren Rückgang auf, womit ihre Produktion nun allerdings bereits um knapp 30 v. H. unter dem im Oktober erreichten Stand liegt.

Auch die Verbrauchsgüterindustrien haben sich im allgemeinen gut gehalten. Eine Ausnahme bildet lediglich die Produktion von Leder und Schuhen, während in fast allen übrigen Zweigen der Verbrauchsgütergruppe die Erzeugung nicht nur arbeitstägig, sondern auch dem Monatsergebnis nach gewachsen ist.

Rückläufig war die Entwicklung jedoch in der Gruppe der allgemeinen Produktionsgüter. Hier ist besonders die Strom- und Gaserzeugung gesunken. Es liegt aber auf der Hand, daß diese Abnahme nichts mit „Geldknappheit“ zu tun hat, sondern lediglich auf die geringe Wasserdarbietung in den Wasserkraftwerken und z. T. auch auf die unzurei-

chende Kohlenversorgung zurückzuführen ist. Die Steinkohlenförderung war im Februar mit 7,9 Mill. t etwas geringer als im Januar, wo sie insgesamt 8,2 Mill. t betragen hatte, was darauf zurückzuführen ist, daß der Februar einen Arbeitstag weniger zählt. Die Schichtleistung der unter Tage Beschäftigten hat sich mit 1,36 t gegenüber Januar (1,33 t) und Dezember (1,27 t) weiter erhöht.

Die Zahl der Arbeitslosen hat im Februar abermals zugenommen, aber die Zunahme war mit etwas über 100 000 für das gesamte Währungsgebiet nur noch ungefähr halb so stark wie im Januar. In der zweiten Februarhälfte betrug die Zunahme sogar nur 23 000. Die Tatsache, daß auch diesmal ein großer Teil des Anstiegs auf Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen entfiel, bestätigt im übrigen wieder, daß die Arbeitslosigkeit weitgehend mit den besonderen Schwierigkeiten einzelner Länder zusammenhängt, namentlich mit dem Flüchtlingsproblem. Die genannten drei Länder waren Ende Februar an der Gesamtzahl der Arbeitslosen im Währungsgebiet (1 073 000) mit fast drei Vierteln beteiligt, obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten nur 39 v. H. und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 40 v. H. beträgt. Die Relation zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten stellte sich hier infolgedessen auf rund 12—19 Prozent, während in einem hochindustrialisierten Land wie Nordrhein-Westfalen der entsprechende Prozentsatz nur etwa 3 v. H. ausmachte. Bayerns Beschäftigungsgrad ist in letzter Zeit auch ziemlich stark durch die unzulängliche Stromversorgung beeinträchtigt worden. Die Kurzarbeit war im Februar fast überall weiter geringfügig. Ebenso ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen bis Februar nur wenig zurückgegangen; jüngere Arbeitskräfte und Facharbeiter werden also nach wie vor gesucht. Bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit ist überhaupt zu berücksichtigen — obwohl ihr Ernst damit keineswegs bestritten werden soll —, daß der gegenwärtige Anstieg wahrscheinlich keinen entsprechenden Rückgang der Beschäftigung widerspiegelt, da unter dem Zwang der Verhältnisse sich zweifellos immer mehr



Personen um Arbeit bemühen. Ebensovienig bedeutet aber auch ein etwaiger Rückgang der Beschäftigtenzahlen ohne weiteres entsprechende Produktionseinbußen, da die ganze Lage in zunehmendem Maße zu Einsparungen von Arbeitskräften und zu einer Steigerung der Arbeitsleistung zwingt, die gegebene Produktion also mit weniger Beschäftigten geleistet werden kann.

Wenn sich der Produktionsanstieg neuerdings verlangsamt hat, ja teilweise sogar ins Stocken geraten ist, so ist das zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß, wenn die Produktion einmal ein gewisses Niveau erreicht hat, ein weiterer Produktionsanstieg um so schwieriger wird. In manchen Industrien sind die ungenutzten Produktionskapazitäten erschöpft und, bevor dem nicht durch Neuinvestitionen abgeholfen ist, sind gewisse Engpässe unvermeidbar. Ein besonders fühlbares Hemmnis bildet z. Zt. die vorerst nur noch geringe Elastizität der Kohlenförderung und der Stromerzeugung. Es wird schwer sein, ohne umfangreichere Investitionen, deren Vornahme finanziell nun allerdings als sichergestellt betrachtet werden kann, jene Engpässe zu erweitern. In manchen Bereichen der Industrie bildet auch noch der Mangel an Rohstoffen oder besonderen Ma-

schinenteilen und Fertigungsgeräten einen stark limitierenden Faktor. So fehlt es in der Textilindustrie an Garnen (wegen des bekannten Spinnereingpasses), in der Elektroindustrie an Transformatorenblechen, in der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie an Feinblechen und in der Glühlampenerzeugung an Kolben. Sehr knapp sind ferner noch Papier und Papierzeugnisse für Verpackungszwecke.

Die Schwierigkeiten der Investitionsfinanzierung haben, wie die Entwicklung der Investitionsgüterindustrien zeigt, zumindest bis Februar im allgemeinen noch wenig auf die Produktion zurückgewirkt. Eine Ausnahme bildet nur der Baumarkt. Anscheinend haben hier aber auch Saisoneinflüsse eine starke Rolle gespielt. Aus verschiedenen Bezirken, z. B. aus Bayern, wird jedenfalls berichtet, daß sich im März doch wieder eine merkliche Saisonbelebung durchzusetzen begonnen hat. Immerhin bleibt die Frage der Investitionsfinanzierung ein Schlüsselproblem der künftigen Konjunktur-entwicklung, wobei freilich immer wieder betont werden muß, daß es sowohl aus währungspolitischen wie auch aus bankpolitischen Gründen nicht durch die Erweiterung des kurzfristigen Bankkredits gelöst werden kann. Mit Hilfe öffentlicher Mittel, der allmählich in Gang

Die Arbeitslosigkeit im westdeutschen Währungsgebiet
in 1000

Gebiet	1948			1949		Februar in v. H.	
	Mai	August	Dezember	Januar	Februar	der Arbeiter, Angest. u. Beamten	der Bevölkerung
Bayern	148,0	270,0	227,1	300,8	344,6	12,6	3,8
Württemberg-Baden	28,1	31,7	25,0	33,7	39,5	3,3	1,0
Hessen	40,6	65,1	61,1	79,4	89,0	6,9	2,1
Bremen	8,7	10,4	11,5	13,5	14,7	6,4	2,8
Nordrhein-Westfalen	125,3	157,1	106,2	124,6	127,4	3,0	1,0
Niedersachsen	57,7	123,4	171,0	213,2	236,9	11,5	3,5
Schleswig-Holstein	18,6	81,7	114,8	140,6	155,4	19,0	5,7
Hamburg	12,1	28,8	26,2	32,0	34,8	5,8	2,3
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	439,1	768,2	742,9	937,8	1042,3	7,9	2,5
Baden	3,0	4,3	4,3	4,9	5,0	1,5	0,4
Württemberg-Hohenzollern	1,1	2,3	2,0	2,2	2,9	0,9	0,3
Rheinland-Pfalz	5,0	9,5	10,4	18,0	22,8	3,2	0,8
Französische Zone	9,1	16,1	16,7	25,1	30,7	2,2	0,6
3 Westzonen	448,2	784,3	759,6	962,9	1073,0	7,4	2,3

kommenden Sparkapitalbildung und der über die Wiederaufbaubank verfügbar werdenden Gelder wird es jedoch möglich sein, den stärkeren Produktionsrückgang, der mit der teilweise erheblichen Auftragsstornierung droht, abzuwenden.

Nicht zu verkennen ist aber auch, daß die Produktion in manchen Bereichen, und zwar auch im Verbrauchsgütersektor, gewisse Absatzgrenzen erreicht hat. Sie liegen einmal in der starken Zurückhaltung, die sich die Käufer in letzter Zeit, teils infolge des wiedererwachten Spartriebes, teils aber auch, weil mit weiteren Preisrückgängen gerechnet wird und die Gewinne gesunken sind, auferlegt haben. Die Einzelhandelsumsätze sind im Januar wahrscheinlich übersaisonnmäßig geschrumpft und haben sich seitdem kaum erholt. Der Handel disponiert infolgedessen außerordentlich vorsichtig, und die Aufträge sind in vielen Zweigen stark zurückgegangen. Daß die Industrie trotzdem bisher noch zu keinen stärkeren Produktionseinschränkungen gezwungen war, erklärt sich nur aus der Tatsache, daß sie noch über ziemlich hohe unerledigte Auftragsbestände aus der Zeit der übersteigerten Nachfrage in den letzten Monaten von 1948 verfügte. Bis zu einem gewissen Grad wird diese Zurückhaltung der Käufer zwar wohl nur eine vorübergehende Erscheinung sein, da bei der geringen Ausstattung der meisten Haushalte mit dauerhaften Konsumgütern sich wahrscheinlich alsbald wieder unaufschiebbarer Bedarf melden wird. Schon die nunmehr einsetzende Frühjahrsaison könnte in dieser Hinsicht einen Wandel bringen, besonders wenn gleichzeitig weitere Preisermäßigungen die Realkaufkraft der Einkommen stärken. Viel wird aber auch von der künftigen Einkommensentwicklung abhängen, also davon, ob ein stärkerer Produktionsrückgang in den Investitionsgüterindustrien mit seinen unvermeidlichen Einwirkungen auf die Beschäftigung verhindert werden wird. Letztlich liegt in der Lösung des Problems der Investitionsfinanzierung also auch der Schlüssel für die weitere Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrien.

Jedoch, auch wenn das Einkommen nicht sinkt, werden eine ganze Reihe von Industrien

in Zukunft vor Absatzschränken stehen, die auch auf längere Sicht nur in dem Maße schwinden werden, in dem die Einkommen wachsen oder die Preise gesenkt werden können. Die Knappheitslage, die gegen Ende des vergangenen Jahres noch allenthalben bestand, ist nämlich, teils auf Grund der geringeren Ausgaben, teils aber auch auf Grund der beträchtlichen Produktionssteigerungen, auf vielen Gebieten überwunden. Für eine wachsende Zahl von Waren ist der Markt beim heutigen Verhältnis von Preisen und Einkommen gesättigt, ja übersättigt. Das gilt beispielsweise für elektrische Haushaltsgeräte, Aluminiumgeschirre, Stahlwaren, Haushaltsmaschinen, für Arbeits- und Kinderschuhe und wohl bald für alle Schuhsorten, für Kosmetika und manches andere. Hier hat sich überall der Markt in einen „Käufer-Markt“ verwandelt. Versucht man, sich auf Grund der Haushaltsrechnungen der Arbeiter und Angestellten ein Bild davon zu machen, in welchem Umfang sich die Bedarfsdeckung heute bereits über solche „Käufer-Märkte“, also über Märkte, auf denen das Angebot die Nachfrage tendenziell schon übersteigt, vollzieht, so kann man etwa — bei allerdings erheblichen Unterschieden von Land zu Land und zwischen Dorf und Stadt — feststellen: Von den gesamten Verbrauchsausgaben für Waren und private Dienstleistungen dürften gegenwärtig schätzungsweise 40 v. H. auf „Käufer-Märkte“ entfallen, 25 v. H. auf Märkte mit noch anhaltender Unterversorgung und etwa 35 v. H. auf Ausgaben, bei denen eine eindeutige Zuordnung noch nicht möglich ist. Freilich ist dabei immer zu berücksichtigen, daß die Höhe der Realeinkommen den Lebensstandard noch sehr stark beschneidet und eine sehr breite Schicht, vor allem die zahlreichen Flüchtlinge, die noch immer nicht voll im Wirtschaftsleben des Währungsgebiets Fuß fassen konnten, kaum die primitivsten Bedürfnisse befriedigen kann. Die Nachfrage ist also zweifellos auf Preisreduktionen noch sehr reagibel.

Preise und Löhne

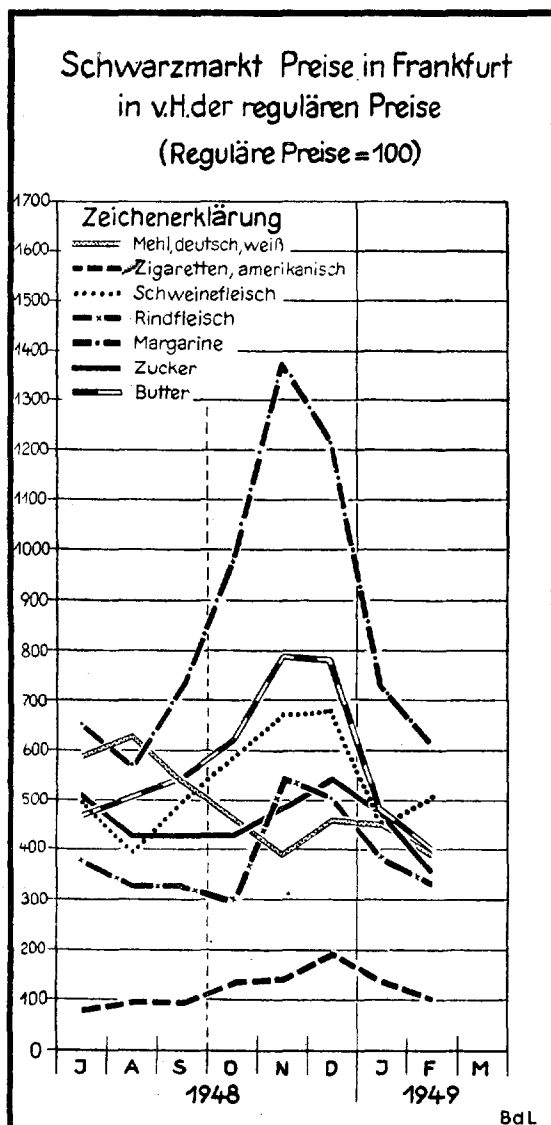
Die Anpassung der Preise an die Marktbedingungen hat in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. Die stärkere Zurück-

haltung der Käufer und die Ausdehnung des regulären Angebots graben vor allem dem Schwarzen Markt mehr und mehr das Wasser ab. Wie aus dem Schaubild ersichtlich ist, liegen viele Schwarzmarktpreise nun nicht mehr sehr weit über den regulären Preisen. Am regulären Markt sind bisher in erster Linie die Einzelhandelspreise für Industriewaren gesunken. Allmählich kommt es auch zu einer Herabsetzung der Fabrikverkaufspreise, wenngleich hier die Preisnachlässe schon deshalb im allgemeinen schwächer sind, weil die Fabrikverkaufspreise seit der Währungsreform gewöhnlich weniger stark gestiegen waren als die Einzelhandelspreise. Bisher noch kaum nachgegeben haben (mit Ausnahme von Häuten, Fellen und Kaut-

schuk) die Rohstoffpreise. Infolge ungünstiger Gestaltung der Erzeugungskosten sind sie auf Teilgebieten (so z. B. bei Kunstseide) in letzter Zeit sogar noch gestiegen bzw. drohen sie noch zu steigen (Eisen). Dies bedeutet, daß sich der Druck auf die Preise — wie bisher — in erster Linie auf die Handelsspannen, aber in steigendem Maße nun auch auf die Verarbeitungsspannen konzentriert. In vielen Fällen sind diese Spannen noch immer hoch.

Auf eine weitere Preissenkung im Fertigwarenereich wirkt gegenwärtig auch hin, daß nicht unerhebliche Fertigwarenimporte zu den teilweise bedeutend niedrigeren Auslandspreisen an den Markt kommen sollen. Das gilt insbesondere für Textilien und Bekleidung. Sodann zwingen die nun wieder aufgefüllten oder auf Grund der hohen Importe rasch wachsenden Rohstoffvorräte der Industrie zur Intensivierung der Absatzbemühungen durch Preisnachlässe.

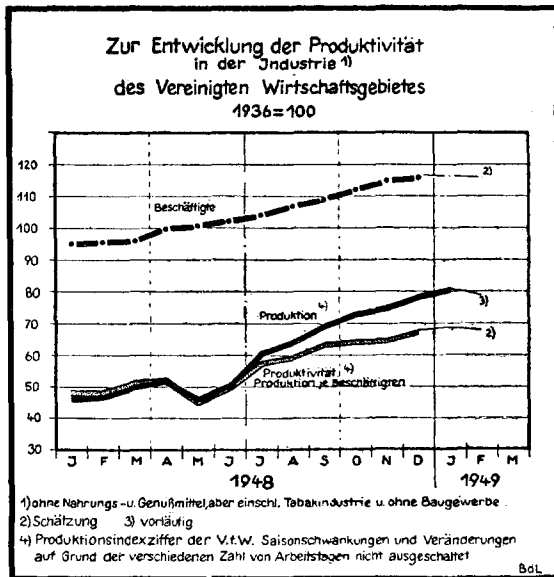
Nachdem in den letzten Monaten durch Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern teilweise bereits zeitlich begrenzte Teuerungszulagen eingeführt worden waren, sind neuerdings eine Reihe von Tarifverträgen gekündigt und Forderungen auf Lohnerhöhungen (bis zu 30 v. H.) gestellt worden. Auch auf Arbeitnehmerseite ist es jedoch umstritten, ob in Anbetracht der sinkenden Preistendenz und der wachsenden Arbeitslosigkeit schärfere Lohnforderungen und Lohnkämpfe am Platze sind. Stärkere Lohnerhöhungen würden dem Abbau der Preise entgegenwirken, von dem die Festbesoldeten, die Sozialrentner und ähnliche Einkommensgruppen in erster Linie eine Hebung ihrer Realkaufkraft erhoffen. Große Bedeutung kommt auf weitere Sicht auch der Entwicklung der Produktivität zu. Die Produktionsleistung je Beschäftigten hat sich seit der Währungsreform gebessert, sie liegt aber schätzungsweise noch immer um gut 30 v. H. unter dem Stand von 1936 (vgl. Schaubild auf Seite 18). Die seit der Währungsreform eingetretene Besserung erklärt sich sowohl durch eine Zunahme der je Beschäftigten geleisteten Zahl der Arbeitsstunden als auch durch eine höhere Stundenleistung. Wenn man aus zahlreichen Grün-



Die Entwicklung wichtiger Preise seit der Währungsreform

(Die eingeklammerte Zahl gibt den ungefähren Preisstand Ende Februar in v. H. von Mitte Juli an)

Preisstufe	nur gestiegen	zunächst gestiegen, dann gleichgeblieben	gleichgeblieben	gleichgeblieben, dann leicht gefallen	zunächst gestiegen, dann leicht gefallen	zunächst gestiegen, dann stark gefallen	
Einfuhr- und Erzeugerpreise			Eisenerz Erzeugerpreis		Rohholz Erzeugerpreis (190)		
					Brennholz Erzeugerpreis (160)		
			Flachs, Jutegewebe, Wolle incl. Erzeugerpreis				
			Australische Wolle Einfuhrpreis loco Bremen				
					Amerikanische Wolle Einfuhrpreis loco Bremen (200)		
				Amerikanische Baumwolle Einfuhrpreis loco Bremen (90)			
Fabrikverkaufspreise		Chemikalien Fabr.-Verk.-Preis (130)					
					Schmittholz ab Sägewerk (155)		
		Möbel Fabr.-Verk.-Preis (115) im Febr. 49 bei vereinzelt Möbelgattungen leicht gefallen					
	Kunstseide Fabr.-Verk.-Preis (127)						
					Textilien Fabr.-Verk.-Preis (110)		
					Lederschuhe Fabr.-Verk.-Preis (140)		
					Baustoffe Fabr.-Verk.-Preis (95)		
		Düngemittel Fabr.-Verk.-Preis (140)					
	Landw. Maschinen und Geräte — teilweise — Fabr.-Verk.-Preis (120)		Landw. Maschinen und Geräte — teilweise — Fabr.-Verk.-Preis	Landw. Maschinen und Geräte — teilweise — Fabr.-Verk.-Preis (90)			
			Gewerbl. Maschinen und Geräte — teilweise — Fabr.-Verk.-Preis	Gewerbl. Maschinen und Geräte — vereinzelt — Fabr.-Verk.-Preis			
	Fahrräder Fabr.-Verk.-Preis (105)						
		Kraftwagen Fabr.-Verk.-Preis Haushaltswaren Fabr.-Verk.-Preis					
Großhandelspreise						Häute und Felle Großhandelspreis (Häute 350 Kalbielle 355)	
		Oberleder Großhandelspreis (180)				Unter- und Treibriemenleder Großhandelspreis (140)	
Einzelhandelspreise					Möbel Einzelhandelspreis (105)		
					Lederschuhe Einzelhandelspreis (160)		
					Textilien Einzelhandelspreis (150)		
					Haushaltswaren Einzelhandelspreis (110)		
					Schwarzmarktpreise (80)		



den (Überalterung der Belegschaften, des Maschinenparks u. ä.) auf geraume Zeit nicht damit zu rechnen ist, daß allgemein die frühere Höhe der Leistungen wieder erreicht wird, so muß im Interesse möglichst niedriger Kosten und Preise einerseits und hoher Realeinkommen und der Kapitalbildung andererseits versucht werden, einen nennenswerten Teil der noch bestehenden Differenz möglichst bald aufzuholen.

Die Gesamtlage und die Kreditpolitik

Das Bild, das im Vorangegangenen von der gegenwärtigen Wirtschaftslage entworfen wurde, zeigt, daß die Wirtschaft trotz der knappen Geldversorgung, mit der sie sich seit einiger Zeit abfinden muß, auch in den letzten Wochen zu keinen stärkeren Einschränkungen gezwungen war, ja in vieler Hinsicht sogar deutliche Zeichen der Gesundung und Normalisierung an den Tag legt, daß aber doch in manchen Bereichen, besonders im Investitionssektor, die Lage labil ist und ernste Aufmerksamkeit erheischt.

Zu den erfreulichen Entwicklungsvorgängen der letzten Wochen gehört einmal, daß sich die Produktion im Februar — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — auf dem im Januar erreichten Niveau voll behauptet hat,

wahrscheinlich sogar noch etwas gestiegen ist. Daß dabei auch die Investitionsgüterindustrien keine Ausnahme bilden, ist Beweis dafür, daß die Wirtschaft nach wie vor einen starken, in Anbetracht des Wiederaufbaubedarfs auch durchaus natürlichen Expansionsdrang besitzt, und daß man selbst unter erschwerten Finanzierungsbedingungen bis zu einem gewissen Grade immer Mittel und Wege findet, um diesen Expansionsdrang zu betätigen.

Ein außerordentlich günstiges Symptom ist ferner die erhebliche Verbesserung der Warenversorgung. Seit Wochen findet der Konsument wieder vollere Läden und der Händler und Fabrikant bereitwillige Lieferanten. Das ist teils eine Folge der erhöhten Produktion, die ihrerseits wieder in hohem Maße der beträchtlich gestiegenen Einfuhr, vor allem der Auslandshilfe im Rahmen des Marshall-Planes zu danken ist, zu einem erheblichen Teil aber auch Auswirkung der Tatsache, daß das, was heute produziert wird, unter dem Zwang der stärkeren finanziellen Beengtheit der Unternehmungen auch angeboten und nicht mehr gehortet wird. Wenn die Aufgabe der Wirtschaft in einer möglichst großen Warenversorgung besteht, so ist sie heute also zweifellos effizienter als in der Zeit des Geldüberflusses, in der immer mehr Waren zurückgehalten wurden und der Markt sich infolgedessen trotz wachsender Produktion verengte.

Die Versorgung ist aber nicht nur besser, sondern zugleich auch freier geworden. An einer anderen Stelle dieses Berichtes wurde darauf hingewiesen, daß bei etwa 40 v. H. der Verbrauchsausgaben das Angebot die Nachfrage heute tendenziell bereits übersteigt, und daß für weitere 35 v. H. der Ausgaben „Käufermärkte“ zumindest im Entstehen begriffen sind. Dies bedeutet, daß für einen immer größeren Teil der Märkte die Zwangswirtschaft beseitigt und auf Karten, Zuteilungen und Papierkrieg verzichtet werden kann. Gewiß ist die Grundlage alles dessen noch ein verhältnismäßig niedriger Stand der Einkommen. Aber niemand wird behaupten können, daß das Mas-seneinkommen in den letzten Wochen seiner Realkaufkraft nach gesunken sei. Auch der Ar-

beiter und Angestellte kann sich vielmehr dank der erfreulichen Auflockerung der Märkte und der allmählichen Senkung der Preise erheblich mehr leisten als noch vor wenigen Monaten, und zwar ohne Schlangestehen und „Beziehungen“, und er quittiert diesen Wandel mit erhöhtem Arbeitseifer und, wie die erfreuliche Zunahme der Spareinlagen zeigt, auch mit einem beachtlichen Wiedererstarren des Spar-sinnes.

Auf der andern Seite darf allerdings nicht übersehen werden, daß in gewissen Bereichen der Wirtschaft die Aufträge stark zurückgegangen sind, und daß sich damit eine nicht ungefährliche Entwicklung angebahnt hat. Einige Industrien stützen heute einen beträchtlichen Teil ihrer Beschäftigung nur noch auf den verhältnismäßig hohen Auftragsbestand, der sich in den letzten Monaten von 1948 unter dem Einfluß der Haussepsychose und der damals noch beschränkten Produktionsmöglichkeiten angesammelt hatte, infolge der geringen Neuaufträge und von Auftragsstornierungen aber rasch zusammenschmilzt. Die Tatsache, daß sich die Produktion bisher behauptet hat, darf also in ihrer prognostischen Bedeutung nicht überschätzt werden. Nimmt der Auftragseingang nicht bald wieder zu, so werden in gewissen Bereichen Produktionseinschränkungen früher oder später unvermeidlich sein.

Der Rückgang der Aufträge hängt einmal mit der Krise der Investitionsfinanzierung zusammen, die letzten Endes darauf zurückgeht, daß der organisierte Kapitalmarkt trotz der allmählichen Zunahme der Spartätigkeit noch immer relativ unergiebig ist und die Banken nicht nur wegen der Restriktionpolitik des Zentralbanksystems, sondern auch mit Rücksicht auf ihre Liquidität kurzfristige Mittel auch nicht annähernd mehr im gleichen Umfang wie in den ersten Monaten nach der Währungsreform praktisch langfristig festlegen. So ist ein Vakuum entstanden, das die Durchführbarkeit vieler Investitionsvorhaben und damit den Beschäftigungsstand einer Reihe von Investitionsgüterindustrien bedrohte, jetzt allerdings durch den Einsatz von „counterpart-funds“ allmählich ausgefüllt wird.

Die Schrumpfung der Aufträge hängt aber teilweise auch damit zusammen, daß die allgemeine Haussepsychose vom Herbst vorigen Jahres abgeklungen ist und Produzenten sowohl als Konsumenten weit weniger leichtfertig Geld ausgeben. Hinzu kommt, daß sich infolge der hohen Steuersätze immer mehr Geld bei der öffentlichen Hand konzentriert. In einem besonderen Aufsatz dieses Heftes und an früherer Stelle des vorliegenden Berichts ist dieser Prozeß näher analysiert worden. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Mittel liegt nun vorläufig brach. Kaufkraftmäßig wirkt das, ebenso wie die stärkere Zurückhaltung auf seiten der Konsumenten, ganz ähnlich wie ein Sparvorgang: Gewisse Teile des aus der laufenden Produktion fließenden Einkommens werden nicht verausgabt, sondern zumindest vorläufig zur Reservebildung verwandt. Auf längere Sicht bahnt sich damit vielleicht ein echter Sparvorgang, d. h. eine definitive Bereitstellung jener Mittel für Investitionszwecke an. Vorläufig jedoch ist es bedauerlicherweise so, daß das starke Liquiditätsbedürfnis, das sowohl die Konsumenten wie auch die öffentliche Hand und die Unternehmungen beherrscht, es vielfach noch verhindert, daß sich die betreffenden Mittel, geldwirtschaftlich betrachtet, in „Kapital“ verwandeln, d. h. langfristig angelegt und dadurch auch für eine entsprechende bankmäßige Verwendung verfügbar gemacht werden. Es wird also mit anderen Worten bisher im wesentlichen nur Geld stillgelegt und damit die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verlangsamt, aber noch kein Kapital gebildet.

Immerhin eröffnet auch diese Situation schon für die Investitionsfinanzierung wesentlich günstigere Perspektiven, als sie noch vor einiger Zeit bestanden. Zunächst ist die öffentliche Hand auf Grund ihrer verhältnismäßig günstigen Liquiditätslage nun eher imstande, für einen Teil der vordringlichsten Investitionsvorhaben, besonders soweit es sich um Projekte handelt, die ihrer ganzen Natur nach zum öffentlichen Aufgabenbereich gehören, die Finanzierung zu übernehmen. Nichts wäre jedenfalls bedenklicher, als wenn die erheblichen Mittel, die den öffentlichen Haushalten heute auf Grund der hohen, die sonstige Kapitalbildung stark beein-

trächtigenden Steuersätze zur Verfügung stehen, nicht für Zwecke des Wiederaufbaus eingesetzt, sondern konsumtiv oder für weniger vordringliche Investitionen verwendet würden. Im Wohnungsbau, in der Finanzierung von Flüchtlingsbetrieben, von lokalen Elektrizitätswerken und zahlreichen ähnlichen Unternehmungen liegen Aufgaben, die nur von der öffentlichen Hand mit ihren Mitteln erfüllt werden können.

Darüber hinaus macht es die verringerte Ausgabeneigung des Publikums nunmehr aber auch möglich, durch gewisse, wohl abgewogene geldpolitische Maßnahmen die bedrohte Investitionsfinanzierung zu stützen, und damit das erwähnte Vakuum bis zur Wiederbelebung des normalen Kapitalmarktes zu überbrücken. Hierbei ist jedoch nicht an eine Wiederaufnahme der Investitionsfinanzierung durch kurzfristige Bankkredite zu denken. Eine solche Praxis wäre sowohl vom Standpunkt der Kreditnehmer als auch vor allem vom Standpunkt der Banken und ihrer Einleger aus höchst bedenklich und wird daher nicht die Zustimmung des Zentralbanksystems finden. Eine erneute Kreditexpansion der Banken zugunsten der Investitionsfinanzierung würde überdies keinerlei Gewähr dafür bieten, daß die Mittel in diejenigen Kanäle fließen, in denen der volkswirtschaftliche Bedarf am dringendsten ist. Aber auch der Betriebsmittelkredit muß relativ knapp gehalten werden. Es wäre insbesondere gänzlich verfehlt, die namentlich im Verbrauchsgütersektor infolge von Absatzschwierigkeiten entstandene Geldklemme durch Bankkredite beseitigen zu wollen. Der Unternehmer muß sich darauf einrichten, daß seine Produktion nun wieder vom Markt gesteuert wird. Kann er also seine Produkte nicht absetzen, so muß er durch Preissenkungen die Absatzstockung zu überwinden suchen oder er muß, wenn seine Produktionskosten eine weitere Preissenkung nicht gestatten, die Produktion einschränken. Nur so werden auf die Dauer unsere knappen Produktionsfaktoren der rationellsten Verwendung zugeführt werden.

Der Zentralbankrat hat demgemäß mit seinem Beschluß vom 22. März die Kreditrestriktion für die Banken als solche nicht aufge-

hoben, sondern nur ihre Form modifiziert¹⁾. Verzichtet worden ist auf die sogenannte „Kontingentierung“ des Bankkredits, d. h. seine grundsätzliche Beschränkung auf den Stand vom 31. Oktober 1948, nicht aber auf die strengen Anforderungen, die seit dem Restriktionsbeschuß vom 16. November 1948 an das rediskontierbare Material gestellt wurden. Es wird also erwartet, daß sich die Geldinstitute in ihrer Kreditgewährung auch weiterhin Zurückhaltung auferlegen und nur da Kredit zur Verfügung stellen, wo ein wirkliches volkswirtschaftliches Bedürfnis vorliegt und die Kreditgewährung mit den in langer Praxis erhärteten Grundsätzen einer gesunden Bankpolitik vereinbar ist. Insoweit allerdings sollen Bankkredite auch ohne Engherzigkeit gewährt werden. Für den Fall jedoch, daß die Krediterschöpfung der Banken wider Erwarten über das vertretbare Maß hinausgeht, hat sich der Zentralbankrat ausdrücklich vorbehalten, diese Entwicklung mit den traditionellen Mitteln der Notenbankpolitik, vor allem mit Hilfe der Diskontpolitik, zu dämpfen.

Während der Bankkredit aus den genannten Gründen weiterhin streng gezügelt werden soll, hat es der Zentralbankrat in seiner Erklärung vom 10. März jedoch begrüßt, daß nunmehr namhafte Beträge aus den „counterpart-funds“ für

¹⁾ Hierüber erging folgende Pressenotiz: „Die im November erlassenen Kreditrestriktionen bestanden in strengeren Vorschriften über die Anforderungen an das zum Diskont eingereichte Wechselmaterial und ferner in einer Begrenzung des Kreditvolumens der einzelnen Institute. Diese Kreditkontingentierung hat der Zentralbankrat in seiner Sitzung vom 22. März 1949 aufgehoben, weil die Entwicklung der letzten Wochen die Annahme rechtfertigt, daß es dieser Maßnahme nicht mehr bedarf, die Geldinstitute vielmehr auch ohne eine solche die nötige Zurückhaltung bei der Kreditgewährung üben werden. Die Aufgabe der Kreditkontingentierung bedeutet also nicht, daß nunmehr eine Kreditexpansion zugelassen würde, sondern trägt nur der Erkenntnis Rechnung, daß jetzt die zur Aufrechterhaltung der Stabilität nötige Knapphaltung des Geldes durch die normalen Mittel der Notenbankpolitik, nämlich durch eine den jeweiligen Erfordernissen sich anpassende Diskontpolitik in Verbindung mit strengen Anforderungen an die Qualität der Wechsel gewährleistet werden kann.“

die uns kreditierten Einfuhren für Investitionszwecke freigegeben werden¹⁾). Erfolgt die geld-

¹⁾ In der Erklärung heißt es: „In dem Mangel an langfristig verfügbaren Mitteln für die Finanzierung wichtiger Investitionen besteht wohl der wichtigste Grund für die in den letzten Wochen zu beobachtende Zunahme der Arbeitslosigkeit. Diesem Mangel kann aber, wenn nicht schwerste Fehlschläge eintreten sollen, nicht durch eine Ausdehnung des kurzfristigen Bankkredits abgeholfen werden. Der Wiederaufbau der Industrie und der zerstörten Wohnungen kann nicht mit Wechseln finanziert werden. Die Bank deutscher Länder mißt dem Problem der Investitionsfinanzierung die allergrößte Bedeutung und Dringlichkeit bei und begrüßt es lebhaft, daß nunmehr aus den sich ansammelnden Importgeldern namhafte Beträge der Wiederaufbaubank zur Verfügung gestellt werden und damit ein Anfang gemacht wird, der seine günstige Wirkung auf Produktion und Arbeitsmarkt nicht verfehlen wird. Dabei ist es allerdings notwendig, daß auch die stark zunehmenden Mittel der öffentlichen Hand für Investitionszwecke rasch, nachhaltig und zweckmäßig eingesetzt werden und ferner, daß alles getan wird, um den Kapitalmarkt und die Sparbildung wirksam zu fördern.“

politische Expansion nämlich auf dieser Ebene, so ist die Gewähr dafür geboten, daß die betreffenden Mittel wirklich in vollem Umfang an die Stellen des dringlichsten Investitionsbedarfs geleitet werden und gleichzeitig die Kontrolle über den Umfang der Geldversorgung erhalten bleibt. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind getan. Weitere Maßnahmen werden voraussichtlich in Kürze folgen, wenn auch Zeitungsmeldungen über die sofortige Bereitstellung eines Investitionskredits in Höhe von 1 Mrd. DM durch die Bank deutscher Länder der Grundlage entbehren. Es ist anzunehmen, daß damit bei enger Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen die Schwierigkeiten im Investitionsbereich der Wirtschaft überwunden werden können und trotzdem die Stabilität der Währung nicht erneut gefährdet wird. Der Konsument und Sparer kann also mit dem gleichen Vertrauen wie der Arbeitnehmer der weiteren Entwicklung entgegensehen.

Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet

Das von der Bank deutscher Länder in den letzten Monaten erstellte statistische Material gestattet es nun, die Entwicklung des Geldvolumens seit der Währungsreform sowohl seiner Größe wie auch seiner Struktur und seiner Entstehung nach Monat für Monat im wesentlichen frei von Schätzungen anzugeben. Die nachfolgenden Tabellen enthalten in systematischer Form das gesamte diesbezügliche Material. Die Angaben stellen bis auf einen ganz geringen Prozentsatz exakte Ziffern aus den Notenbankausweisen oder aus der monatlichen Bankenstatistik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken dar. Es ist beabsichtigt, die Tabellen in Zukunft regelmäßig im Statistischen Teil der Monatsberichte fortzuführen.

Die Struktur des Geldvolumens

Das Geldvolumen der modernen Volkswirtschaft setzt sich zusammen aus Barzahlungsmitteln und Einlagen bei Banken. Während der Umlauf an Barzahlungsmitteln und diejenigen Teile der Bankeinlagen, die bei der Zentralbank bzw.

beim Zentralbanksystem¹⁾ gehalten werden, aus den Zentralbankausweisen jederzeit ersichtlich sind, müssen die Einlagen bei den Geschäftsbanken, sofern nicht Zwischenausweise oder Bilanzen veröffentlicht werden, durch statistische Erhebungen ermittelt werden. Im westdeutschen Währungsgebiet geschieht dies gegenwärtig, abgesehen von der 112 Geldinstitute umfassenden wöchentlichen Repräsentativstatistik, durch die monatliche Bankenstatistik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken, die mit etwa 3 500 Geldinstituten den weitaus größten Teil des Geschäftsvolumens aller Geldinstitute erfaßt.

Für die Beurteilung der währungspolitischen Lage ist vor allem die Kenntnis der am Markt wirksamen Geldmenge wichtig. Um diese Geldmenge zu ermitteln, müssen von der Gesamtsumme der Bankeinlagen diejenigen Teile abgezogen werden, die lediglich Guthaben bzw.

¹⁾ Im westdeutschen Währungsgebiet bei der Bank deutscher Länder und den 11 Landeszentralbanken.

Tabelle 1
Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens
in Mill. DM

Stand Ende	Geldvolumen insgesamt	Gesperres Geldvolumen (Anlage- und Festkonten)	Frei verfügbares Geldvolumen					
			insgesamt	Struktur		Entstehung		
				Notenumlauf	Bank-einlagen ¹⁾	Erstausstattung	Währungs-umstellung	Kredit-schöpfung
1948								
Juli	11 495	1 533	9 962	3 831	6 131	5 541	3 066	1 355
August	14 206	2 363	11 843	4 178	7 665	5 719	3 756	2 368
September	16 903	2 849	14 054	5 358	8 696	6 743	4 161	3 150
Oktober	17 028	1 747	15 281	5 885	9 396	6 702	4 625	3 954
November	17 348	933	16 415	6 017	10 398	6 691	5 086	4 638
Dezember	17 859	751	17 108	6 319	10 789	6 689	5 413	5 006
1949								
Januar	18 034	667	17 367	6 167	11 200	6 689	5 508	5 170
Februar	18 589	606	17 983	6 216	11 767	6 691	5 771	5 521

¹⁾ Ohne Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Nach der monatlichen Bankenstatistik beträgt der Stand des Festkontos Ende September 2,85 Mrd. DM. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der gleiche Betrag auf Freikonto geflossen sein. Nach der Tabelle beläuft sich dagegen der aus Währungsumstellung bis Ende September entstandene Teil des frei verfügbaren Geldvolumens auf 4161 Mill. DM; er liegt also mit rd. 1,3 Mrd. DM über dem statistisch ausgewiesenen Betrag. Diese Differenz ist damit zu erklären, daß die Banken vielfach Vorschüsse auf noch nicht umgewandelte Altgeldguthaben gegeben, diese Vorschüsse aber nicht als Kredite gemeldet haben.

Verschuldung der Banken untereinander darstellen. Aus diesem Grunde sind Einlagen, die von Geldinstituten bei anderen Geldinstituten gehalten werden, nicht mitzuzählen; die in den folgenden Tabellen enthaltenen Ziffern für Bankeinlagen umfassen daher nur die Einlagen der sogenannten „Nichtbankenkundschaft“, im wesentlichen also die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen, Privaten und öffentlicher Hand. Dagegen erscheint es angezeigt, die Bankeinlagen ohne Rücksicht auf ihre Fristigkeit sämtlich als „Geld“ anzusehen, also sowohl die Spareinlagen wie auch die Termineinlagen dem Geldvolumen zuzurechnen. Jede andere Betrachtungsweise, die etwa die Spareinlagen nicht als „Geld“ ansehen wollte, würde den tatsächlichen Gegebenheiten weder vom Einzelfall aus noch unter allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gerecht. Lediglich für die Beurteilung der Wirksamkeit des Geldvolumens (Umlaufgeschwindigkeit der Banknoten bzw. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen) ist es allerdings von erheblicher praktischer Bedeutung, die Zusammensetzung der Bankeinlagen nach Fristigkeit und nach Einlagezweck (Spareinlagen!) zu kennen.

Der Notenumlauf, wie er im Ausweis der Bank deutscher Länder und auch im zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken erscheint und in den nachstehenden Tabellen enthalten ist, schließt außer den ausgegebenen Banknoten auch die Kleingeldzeichen und Münzen ein. Er enthält jedoch nicht die eigenen Kassenbestände der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken, da diese jeweils vorweg vom Notenumlauf abgesetzt werden. Dagegen sind die Barkassenbestände der Geldinstitute aus dem Notenumlauf nicht ausgeschieden, weil sie vom Standpunkt der Notenbank aus dem Geldumlauf zugerechnet werden müssen. Überdies sind sie verhältnismäßig konstant (in den Monaten Juli 1948 bis Januar 1949 betragen sie stets zwischen 250 und 300 Mill. DM) und wären auch nur ungenau, nämlich ohne die Bestände der nicht berichtenden Institute, zu ermitteln.

Das gesamte statistische Geldvolumen gliedert sich auf Grund der Währungsgesetzgebung

gegenwärtig noch in einen frei verfügbaren und einen gesperrten Teil. Bei dem gesperrten Teil handelt es sich um das Festkonto und das Anlagekonto. Beide Konten sind aus der Umwandlung von RM-Einlagen bei Geldinstituten in DM-Einlagen entstanden; sie werden beide im Laufe der Zeit verschwinden. Das Festkonto wird dadurch aufgelöst werden, daß es nach Durchführung der finanzamtlichen Nachprüfung allmählich gemäß den Bestimmungen des 4. Währungsgesetzes (Festkontenentscheidung) zu $\frac{2}{3}$ auf Freikonto und zu $\frac{1}{3}$ auf Anlagekonto übertragen wird; das Anlagekonto dadurch, daß es für Investitionszwecke freigegeben und vom Kontoinhaber entsprechend den hierfür zu erlassenden Bestimmungen verwandt wird. Das frei verfügbare und das gesperrte Geldvolumen ergeben zusammen das im westdeutschen Währungsgebiet vorhandene Gesamtgeldvolumen.

Dieses Gesamtgeldvolumen ist mit rund 18,6 Mrd. DM (Ende Februar 1949) erheblich kleiner als das Geldvolumen etwa des Jahres 1938 (31. 12.). Für das gesamte Reichsgebiet betrug damals der Bestand an Stückgeld und Bankeinlagen 56,4 Mrd. RM, für das jetzige Währungsgebiet also schätzungsweise 31 Mrd. RM. Läßt man freilich zu beiden Terminen die Spareinlagen (gegenwärtig 1,9 Mrd. DM, 1938 im jetzigen Währungsgebiet etwa 15 Mrd. RM) und für die Gegenwart auch noch den gesperrten Teil des Geldvolumens außer acht, so ist das dann verbleibende Geldvolumen des gegenwärtigen Währungsgebiets ebenso groß wie Ende 1938. Sinnvoll wird ein derartiger Vergleich allerdings nur, wenn man gleichzeitig den jeweiligen Umfang des Sozialprodukts berücksichtigt. 1938 dürfte das Sozialprodukt (brutto) im heutigen Währungsgebiet etwa 50 Mrd. RM (Zeitwert) betragen haben, gegenwärtig ist es auf 55—60 Mrd. DM (Zeitwert) zu schätzen. Die Relation zwischen Geldvolumen (in dem hier zugrunde gelegten Sinne) und Sozialprodukt ist heute also noch immer etwas niedriger als 1938, was darauf hindeutet, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im allgemeinen höher ist als damals.

Der Anteil des Notenumlaufs am gesamten Geldvolumen (einschließlich Spareinlagen und

Fest- und Anlagekonten) ist mit 6,2 Mrd. DM von insgesamt 18,6 Mrd. DM im Vergleich zu früher relativ hoch. Ende 1938 entfielen von dem gesamten Geldvolumen in Höhe von schätzungsweise 31 Mrd. RM nur 5,7 Mrd. RM (beide Größen beziehen sich auf das derzeitige Währungsgebiet) auf Bargeld. Auch wenn man nur das frei verfügbare Geldvolumen berücksichtigt und ferner die Spareinlagen außer Betracht läßt, ist der Anteil des Bargeldumschlufs etwas höher als Ende 1938, aber der Unterschied ist nur gering (6,2 : 16,1 Mrd. DM in der Gegenwart gegenüber 5,7 : rd. 16 Mrd. RM Ende 1938). Immerhin ist die Relation zwischen Bargeldumschluf (der heute mit der Position „Ausgegebene Banknoten“ identisch ist) und der Lohn- und Gehaltssumme gegenwärtig etwa die gleiche wie vor dem Kriege. Die jähr-

Notenumlauf im Verhältnis zum Lohn- und Gehaltseinkommen wesentlich höher. Man kann also annehmen, daß sich die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes nun ungefähr der der Vorkriegszeit angepaßt hat.

Die Entstehung des Geldvolumens

Das gegenwärtige Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet geht auf drei große Quellen zurück: Erstens die durch die Währungsgesetzgebung gewährten sogenannten Erstausstattungen mit neuem Gelde, zweitens die Umwandlung von RM-Einlagen bei den Geldinstituten in DM-Einlagen und drittens die Kreditschöpfung durch die Geschäftsbanken und das Zentralbanksystem (Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken). Die beiden

Tabelle 2
Bankeinlagen¹⁾
in Mill. DM

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken							im Zentralbanksystem (BdL und LZB)	Insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ²⁾	Insgesamt		
	hiervon								
	Insgesamt	Sichteinlagen	Befristete Einlagen						
Spar-einlagen			Termin-einlagen						
1948									
Juli	4 001	3 604	313	84	59	4 060	2 071	6 131	
August	5 509	4 631	686	192	82	5 591	2 074	7 665	
September	6 662	5 339	958	365	99	6 761	1 935	8 696	
Oktober	7 476	5 794	1 152	530	111	7 587	1 809	9 396	
November	8 453	6 408	1 354	691	125	8 578	1 820	10 398	
Dezember	9 094	6 650	1 599	845	135	9 229	1 560	10 789	
1949									
Januar	9 417	6 599	1 767	1 051	139	9 556	1 644	11 200	
Februar	9 905	6 731	1 936	1 238	147	10 052	1 715	11 767	

¹⁾ Auf Freikonto; ohne die Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug.

liche Lohn- und Gehaltssumme ist nach dem Stand von Anfang 1949 nämlich auf knapp 30 Mrd. DM zu veranschlagen. Der Notenumlauf stellt sich also auf etwa ein Fünftel der Lohn- und Gehaltssumme. In den Jahren 1936 und 1937 betrug diese Proportion 20 bzw. 19 : 100, im Jahre 1938 stellte sie sich auf 23 : 100. Erst in den Kriegsjahren wurde der

erstgenannten Geldquellen lassen sich unter dem Oberbegriff „hoheitliche Geldschöpfung“ zusammenfassen, weil sie auf Grund von Gesetzgebungsakten ohne unmittelbare volkswirtschaftliche Gegenleistung entstanden sind, während die Kreditschöpfung im Regelfall Vorfinanzierung einer unmittelbar nachfolgenden volkswirtschaftlichen Leistung darstellt.

Die Beträge der Erstaussstattungen sind genau bekannt. In der nachstehenden Tabelle sind sie für die einzelnen Termine auf Grund der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ nach den Büchern der Bank deutscher Länder errechnet. Aus abrechnungstechnischen Gründen unterliegen die Beträge noch immer von Monat zu Monat gewissen geringfügigen Veränderungen. Die Erstaussstattungen

den, der Einleger seinen Geldanspruch behält und die entsprechenden Bankeinlagen daher weiterhin dem Geldvolumen zugerechnet werden müssen. Die durch Zurverfügungstellung von Krediten neu geschaffenen Geldbeträge treten also stets zu den nicht untergegangenen „alten“ Einlagen hinzu. Lediglich in den Fällen, in denen die zur Ausleihung verwendeten Einlagen ihren Geldcharakter verlieren, indem sie etwa zum Ankauf von Pfandbriefen oder Anleihen verwendet werden, erhöht die

Tabelle 3
Erstaussstattung¹⁾
in Mill. DM

Stand Ende	Juli 1948	August 1948	September 1948	Oktober 1948	November 1948	Dezember 1948	Januar 1949	Februar 1949
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder und Gemeinden	2 266	2 291	2 366	2 354	2 351	2 348	2 348	2 350
Bahn und Post	312	315	315	315	315	315	315	315
Geschäftsbeträge	269	489	480	468	473	472	472	472
1. und 2. Rate des Kopfgeldes	1 922	1 852	2 810	2 793	2 780	2 782	2 782	2 782
Insgesamt	5 541	5 719	6 743	6 702	6 691	6 689	6 689	6 691

¹⁾ Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der BdL. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

— auch Dotationen genannt — wurden sämtlich in Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt, davon die erste Rate des Kopfbetrages und Teile der zweiten Rate in Banknoten, alle übrigen durch Girogutschrift bei der Bank deutscher Länder oder den Landeszentralbanken.

Der Posten Kreditschöpfung ist in den Tabellen 1 und 4 aus den gleichen Gründen, aus denen bei der Erfassung der Bankeinlagen die interbankmäßigen Depositen abgesetzt wurden, von der interbankmäßigen Verschuldung bereinigt worden. Nur die an „Nichtbanken“ gewährten Kredite kommen als Quellen für das am Markte wirksame Geldvolumen in Betracht. Hier aber sind sämtliche Kredite, also auch die auf Grund von „hereingenommenen Anlagen“ gewährten, zu berücksichtigen, weil auch in allen den Fällen, in denen lediglich „hereingenommene Einlagen wieder ausgeliehen“ wer-

hierdurch ermöglichte Kreditgewährung nicht die Gesamtgeldmenge.

Bei der Kreditschöpfung ist sinngemäß auch derjenige Betrag zu berücksichtigen, der sich als Saldo der vier im Ausweis der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts errechnet, da über diese Konten die effektive Geldmenge entweder vergrößert oder verringert wird. Ist der Saldo aktivisch, so vergrößert er zwangsläufig die Passivposten „Notenumlauf“ oder „Giroverbindlichkeiten“ der Bank deutscher Länder und wirkt entsprechend geldschöpfend. Ist er dagegen passivisch, so kontrahiert er die betreffenden Posten und führt zu einer entsprechenden Verringerung der Geldmenge.

Die aus der Währungsumstellung jeweils geflossenen Beträge sind in Tabelle 1 als Differenzposten zwischen dem (statistisch feststehen-

den) frei verfügbaren Geldvolumen und den (ebenfalls statistisch feststehenden) Beträgen aus Erstaussstattungen und Kreditschöpfung errechnet. Ihre ungefähre Richtigkeit wird durch die

mit anderen Methoden mögliche direkte Erfassung der Währungsumstellung bestätigt.¹⁾

¹⁾ Vgl. hierzu den folgenden Aufsatz „Umwandlung von Altgeldguthaben“.

Tabelle 4
Kreditschöpfung
in Mill. DM

Stand Ende	durch Geschäftsbanken ¹⁾			durch Zentralbanksystem (BdL und LZB) ²⁾			Insgesamt
	Nach der monatlichen Bankenstatistik	Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	Insgesamt	Schatzwechsel, Kassenvorschüsse und Direktkredite ⁴⁾ an die Wirtschaft	Saldo der vier Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Insgesamt	
1948							
Juli	1 339	12	1 351	4	—	4	1 355
August	2 378	22	2 400	40	- 72	- 32	2 368
September	3 196	30	3 226	44	- 120	- 76	3 150
Oktober	3 819	33	3 852	42	+ 60	102	3 954
November	4 333	35	4 368	113	+ 157	270	4 638
Dezember	4 684	40	4 724	114	+ 168	282	5 006
1949							
Januar	4 883	45	4 928	87	+ 155	242	5 170
Februar	5 251	48	5 299	69	+ 153	222	5 521

¹⁾ Kredite an die Nichtbankenkundschaft; Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite.

²⁾ Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft.

³⁾ Vgl. Anmerkung ²⁾ in Tabelle 2.

⁴⁾ Diese Kredite dürfen nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt werden.

Die Umwandlung von Altgeldguthaben

Von den drei großen Quellen, auf die das gegenwärtige Geldvolumen zurückgeht — nämlich die Kreditschöpfung, die Erstaussstattungen und die Umwandlung von Altgeldguthaben¹⁾ — soll die letztere im folgenden noch einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Sie gehört mit den Erstaussstattungen zur sogenannten „hoheitlichen“, d. h. auf Gesetzgebungsakte zurückgehenden Geldschöpfung, unterscheidet sich von der über die Erstaussstattungen erfolgten Geldschöpfung aber wesentlich dadurch, daß die Erstaussstattungen eine vom bisherigen Geldbesitz weitgehend unabhängige Geldschöpfung, nämlich eine Zuteilung des neuen Geldes nach einem geschätzten Überbrückungs-

bedarf darstellen²⁾, während sich die Umwandlung der RM-Guthaben bei den Geldinstituten, wie der Name bereits andeutet, in festen Relationen zu diesen Altgeldguthaben vollzieht. Für die Währungspolitik bedeutet die auf hoheitliche Geldschöpfung zurückzuführende Kaufkraft selbstverständlich einen Faktor, der genau einkalkuliert werden muß, wenn über das zulässige Maß der Geldversorgung entschieden wird. Die Geldschöpfung durch die Gewährung von Erstaussstattungen ist bereits seit

²⁾ Insgesamt kamen folgende Beträge zur Auszahlung:

	Währungsges. §	Mill. DM
1. Kopfbeträge	6	2 782
2. a) Geschäftsbeträge	17	472
b) Bahn, Post	16	315
3. a) öffentliche Hand	15	2 350
b) Besatzungsmächte	23	772
		<u>3 122</u>
		<u>6 691</u>

¹⁾ Vgl. den Aufsatz „Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet“ im vorliegenden Heft der „Monatsberichte“.

Auszahlung der 2. Rate des Kopfbetrages im September und Oktober so gut wie abgeschlossen; dagegen ist die Umwandlung von Altgeldguthaben ein wesentlich langwierigerer, auch heute noch nicht ganz abgeschlossener Prozeß, der infolgedessen auch künftig noch bei währungs politischen Entscheidungen beachtet werden muß. Der Stand der Umwandlung von Altgeldguthaben und die noch zu erwartende Geldschöpfung durch den Abschluß der Umwandlung erfordert aus diesen Gründen eine genaue Ermittlung.

Der umwandlungsfähige Reichsmarkbetrag

So wichtig es ist, sich über das Geldvolumen, das aus der Umwandlung bei den Banken insgesamt zu erwarten ist, Klarheit zu verschaffen, so schwierig ist es, diesen Betrag der Größenordnung nach exakt zu bestimmen. Ausgangspunkt sind die mit den bekannten Vordrucken A und B angemeldeten Altgeldguthaben bei Geldinstituten. Gemäß Begriffsbestimmung des § 1 UG schließen die „Altgeldguthaben“ die durch Ablieferung von Altgeldnoten entstandenen RM-Guthaben ein. Die Kassen der öffentlichen Hand¹⁾ hatten ihre Barbestände ohne Vordruck abzuliefern und auch ihre Bankguthaben nicht zu melden; ihre Altgeldbestände wurden für verfallen erklärt. Die Endsummen der Anmeldungen mit Vordruck A²⁾ und Vordruck B³⁾ können daher im wesentlichen als der Stand der für eine Umwandlung in Betracht kommenden RM-Verpflichtungen der Banken gegenüber ihrer Kundschaft am 20. Juni 1948 angesehen werden.

Wenn der Gesamtbetrag der angemeldeten Altgeldguthaben dem tatsächlich umwandlungsfähigen Betrag auch sehr nahe kommt, so ist er doch keineswegs mit ihm identisch. Einmal ist nämlich der Untergang von Altgeldguthaben durch Anrechnung der Kopf- und Geschäftsbeträge sowie durch die Verfallserklärungen

der Finanzämter zu berücksichtigen; in welchem Ausmaß auf diese Weise Altgeldguthaben verbraucht worden sind, läßt sich vorläufig nur schätzen, denn die auf Kopf- und Geschäftsbeträge anzurechnenden RM-Beträge, die bestimmungsgemäß vom Abwicklungskonto lediglich abzusetzen waren, können buchmäßig erst nach Auswertung der im Laufe dieses Jahres zu erstellenden DM-Eröffnungsbilanzen der Geldinstitute erfaßt werden. Ebenso verhält es sich bei den für verfallen erklärten Altgeldguthaben. Auf der anderen Seite erhöht sich aber auch die Summe der angemeldeten Altgeldguthaben auf Grund nachträglicher Anmeldungen (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 8 UG) und infolge besonderer Gesetzgebungsakte. Hier sind vor allem die sogenannten Hinterlegungsgelder zu erwähnen — also Gelder, die z. B. von den Sozialversicherungsträgern, dem Reichsstock und anderen Stellen bei öffentlichen Kassen (einschließlich der Militärregierungen) eingezahlt worden waren und zusammen mit den Altgeldguthaben dieser Kassen untergingen, jedoch nachträglich unter besonderen Voraussetzungen zur Umwandlung angemeldet werden konnten (§ 8 DVO/UG). Als wichtiger Posten sind schließlich noch Altgeldguthaben von Personen oder Vereinigungen zu erwähnen, die im Währungsgebiet weder ansässig noch steuerpflichtig sind und deshalb nicht anmeldepflichtig waren. Diese Altgeldguthaben konnten nach § 2 (4) UG ohne weiteres in Neugeldguthaben umgewandelt werden.

Eine Schätzung der für die Umwandlung in Betracht kommenden Altgeldmenge ist also mit nicht unerheblichen Unsicherheitsmomenten belastet. In Tabelle 1 ist versucht worden, eine auf sorgfältiger Verwertung aller vorhandenen Anhaltspunkte beruhende Schätzung des umwandlungsfähigen Reichsmarkbetrages zu geben. Die Tabelle kommt auf einen insgesamt in die neue Währung umzustellenden Betrag von rd. 104,7 Mrd. RM, von dem sinngemäß noch derjenige Betrag an Verfallserklärungen abgezogen werden muß, der infolge der Sofortfreigabe nicht mehr die alten RM-Konten, sondern bereits das auf DM umgestellte (Fest-)Konto mindert (§ 7,3 Ziff. 2—3 UG). Man kommt dann auf 103,9 Mrd. RM.

¹⁾ Die Kassen der Gebietskörperschaften, der Postämter und der Postscheckämter und die sonstigen Kassen der Postverwaltungen sowie die Kassen der Bahnverwaltungen.

²⁾ Für natürliche Personen.

³⁾ Für juristische Personen und Personenvereinigungen — einschließlich Sozialversicherungsträger und Stock für Arbeitseinsatz —, Vollkaufleute und für fremde Rechnung gehaltenes Altgeld.

Tabelle 1

Umwandelnde Altgeldguthaben im Währungsgebiet

1. Angemeldete Beträge (in Mrd. RM) und daraus entstehende Neugeldguthaben (Mill. DM)

	mit Vordruck A		mit Vordruck B	Insgesamt
Bargeld	7,5		1,3	8,8
Bankgeld	72,9		37,0	109,9
Altgeldguthaben	80,4		38,3 ³⁾	118,7
Ab:		Zu:		
Anrechnung von Kopfbeträgen	— 15,0 ¹⁾	Evtl. nachträgliche Anmeldungen: § 8 UG (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) und 8. DVO/UG (Hinterlegungsgelder) — ohne Anhaltspunkte geschätzt	+ 2,0	
	65,4		40,3	
Ferner ab:		Ab:		
Eventuelle Verfallserklärungen des Finanzamts	— 1,6 ²⁾	Anrechnung von Geschäftsbeträgen	— 4,0 ⁴⁾	
		Umwandlungsfähig nach § 2 UG also	36,3	
Umwandlungsfähig nach § 2 UG also	63,8			
<u>Gesamtsumme der angemeldeten Beträge: 100,1 Mrd. RM</u>				

Diese umwandlungsfähigen Beträge ergeben in DM umgewandelt (in Mill. DM):

Gemäß der ursprünglich angeordneten Umwandlung (5 v. H. auf Freikonto, 5 v. H. auf Festkonto; § 2 UG)	Freikonto	Festkonto	Freikonto	Festkonto
	3190	3190	1815	1815
hiervon ab:				
Streichung um 70 v. H. auf Grund Ges. 65 (Festkontenentscheid)	— 2233			— 1270,5
	957			544,5
				— 49,8 ⁵⁾
				494,7
Aufteilung des Festkontos zu 2/3 auf Freikonto und 1/3 auf Anlagekonto	+ 638	319	+ 329,8	164,9
	3828	319	2144,8	164,9
Beide Spalten ergeben zusammen			Freikonto 5972,8	Anlagekonto 483,9
			insgesamt 6456,7	

2. Nicht anmeldepflichtige Altgeldguthaben (Gruppe IV gem. § 1 Abs. 1 Ziff. 1 d, UG)

Geschätzter Betrag 4,6 Mrd. RM

Umwandlung im Verhältnis 100 : 6,5 gem. § 2 (4) UG:

Freikonto	Anlagekonto	insgesamt
276,0	23,0	299,0

3. Gesamtergebnis (Summe 1 und 2)

Es sind zu erwarten aus:	Freikonto	Anlagekonto	insgesamt
1) angemeldeten Altgeldguthaben ⁶⁾	5972,8	483,9	6456,7
2) nicht anmeldepflichtigen Altgeldguthaben ⁷⁾	276,0	23,0	299,0
Zusammen ⁸⁾	6248,8	506,9	6755,7

= rd. 6,8 Mrd. DM

¹⁾ Geschätzt: RM-Gegenwert der ausgezahlten Kopfbeträge (nach § 4 a, UG 540 RM für rd. 47 Mill. Einwohner) beträgt 25,5 Mrd. RM; davon ist derjenige RM-Betrag abzusetzen, der sich nicht anrechnen ließ, weil die Altgeldguthaben der Empfänger des Kopfbetrages dafür nicht ausreichen und der auf Grund von Repräsentativstatistiken auf 10,5 Mrd. RM zu schätzen ist.

²⁾ Gem. § 7 UG geschätzt auf 2,5 v. H. der angemeldeten Altgeldguthaben.

³⁾ Einschließlich des für fremde Rechnung gehaltenen Altgelds.

⁴⁾ Gesamtbetrag der Geschäftsbeträge 0,47 Mrd. DM = (zehnfacher RM-Wert gem. § 4 b, UG) 4,7 Mrd. RM abzüglich: nicht anrechenbare Geschäftsbeträge in Fällen nicht verfügbarer oder nicht ausreichender Altgeldguthaben (geschätzt auf 15 v. H. des Solls) — 0,7 Mrd. RM

ergibt 4,0 Mrd. RM

⁵⁾ Gem. § 7 UG; geschätzt auf 2 v. H. der angemeldeten Altgeldguthaben von 38,3 Mrd. RM: 766 Mill. RM = (6,5 v. H.) 49,8 Mill. DM.

⁶⁾ Umwandlungsfähiger RM-Betrag 99,3 Mrd.

⁷⁾ " " " " 4,6 Mrd.

⁸⁾ " " " " 103,9 Mrd.

Der aus der Umwandlung hervorgehende DM-Betrag

Der aus dem insgesamt umwandlungsfähigen Reichsmark-Betrag hervorgehende DM-Betrag bestimmt sich durch das in der Währungsgesetzgebung festgelegte Umstellungsverhältnis. Das eine Woche nach dem Währungsgesetz erlassene Umstellungsgesetz sah vor, daß Altgeldguthaben im Verhältnis 10 : 1 auf Deutsche Mark umzustellen seien, wobei die Neugeldguthaben z. T. sofort und z. T. nach einer vorgegangenen finanzamtlichen Nachprüfung je zur Hälfte einem Frei- und einem Festkonto gutzuschreiben waren. Über die Behandlung des Festkontos behielten sich die Besatzungsmächte eine innerhalb von 90 Tagen nach Erlaß des Währungsgesetzes zu treffende Entscheidung vor. Das 4. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Festkontengesetz), das Ende September erlassen wurde, ordnete dann die Streichung von 7/10 des Festkontos an. Damit verringerte sich der ursprüngliche Umstellungssatz auf 10 : 0,65. 20 v. H. des Festkontos wurden zur Übertragung auf Freikonto bestimmt — wobei der finanzamtliche Genehmigungsbescheid gemäß § 6 UG vorliegen mußte —, 10 v. H. dagegen als sogenanntes Anlagekonto für Investitionszwecke reserviert und zunächst gesperrt.

Unter Zugrundelegung des auf 103,9 Mrd. RM geschätzten umwandlungsfähigen Gesamtbetrages ergibt sich somit — wie ebenfalls aus Tabelle 1 ersichtlich —, daß sehr wahrscheinlich insgesamt rund 6,8 Mrd. DM aus der Währungsumstellung zu erwarten sind. Hiervon fließen reichlich 6 Mrd. DM auf Freikonto und 1/2 Mrd. DM auf Anlagekonto. Ein Teilbetrag in Höhe von 276 Mill. DM ist hiervon, da er aus Altgeldguthaben der Gruppe IV (Ausländer, Bewohner der Ostzone und Berlins) herrührt, nur im Rahmen der Bestimmungen der Militärgesetze Nr. 52 und 53 verfügbar.

Ein besonderer Unsicherheitsfaktor, der den umwandlungsfähigen Betrag unter Umständen nicht unbedeutend verändern kann, liegt in dem Ausfall von Altgeldguthaben bzw. von DM-Guthaben auf Festkonto, der für Verfalls-erklärungen der Finanzämter in der Schätzung unterstellt wurde. Bisher sind nur für ein Land vorläufige Angaben über die Höhe der Ver-

falls-erklärungen verfügbar geworden; sie liegen bedeutend niedriger als die hier angenommenen Beträge. Es sind jedoch ziemlich verläßliche Anzeichen vorhanden, daß in anderen Ländern ungleich höhere Hundertsätze der angemeldeten Altgeldguthaben für verfallen erklärt werden dürften als in diesem einen Falle.

Der Stand der Umwandlung

Die Beträge, welche die Geldinstitute bisher von Reichsmark auf DM umgestellt haben, lassen sich statistisch auf Grund der bisherigen Erhebungen nicht feststellen, da die laufenden Umstellungen von dem Neueinlagengeschäft der Banken buchungstechnisch nicht getrennt worden sind und nicht mehr getrennt werden können. Lediglich aus dem Zufall heraus, daß Fest- und Freikonto zunächst — bis zum Erlaß der Festkontenentscheidung Ende September — mit gleichen Beträgen dotiert wurden, war es bis Ende September möglich, den Zuwachs aus Umwandlung mit Hilfe der Einlagen auf Festkonto einigermaßen exakt anzugeben. Bis Ende September waren danach 2,85 Mrd. DM frei verfügbares Buchgeld (auf Freikonto) und die gleiche Summe auf Festkonto entstanden. Setzt man dies in Beziehung zu dem insgesamt umwandlungsfähigen Betrag, der mit 103,9 Mrd. RM ermittelt wurde (vgl. Tabelle 1), so ergibt sich, daß die Umwandlung Ende September zu 55 v. H. durchgeführt war.

Allerdings spiegelt sich der Gang der Umwandlung infolge der bei der Refinanzierung der Kontenumstellung zur Anwendung kommenden Technik letztlich in den Büchern der Bank deutscher Länder. Für alle durch Umwandlung von Altgeldguthaben entstandenen DM-Einlagen erhalten nämlich die Geldinstitute seitens der Landeszentralbanken eine Girogutschrift in Höhe von 15 v. H. für Sichteinlagen und 7 1/2 v. H. für Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen); eine vorläufige Liquiditätsausstattung in Höhe von 1 v. H. der zuletzt vor dem 21. Juni 1948 ausgewiesenen RM-Verbindlichkeiten gegenüber der Kundschaft, welche die Landeszentralbanken den Geldinstituten sofort nach der Währungsumstellung gutzuschreiben hatten (§ 8 1. DVO/WG.), wird hiergegen verrechnet. Die Landeszentralbanken ihrerseits, die vorschußweise 30 v. H. dieser

den Geldinstituten gewährten vorläufigen Liquiditätsausstattung von der Bank deutscher Länder gutgeschrieben erhielten, bekommen in Anrechnung auf diesen Vorschuß endgültig ebenfalls 30 v. H. der den Geldinstituten zustehenden Beträge (15 bzw. 7¹/₂ v. H., s. o.) sowie ihrer eigenen umgewandelten Giroverbindlichkeiten von der Bank deutscher Länder erstattet. Aus dieser Liquiditätsausstattung der Landeszentralbanken, die sich bei der Bank deutscher Länder in Ausgleichsforderungen niederschlägt, kann somit der Fortschritt der Abrechnung abgelesen werden.

Infolge der gesetzlich festgelegten Deckungsprozentsätze entsprechen je 100 DM bei den Banken umgestellte Sicht- bzw. Terminverbindlichkeiten 4,50 DM bzw. 2,25 DM Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder gegen die öffentliche Hand aus umgewandelten Sicht- bzw. befristeten Verbindlichkeiten bei den Geldinstituten. Sofern es sich um umgewandelte Giroverbindlichkeiten der Landeszentralbanken handelt, entsprechen je 100 DM umgewandelter Verbindlichkeiten 30 DM Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder. Rechnet man den aus umgewandelten Verbindlichkeiten herührenden Teil der Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder entsprechend diesen Prozentsätzen um, so gewinnt man einen An-

haltspunkt dafür, wie weit die Umwandlung bei den Geldinstituten zum mindesten fortgeschritten sein muß. Jedoch stellt der Stand der Abrechnung bei der Bank deutscher Länder nicht den tatsächlichen Stand der Kontenumstellung bei den Geldinstituten gegenüber ihrer Kundschaft dar. Im Ziffernwerk der Bank deutscher Länder ist die Umwandlung lediglich insoweit erkennbar, als sie von den Geldinstituten mit den Landeszentralbanken und von diesen wiederum mit der Bank deutscher Länder tatsächlich bereits abgerechnet worden ist. Naturgemäß ist die tatsächliche Umwandlung bereits erheblich weiter durchgeführt, denn es vergeht geraume Zeit, bis die Verrechnung der aus der Umwandlung herrührenden Forderungen der Geldinstitute in den Büchern der Bank deutscher Länder ihren Niederschlag gefunden hat.

Tabelle 2 gibt den Stand der Umwandlung wieder, wie er sich auf Grund der erläuterten Zusammenhänge am 28. 2. 1949 nach den Ziffern der vorläufigen Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder errechnet; um den Fortgang der Umwandlung ersichtlich zu machen, sind außerdem die entsprechenden Ziffern weiterer vorangegangener Termine beigefügt. Danach war am 28. 2. 1949 die erfolgte Umwandlung von insgesamt 5 098,2 Mill. DM Verbindlichkeiten der Landeszentralbanken und

Tabelle 2
Umgewandelte Einlagen bei Landeszentralbanken und Geldinstituten
nach dem Ausweis der Bank deutscher Länder
in Mill. DM

	Bei Landeszentralbanken		Bei Geldinstituten				Insgesamt umgewandelte Einlagen (errechnet)	in v.H. von 6,8 Mrd. DM
	Deckung der DM-Verbindlichkeiten der LZB gem. § 10 (2) UG in Verbindung mit BVO. § 2 (2) c	Demnach umgewandelte Giroverbindlichkeiten (errechnet)	Sichteinlagen		Termineinlagen			
			Deckung der DM-Verbindlichkeiten der LZB gem. § 10 (2) UG in Verbindung mit BVO. § 2 (2) a	Demnach umgewandelte Sichteinlagen (errechnet)	Deckung der DM-Verbindlichkeiten der LZB gem. § 10 (2) UG in Verbindung mit BVO. § 2 (2) a	Demnach umgewandelte Termineinlagen (errechnet)		
15. 11. 1948	70,7	235,6	84,1	1 867,8	35,1	1 557,9	3 661,3	54
30. 11. 1948	70,0	233,3	81,1	1 802,8	43,6	1 938,6	3 974,7	58
31. 12. 1948	69,6	231,8	86,8	1 928,1	52,7	2 341,3	4 501,2	66
31. 1. 1949	69,4	231,2	88,5	1 965,8	56,7	2 517,9	4 714,9	69
15. 2. 1949	69,3	231,1	89,2	1 981,5	57,7	2 564,3	4 776,9	70
28. 2. 1949	69,6	232,1	94,3	2 096,0	62,3	2 770,1	5 098,2	75

der Geldinstitute mit der Bank deutscher Länder abgerechnet. Bezogen auf den in Tabelle 1 ermittelten Gesamtbetrag, der aus der Umwandlung zu erwarten ist, wären das 75 v. H.

Ein genauerer Aufschluß, wie weit die Umwandlung der Reichsmark-Einlagen bei den Geldinstituten in Wirklichkeit fortgeschritten war, ist nicht aus Buchhaltungsziffern, sondern lediglich aus statistischen Erhebungen zu gewinnen. Hierfür kommt die monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet (Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken) in Frage. In ihr sind Angaben über die — allerdings geschätzten — DM-Beträge zu machen, die noch aus der Umwandlung der Kundeneinlagen der Geldinstitute, umgerechnet im Verhältnis 100 : 6,5, hervorgehen.

Nach der monatlichen Bankenstatistik waren noch umzuwandeln (in Mill. DM):

	Sicht- einlagen	Termin- einlagen	insgesamt
Ende Februar	190,8	323,9	514,7

Stellt man den Betrag der Ende Februar noch umzuwandelnden Verbindlichkeiten der Geldinstitute in Höhe von 514,7 Mill. DM dem in der Tabelle 1 ermittelten Gesamtumstellungsbetrag von 6,8 Mrd. DM gegenüber, so ergibt sich, daß die Umwandlung Ende Februar zu 7,6 v. H. noch nicht abgeschlossen, mithin zu 92,4 v. H. durchgeführt war.

Dieses Ergebnis bedeutet, daß von 6 249 Mill. DM, die nach Tabelle 1 insgesamt auf Freikonto zu erwarten wären, bis Ende Februar 1949 5 775 Mill. DM tatsächlich umgewandelt sein müßten. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in diesem so ermittelten Betrag auch diejenigen DM-Beträge enthalten sind, die zur Zeit noch auf dem Festkonto stehen und dem Freikonto erst nach Vorliegen des finanzamtlichen Genehmigungsbescheides zugeführt werden dürfen. Nach den Ergebnissen der monatlichen Bankenstatistik ist dieser Betrag der noch auf dem Festkonto stehenden und auf das Freikonto zu übertragenden Neugeldguthaben per Ende Februar 1949 auf 159 Mill. DM zu veranschlagen. Von den 5 775 Mill. DM konnten demnach Ende Februar

1949 erst 5 616 Mill. D-Mark auf dem Freikonto tatsächlich verfügbar sein.

Der ermittelte Stand der Umwandlung stimmt im wesentlichen überein mit dem Betrag, der sich ergibt, wenn von dem gesamten Ende Februar 1949 frei verfügbaren Geldvolumen im Währungsgebiet die ziemlich genau bekannten Beträge für Erstaussstattungen und Kreditschöpfung abgezogen werden; der Restbetrag kann nur das aus der Umwandlung entstandene Neugeld sein.

Der Stand der Umwandlung
per Ende Februar 1949, ermittelt als Differenz-
posten im Geldvolumen
in Mill. DM

Freies Geldvolumen am 28. 2. 1949		17 983
originär geschaffenes Neugeld (vgl. S. 26)	6 691	
Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems (ohne Kredite an Geldinstitute)	5 521	12 212
Demnach aus Einlagenumwandlung entstanden		5 771

Hiernach wären also 5 771 Mill. DM des gesamten frei verfügbaren Geldvolumens (Bargeld sowie Guthaben der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto) aus der Umwandlung entstanden. Dieser Betrag ist um 155 Mill. DM höher als der nach dem Stand der Umwandlung errechnete Betrag von 5 616 Mill. DM. Die Differenz ist vermutlich damit zu erklären, daß der von den Geldinstituten gemeldete Betrag der noch umzuwandelnden Altgeldguthaben, der im vorstehenden zwecks Ermittlung des prozentualen Standes der Umwandlung in Relation zu dem insgesamt aus der Umwandlung zu erwartenden Betrag gesetzt wurde, oft nicht unwesentlich zu hoch angegeben sein dürfte, können doch die Geldinstitute nicht genau wissen, welche Beträge der Altgeldguthaben etwa später noch erlöschen werden, entweder weil sie vom Kontoinhaber nicht angemeldet worden sind, obwohl sie meldepflichtig waren, oder weil sie vom Finanzamt für verfallen erklärt oder von den Abwicklungsbanken für die Anrechnung von Kopf- und Geschäftsbeträgen verbraucht werden. Infolgedessen muß davon ausgegangen werden, daß der aus der Umwandlung noch

zu erwartende DM-Betrag niedriger als 514 Mill. DM ist und somit der bereits umgewandelte DM-Betrag auf Freikonto über 5 616 Mill. DM hinausgeht.

Auf Grund dieser Analysen kann man annehmen, daß vom Februar 1949 an noch folgende Beträge aus der Umwandlung dem Freikonto zugeführt werden:

Einmal die aus der Umwandlung von Altgeldguthaben entstehenden Neugeldguthaben, deren Betrag aus den oben angegebenen Gründen etwas hinter der Summe von 475 Mill. DM zurückbleiben wird und zum anderen die Beträge, die sich noch auf dem Festkonto befinden, jedoch nach Vorliegen des finanzamtlichen Genehmigungsbescheides auf das Freikonto zu übertragen sind und nach den Ergebnissen der monatlichen Bankenstatistik mit etwa 159 Mill. DM veranschlagt werden können¹⁾.

¹⁾ In diesem Zusammenhang muß berücksichtigt werden, daß in den kommenden Monaten weitere DM-Beträge im Wege der gesetzlichen Geldschöpfung dadurch entstehen, daß den ehemaligen Kriegsgefangenen auf Grund von Bescheinigungen über ihnen bei der Gefangennahme abgenommene Reichsmarkbeträge eine DM für je zehn Reichsmark umgetauscht wird. Im übrigen ist zu beachten, daß Durchführungsvorschriften über die Anerkennung verlagelter Geldinstitute zu § 1 der 1. DVO/UG noch fehlen. Die Anerkennung verlagelter Geldinstitute führt zur Entstehung weiterer umwandlungsfähiger Altgeldguthaben bei diesen Instituten, andererseits verändert sich auch der Betrag der umwandlungsfähigen Altgeldguthaben bei den übrigen Geldinstituten des Währungsgebiets, weil die bei diesen von verlagerten Instituten unterhaltenen Reichsmarkguthaben entweder erlöschen, wenn der verlagerte Geschäftsbetrieb als Geldinstitut im Währungsgebiet anerkannt wird, oder umgewandelt werden müssen, falls dies nicht geschieht.

Die öffentlichen Gelder im Banksystem

Im folgenden wird auf Grund der bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken ein Überblick über Höhe und Entwicklung der im Banksystem befindlichen öffentlichen Gelder gegeben und die Bedeutung ihrer Fluktuation zwischen den verschiedenen Stufen des Banksystems für die Liquiditätsentwicklung der Geldinstitute dargestellt. Die öffentlichen Gelder, die in den Bankausweisen unter dem Posten „Einlagen der öffentlichen Hand“ ausgewiesen werden, umfassen die Gelder der Gebietskörperschaften (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände), der öffentlich rechtlichen Unternehmungen, vor allem der Bahn und der Post, der Sozialversicherungsträger und der Militärregierungen. Eine Aufgliederung nach den einzelnen Einlegern ist auf Grund der bisherigen statistischen Erhebungen leider jedoch nur zum Teil möglich, so daß sich die vorliegende Untersuchung im wesentlichen mit globalen Angaben über die öffentlichen Gelder begnügen muß.

Die Entwicklung der öffentlichen Einlagen

Bei der Entwicklung des Gesamtbetrages aller öffentlichen Einlagen sind seit der Währungsreform deutlich zwei Phasen zu erkennen:

eine erste Phase, die vom Beginn der Währungsreform bis Ende August reichte und in der die öffentlichen Gelder um fast 0,9 Mrd. DM abnahmen, und eine zweite, noch andauernde, in der bis Ende Februar eine Zunahme um gut 1,2 Mrd. DM festzustellen ist. Die Zahlen beziehen sich — wie auch alle nachfolgenden Angaben — nur auf die Einlagen der öffentlichen Hand auf Freikonto. Die Einlagen

Tabelle 1

Stand der öffentlichen Einlagen im Banksystem *)
Nur Guthaben auf Freikonto
in Mill. DM

Stand am	Stand	Zunahme + Abnahme —
1948 30. Juni	3 408,0	
31. Juli	2 603,3	— 804,7
31. August	2 548,8	— 54,5
30. September	2 655,9	+ 107,1
31. Oktober	2 789,1	+ 133,2
30. November	3 160,7	+ 371,6
31. Dezember	3 327,5	+ 166,8
1949 31. Januar	3 637,1	+ 309,6
28. Februar	3 798,0 ¹⁾	+ 160,9

¹⁾ Vorläufig.

²⁾ Geschäftsbanken und Zentralbanksystem, jedoch ohne Einlagen der Generalpostkasse bei der Bank deutscher Länder, da diese überwiegend aus Postscheckgeldern stammen, und (für Juli) ohne Einlagen der Gemeinsamen Außenhandelskasse. Durch diese Ausschaltung erklärt sich der Unterschied zu den auf Seite 4 des allgemeinen Berichts zur Wirtschaftslage genannten Zahlen über die Höhe der öffentlichen Einlagen.

der öffentlichen Hand auf Festkonto bzw. Anlagekonto sind verschwindend gering, denn die öffentlichen Gelder sind, wie später noch ausgeführt werden wird, nur zu einem verschwindend geringen Teil durch die Umwandlung von Altgeldguthaben entstanden, da diese Altgeldguthaben grundsätzlich für verfallen erklärt wurden.

Der Ausgangsstand der ersten Phase wurde bestimmt durch die der öffentlichen Hand und den Militärregierungen unabhängig von ihren Altgeldguthaben zur Verfügung gestellten Erstaussstattungen und durch die Umwandlung der Altgeldguthaben gewisser öffentlich rechtlicher Körperschaften, vor allem der Sozialversicherungen, die sofort über 5 v. H. ihrer Altgeldguthaben verfügen konnten, sofern diese getrennt von den Geldern der Länder gehalten wurden. Der Gesamtbetrag belief sich auf rund 3,4 Mrd. DM und setzte sich wie folgt zusammen:

	Mill. DM
1. Erstaussstattungen	
Länder ¹⁾	1 600 ²⁾
Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	564
Bahn und Post	312 ³⁾
Militärregierungen	772
	3 248
2. Umwandlung von Altgeldguthaben (vor allem der Sozialversicherungen)	
geschätzt	160
Zusammen (1 + 2)	3 408

¹⁾ Genau zu ermitteln ist nur der Gesamtbetrag der den Gebietskörperschaften gemäß § 15 WG eingeräumten Erstaussstattungen; die Verteilung auf die Länder einerseits und die Gemeinden andererseits ist nur annäherungsweise zu ermitteln.

²⁾ Durch nachträgliche Berichtigungen wurde der Betrag endgültig auf 1 786 Mill. DM erhöht.

³⁾ Endgültiger Betrag 315 Mill. DM.

Mit dem unter 1. aufgeführten Betrag der Erstaussstattungen erhielt die öffentliche Hand eine im Verhältnis zu ihren RM-Kassenbeständen relativ reichliche Ausstattung mit neuem Geld. Die Länder und Gemeinden jedenfalls hatten im Zeitpunkt der Währungsreform Altgeldguthaben in Höhe von nur etwa 8 Mrd. RM besessen. Wären diese im Verhältnis von 10 : 1 umgestellt worden, so hätten die betreffenden Körperschaften nur rd. 800 Mill. DM erhalten. In Wirklichkeit aber betrug ihre Erst-

ausstattung anfänglich 2 164 Mill. DM und erhöhte sich durch nachträgliche Berichtigungen auf 2 350 Mill. DM. Dieser verhältnismäßig hohe Initialbetrag wurde gewährt, weil für die ersten Monate nach der Währungsreform mit einem relativ niedrigen Steueraufkommen gerechnet wurde. Obwohl sich später die Dinge nicht ganz so ungünstig entwickelten, mußte die öffentliche Hand nach der Währungsreform aber doch sofort in beträchtlichem Umfang zur Deckung ihrer laufenden Defizite auf die Dotation zurückgreifen, und hieraus erklärt sich das ziemlich scharfe Absinken der öffentlichen Gelder in der ersten Zeit nach der Währungsreform. Da wegen der Abwertung der alten Steuerschulden die Steuerquellen im Juli fast ganz versiegt und auch im August noch nicht in alter Höhe flossen, konnte ein großer Teil des öffentlichen Finanzbedarfs nur durch Verausgabung der Dotation gedeckt werden. Im Verlauf dieses Prozesses schlugen sich die mit Hilfe der Erstaussstattungen finanzierten Ausgaben der öffentlichen Hand in einer Erhöhung der privaten Einlagen und der Bargeldversorgung der Privaten nieder. Die Abnahme der öffentlichen Gelder in dem oben bezeichneten Zeitraum belief sich auf rd. 860 Mill. DM und, wenn man die Gelder der Militärregierungen außer acht läßt, auf rd. 700 Mill. DM. Berücksichtigt man, daß die öffentlichen Guthaben in der gleichen Zeit durch nachträgliche Berichtigungen der Dotation vorübergehend um 127 Mill. DM zugenommen hatten, so errechnet sich eine Abnahme von rd. 990 bzw. 830 Mill. DM. Sie entsprach ziemlich genau dem Betrag der in den öffentlichen Haushalten (Länder, Gemeinden, Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, Sozialversicherungen) aufgetretenen Defizite, die sich etwa in der Größenordnung von 950–1000 Mill. DM bewegten. Auch wenn man die Bewegung der Gelder der Bahn und Post, die in der Defizitrechnung nicht berücksichtigt wurden, aus den öffentlichen Geldern ausschaltet und bei dem mit 0,9 Mrd. DM errechneten Rückgang dieser Gelder einen entsprechenden Abschlag macht, ist eine relativ starke Parallelität in der Bewegung der beiden Größen erkennbar. In der zweiten, ab September 1948 datierenden Phase betrug die Zunahme der öffentlichen

Gelder bisher (Abschlußdatum Ende Februar) schätzungsweise 1,25 Mrd. DM und bei Ausschaltung der Bewegung der Gelder der Militärregierungen rd. 1,16 Mrd. DM. Sie ist hauptsächlich dadurch zu erklären, daß die Einnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere der Länder und der Sozialversicherungsträger, seit einigen Monaten per Saldo die Ausgaben übertreffen. Trotz Defiziten in einzelnen Monaten und in einzelnen öffentlichen Haushalten sind in dem halben Jahr September 1948—Februar 1949 Überschüsse von schätzungsweise 500—600 Mill. DM erzielt worden. Die Differenz zwischen diesem Betrag und der Zunahme der öffentlichen Einlagen bei den Banken (einschließlich der Zentralbanken) mag sich einmal daraus erklären, daß die finanzstatistischen Unterlagen sehr dürftig sind und der Betrag der Überschüsse vielleicht zu vorsichtig geschätzt wurde. Ferner schließen die öffentlichen Gelder gewisse „Fremdgelder“ ein, und schließlich wurde bei denjenigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Altgeldguthaben der Umwandlung unterlagen, ein weiterer Betrag durch das 4. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Festkontenentscheidung) auf Freikonto übertragen und, soweit ihre Kassenmittel zusammen mit denjenigen der Gebietskörperschaften untergegangen waren, auf Grund der Hinterlegungsverordnung durch nachträgliche Anmeldung und Umwandlung frei verfügbar. Der Gesamtbetrag des durch die beiden Gesetze ent-

stehenden Zugangs auf Freikonto dürfte mindestens 40—50 Mill. DM betragen haben. Darüber hinaus erhöhten sich im September die öffentlichen Gelder durch weitere Berichtigungen der Erstausrüstung noch um rd. 60 Mill. DM. Aber auch wenn es statistisch im einzelnen schwierig ist, die Zunahme der öffentlichen Einlagen aus der Haushaltsentwicklung zu erklären, so ist doch eine gewisse Gleichläufigkeit in der Bewegung unverkennbar. Die Zuwachsrate der öffentlichen Gelder war jedenfalls in den Monaten mit den größten Haushaltsüberschüssen (November 1948 und Januar 1949) jeweils am höchsten.

Unmittelbar nach der Währungsreform war der Anteil der öffentlichen Einlagen an den gesamten Bankeinlagen besonders hoch. Er betrug Ende Juli, als schon ein erheblicher Teil der öffentlichen Einlagen verausgabt worden war und sich damit teilweise in privaten Einlagen niedergeschlagen hatte, immer noch 42,5 v. H. In den darauffolgenden Monaten fiel er auf Grund der weiteren Verausgabung der Dotation und der zunächst noch geringen Steuer- und Beitragseingänge beträchtlich ab. Auch als sich die Einnahmen der öffentlichen Hand erholten und die öffentlichen Gelder daher wieder anstiegen, was von September an der Fall war, nahm ihr Anteil an den gesamten Einlagen zunächst noch ab, weil diese infolge der Umwandlung alter RM-Guthaben und der Ausdehnung des Kreditvolumens noch stärker

Tabelle 2
Der Anteil der öffentlichen Einlagen an den Gesamteinlagen des Banksystems

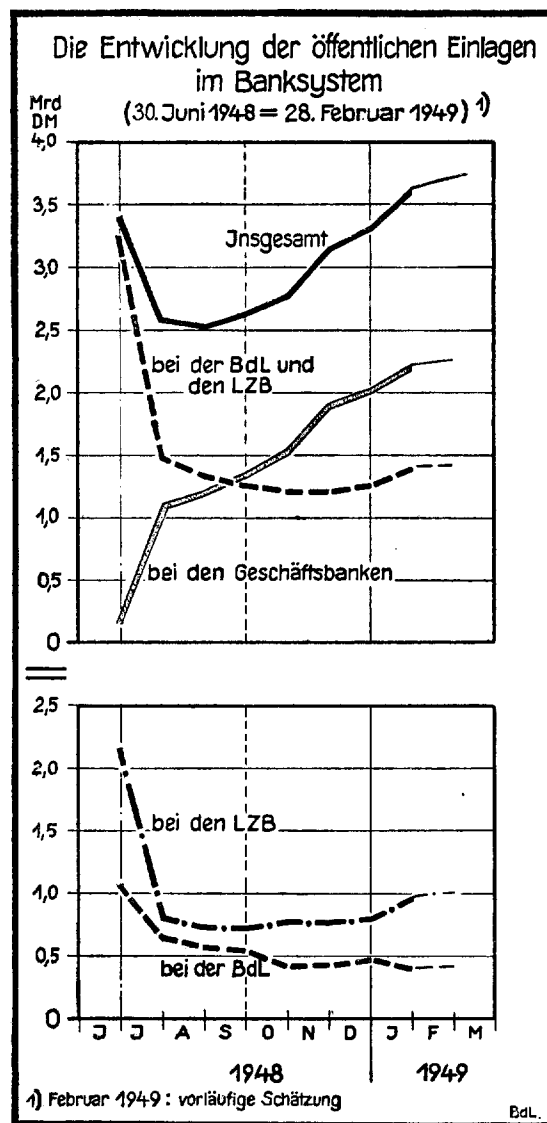
Stand am	Einlagen der Nichtbankenkundschaft insgesamt	davon:		
		Einlagen der Wirtschaft und Privaten	Öffentliche Einlagen	
			in Mill. DM	in v. H. der gesamten Einlagen
1948 31. Juli	6 122	3 519	2 603	42,5
31. August	7 653	5 104	2 549	33,3
30. September	8 687	6 031	2 656	30,6
31. Oktober	9 385	6 596	2 789	29,7
30. November	10 383	7 222	3 161	30,4
31. Dezember	10 774	7 446	3 328	30,9
1949 31. Januar	11 191	7 554	3 637	32,5
28. Februar	11 454	7 656	3 798	33,2

wuchsen als die öffentlichen Gelder. Im Oktober machten die öffentlichen Einlagen infolgedessen nur noch 29,7 v. H. der Gesamteinlagen aus. Erst ab November, als sich die Zunahme der privaten Einlagen unter dem Einfluß des allmählichen Auslaufens der Währungsumstellung und der Kreditrestriktion erheblich verlangsamte und gleichzeitig die Steuereinnahmen stark anzusteigen begannen, erhöhte sich auch der Anteil der öffentlichen Einlagen an den gesamten Einlagen. Im Januar betrug er rd. 33 v. H.

Die Bewegung der öffentlichen Gelder zwischen den einzelnen Stufen des Banksystems

Für die Beurteilung der geldpolitischen Wirkung dieser Entwicklung ist aber auch von großer Bedeutung, in welchem Umfang sich dabei die öffentlichen Gelder zwischen dem Zentralbanksystem und den Geschäftsbanken bewegt haben. Werden nämlich öffentliche Einlagen vom Zentralbanksystem auf die Konten von Geschäftsbanken übertragen, so verschafft das den betreffenden Banken Zentralbankgeld, wirkt also unter sonst gleichbleibenden Umständen liquiditätserhöhend. Werden umgekehrt Mittel von den Geschäftsbanken auf das Zentralbanksystem übertragen, so sinkt ceteris paribus die Liquidität der Geschäftsbanken, da diese im gleichen Umfang aus ihren Zentralbankguthaben abdisponieren oder sich im Wege des Wechsel- oder Lombardkredits beim Zentralbanksystem verschulden müssen.

Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, befand sich nun unmittelbar nach der Währungsreform der bei weitem größte Teil der öffentlichen Gelder beim Zentralbanksystem, da die Erstaussstattungen, durch die die öffentlichen Gelder bis auf einen verschwindenden Rest entstanden waren, ausschließlich in der Form von Einlagen beim Zentralbanksystem gewährt worden waren. Die Erstaussstattung der Gebietskörperschaften (Länder und Gemeinden) war als Einlagen bei den Landeszentralbanken in Erscheinung getreten, die Erstaussstattung der Militärregierungen, der Bahn und der Post als Einlagen bei der Bank deutscher Länder. Schon in den ersten auf die Währungsreform folgenden Tagen setzte nun



eine Verlagerung der öffentlichen Guthaben vom Zentralbanksystem zu den Geschäftsbanken ein, weil die öffentliche Hand — zum Teil im Interesse der Verzinsung¹⁾ — ihre Guthaben alsbald auf diejenigen Institute übertrug, bei denen sie bisher einen großen Teil ihrer Kassenreserven unterhalten hatte. Die Gemeinden und Gemeindeverbände disponierten ihren Anteil an der Erstaussstattung (564 Mill. DM) überwiegend auf die Sparkassen und Girozentralen, also auf die gemeindeeigenen Geldinstitute und deren Spitzenorganisationen, ab, während die Länder, die Bahn und die Post ihre Dotation überwiegend auf die Staatsbanken, die Landesbanken (die häufig mit den Girozentralen identisch

¹⁾ Die Einlagen im Zentralbanksystem werden nicht verzinst.

sind) oder andere Geldinstitute, deren sie sich auch in der Vergangenheit zu bedienen pflegten, übertrugen. Die öffentlichen Einlagen beim Zentralbanksystem sanken infolgedessen von 3 248 Mill. DM am Tage nach der Währungsreform bereits bis Ende Juli auf 1 497 Mill. DM, und bis Ende Oktober gingen sie weiter auf rd. 1 229 Mill. DM (= rd. 38 v. H. des ursprünglichen Standes) zurück. In den folgenden Monaten stiegen sie zunächst nur langsam wieder an, da die laufenden Einnahmen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger nach der Währungsreform fast ausschließlich bei den Geschäftsbanken eingezahlt wurden und dort auch verblieben, sofern sie nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben verwendet wurden. Erst ab Dezember begannen sie etwas stärker zuzunehmen, wobei nicht ohne Einfluß geblieben sein mag, daß die Landeszentralbanken bemüht waren, durch Sonderabmachungen mit den Finanzverwaltungen wieder einen größeren Teil der öffentlichen Gelder in ihren Bereich zu ziehen.

Die rasche Übertragung der öffentlichen Gelder vom Zentralbanksystem zu den Geschäftsbanken hatte einen entscheidenden Einfluß auf die Liquidität dieser Institute¹⁾. Wie

¹⁾ Vgl. hierzu auch den Beitrag über „Die Entwicklung der Bankenliquidität seit der Währungsreform“ im Februarheft der „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“.

aus der voranstehenden Tabelle hervorgeht, wurden von der Währungsreform bis Ende August nahezu 2 Mrd. DM vom Zentralbanksystem abdisponiert. In diesem Umfang wurde Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt. Ungefähr die Hälfte davon floß zu den Geldinstituten und erhöhte ihre Liquidität. Aber auch soweit die Mittel nicht unmittelbar auf die Geschäftsbanken übertragen wurden oder alsbald zu ihnen zurückflossen, sondern als Bargeld im Verkehr blieben, wirkten sie zumindest tendenziell liquidisierend, da ein Teil der Ausweitung des Zahlungsmittelumschlages auf diese Weise finanziert werden konnte, ohne daß die Geldinstitute ihre eigenen Reserven beim Zentralbanksystem vermindern oder sich bei den Zentralbanken verschulden mußten. Wenn die Überschußreserven aller Geldinstitute nach der ersten offiziellen Reservemeldung Ende September 1948 noch 547,2 Mill. DM oder 59 v. H. der gesetzlichen Mindestreserven betragen, so hat daran also die Übertragung öffentlicher Gelder vom Zentralbanksystem auf die Geschäftsbanken einen erheblichen Anteil. Das zeigt sich insbesondere, wenn man die Überschußreserven derjenigen Geldinstitute, die von der Transferierung öffentlicher Gelder besonders profitierten, also der Staatsbanken und der Girozentralen, mit denen der übrigen Geldinstitute vergleicht:

Tabelle 3
Die Verteilung der öffentlichen Gelder im Banksystem

Stand am	Öffentliche Einlagen insgesamt	davon:				
		bei den Geschäftsbanken	im Zentralbanksystem			
			insgesamt		bei der BdL	bei den LZB
			in Mill. DM			
1948 30. Juni	3 408,0	160,0 ¹⁾	3 248,0	95,3	1 084,0	2 164,0
31. Juli	2 603,3	1 106,6	1 496,7	57,6	659,7 ²⁾	837,0
31. August	2 548,8	1 215,9	1 332,9	52,3	586,1 ³⁾	746,8
30. September	2 655,9	1 362,1	1 293,8	48,6	564,5 ³⁾	729,3
31. Oktober	2 789,1	1 560,5	1 228,6	44,0	434,0 ³⁾	794,6
30. November	3 160,7	1 929,2	1 231,5	39,0	443,6 ³⁾	787,9
31. Dezember	3 327,5	2 036,0	1 291,5	38,8	487,2 ³⁾	804,3
1949 31. Januar	3 637,1	2 234,6	1 402,5	38,6	410,3 ³⁾	992,2
28. Februar	3 798,0 ¹⁾	2 377,8 ¹⁾	1 420,2	37,4	409,8 ³⁾	1 010,4

¹⁾ Vorläufig.

²⁾ Ohne Einlagen der Generalpostkasse, da diese vorwiegend aus Postscheckgeldern stammen, und ohne Einlagen der Gemeinsamen Außenhandelskasse. Durch diese Ausschaltung erklärt sich der Unterschied zu den auf Seite 4 des allgemeinen Berichts zur Wirtschaftslage genannten Zahlen über die Höhe der öffentlichen Einlagen.

³⁾ Ohne Einlagen der Generalpostkasse.

Tabelle 4

Öffentliche Gelder und Überschußreserven bei ausgewählten Bankengruppen Ende September 1948

Banken- gruppe	Öffentliche Gelder		Ueberschußreserven	
	in Mill. DM	in v. H. der Gesamteinlagen der Nichtbanken- kundschaft auf Freikonto	in Mill. DM	in v. H. der gesetzlichen Mindest- reserven
Alle Banken	1 362,1	20,4	547,2	59,4
4 Staatsbanken	166,6	83,4	27,8	115,4
Girozentralen	399,2	76,3	254,8	388,4

In der zweiten im September beginnenden Phase kann das Anwachsen der öffentlichen Gelder bei den Geschäftsbanken nur noch in geringem Umfang durch Abdispositionen aus dem Zentralbanksystem erklärt werden. Die öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem verringerten sich in ihr nur noch im September und Oktober und auch hier nur noch um etwa 100 Mill. DM. Der starke Zuwachs der öffentlichen Gelder bei den Geschäftsbanken resul-

der Fall war. Immerhin ist bemerkenswert, daß Bankengruppen, die einen großen Teil der von Juni bis August aus dem Zentralbanksystem abdisponierten Mittel aufgenommen hatten und wahrscheinlich auch durch die in der Folgezeit noch vorgenommenen Übertragungen begünstigt wurden, sich bis in die neueste Zeit hinein in einer wesentlich günstigeren Reserveposition befanden als die Mehrzahl der übrigen Geldinstitute:

Tabelle 5

Öffentliche Gelder und Überschußreserven bei ausgewählten Bankengruppen Ende Januar 1949

Banken- gruppe	Öffentliche Gelder		Ueberschußreserven	
	in Mill. DM	in v. H. der Gesamteinlagen der Nichtbanken- kundschaft auf Freikonto	in Mill. DM	in v. H. der gesetzlichen Mindest- reserven
Alle Banken	2 234,6	23,7	407,5	34,7
4 Staatsbanken	387,1	84,7	55,1	112,5
Girozentralen	776,4	82,4	149,2	162,4

tiert in der zweiten Phase vielmehr zum allergrößten Teil aus der im Zuge von Steuer- und Beitragszahlungen erfolgenden Umwandlung von privaten Mitteln in öffentliche. Dieser Prozeß ist geldpolitisch zwar ebenfalls von Bedeutung, da mit ihm in der Regel eine Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und ein gewisser Druck auf die Konsumnachfrage verbunden ist, für die Bankenliquidität aber bleibt er im allgemeinen neutral, da er den Geschäftsbanken, so weitgehende Verlagerungen er auch zwischen den einzelnen Instituten bewirken kann, in der Gesamtheit grundsätzlich kein Zentralbankgeld zuführt, es sei denn, daß die schärfere Besteuerung den Notenumlauf verringert, was bisher jedoch per Saldo kaum

Eine restringierende Wirkung auf die Bankenliquidität begann von der Ansammlung öffentlicher Gelder jedoch von Dezember 1948 an auszugehen. Von diesem Monat an begannen nämlich auch die öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem wieder zu steigen. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, vollzog sich dieser Anstieg bisher zwar nicht auf Kosten der öffentlichen Einlagen bei den Geschäftsbanken — der Anteil des Zentralbanksystems an den gesamten öffentlichen Einlagen ist vielmehr auch in den Monaten Dezember bis Februar noch gesunken —, aber schon die Tatsache, daß überhaupt wieder die Nichtbankeneinlagen beim Zentralbanksystem wuchsen, bedeutete naturgemäß einen zumindest tendenziell liquiditätsmindernden

Vorgang, da ein entsprechender Teil des umlaufenden Zentralbankgeldes in die Hände von Nichtbanken überging. Wenn sich das im allgemeinen bis Januar noch nicht in einer — über das Maß der Erhöhung der Mindestreserven am 1. Dezember hinausgehenden — tatsächlichen Senkung der Überschußreserven auswirkte, so lag das lediglich daran, daß jene Entwicklung durch eine Reihe liquiditätsfördernder Faktoren, wie vor allem die Ausdehnung des Zentralbankkredits und zeitweilig auch die Verringerung des Notenumlaufs, überkompensiert wurde.

Aber auch innerhalb des Zentralbanksystems haben Verlagerungen der öffentlichen Gelder seit der Währungsreform einen teilweise recht bedeutsamen Einfluß auf die Liquiditätsverhältnisse ausgeübt. So wie nämlich die Geschäftsbanken liquiditätsmäßig zeitweilig in erheblichem Umfang von der Abdisposition öffentlicher Gelder aus dem Zentralbanksystem profitierten, so wurde auch die Liquidität der Landeszentralbanken oder jedenfalls einzelner von ihnen in relativ hohem Maße durch die Übertragung öffentlicher Mittel von seiten der Bank deutscher Länder gestärkt. Von den insgesamt 424 Mill. DM, die bereits im ersten Monat nach der Währungsreform von der Bank deutscher Länder abgezogen wurden, ist nämlich ein erheblicher Teil zu den Landeszentralbanken umdisponiert worden. Das gilt insbesondere von der Dotation der französischen Militärregierung, von der alsbald nach der Währungsreform ein bedeutender Betrag zu den Landeszentralbanken der französischen Zone, vor allem nach der von Baden,

umgelagert wurde. Hierauf und auf der Tatsache, daß ein großer Teil der laufenden Mittel der französischen Militärregierung bei der Landeszentralbank von Baden gehalten wird, ist es in hohem Maße zurückzuführen, daß diese neben der Landeszentralbank von Bremen als einzige Landeszentralbank die Bank deutscher Länder bisher überhaupt nicht zu beanspruchen brauchte.

Im übrigen ist natürlich der Grad, in dem die Landeszentralbanken selbst von Abzügen der ursprünglich bei ihnen stehenden Erstaussstattung der Länder und Gemeinden betroffen wurden und in dem sie als Sammelbecken der neu entstehenden öffentlichen Gelder dienen, eine wichtige, wenn auch selbstverständlich keineswegs die einzige Komponente ihrer Liquidität. Es ist z. B. kein Zufall, daß diejenigen Landeszentralbanken, die in der Zeit seit der Währungsreform stets einen verhältnismäßig hohen Anteil der öffentlichen Gelder verwalteten, wie außer der bereits erwähnten Landeszentralbank von Baden, Bremen, Württemberg-Baden und Nordrhein-Westfalen, bei der Bank deutscher Länder relativ wenig verschuldet sind, während die Landeszentralbank von Bayern, die von der Verwaltung der öffentlichen Gelder bis vor kurzem fast gänzlich ausgeschaltet war, besonders stark auf die Bank deutscher Länder zurückgreifen mußte. Die Erfahrungen der Zeit seit der Währungsreform bestätigten also für alle Bereiche des Banksystems, daß es kreditpolitisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, wo die öffentlichen Gelder als Einlagen in Erscheinung treten.

Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

I. Zentralbankausweise

Ausweis der Bank deutscher Länder
Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 28. Februar 1949

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
(monatliche Bankenstatistik)
Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
(monatliche Bankenstatistik)
Die Entwicklung des Bankgeschäfts
(wöchentliche Bankenstatistik)
Wechselgeschäft
(monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)
Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft
(monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgliedert nach Bankengruppen
Mindestreservesätze

III. Sonstige Geld- und Kreditstatistik

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen; Stand am 28. Februar 1949
Kursdurchschnitt der 4⁰/₁₀igen Schuldverschreibungen
Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse
Seit der Währungsreform im Währungsgebiet genehmigte und durchgeführte Emissionen

IV. Öffentliche Finanzen

Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet
Steueraufkommen der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nach Steuerarten

V. Produktion, Umsatz und Preise

Index der industriellen Produktion
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
Eisen- und Stahlerzeugung
Arbeitsmarkt
Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte im westdeutschen Währungsgebiet
Verkehrsentwicklung
Außenhandel
Index der Grundstoffpreise
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder ¹⁾
in Mill. DM

Datum	A k t i v a										
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ³⁾	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Vorläufige Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Interims- forderungen gegen die Landeszentral- banken	Sonstige Aktiva		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1948											
7. 9. ²⁾	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	3 619,3	192,7		
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	1 222,1	257,5		
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	842,1	193,5		
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	686,8	163,9		
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	661,5	360,1		
1949											
7. 1.	1 013,9	1 569,0	0,0	1 017,6	802,9	42,0	4 618,1	661,5	330,3		
15. 1.	1 076,9	1 649,1	0,2	981,9	648,9	25,0	4 618,2	661,7	329,4		
23. 1.	1 096,6	1 700,7	0,2	956,9	597,7	15,0	4 620,8	660,3	322,8		
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	657,4	294,0		
7. 2.	1 114,6	1 812,5	0,2	884,0	840,9	—	4 746,6	635,1	297,9		
15. 2.	1 124,8	1 898,6	0,2	891,9	726,6	—	4 747,3	634,9	303,3		
23. 2.	1 132,8	1 948,8	0,2	859,6	753,0	—	4 805,7	576,8	289,5		
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	940,7	—	4 812,9	570,1	243,8		
7. 3.	1 123,4	1 986,4	0,2	905,5	832,0	—	4 823,7	558,8	270,2		
15. 3.	1 156,3	2 086,0	0,3	948,3	749,1	—	4 825,1	558,0	271,5		
Datum	P a s s i v a										
	Aus- gegebene Bank- noten ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 12-15)	d a v o n				Verpflich- tungen in Devisen gegen JELA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Sonstige Pas- siva	Bilanz- summe
			Landes- zentral- banken	Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen					
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
1948											
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
1949											
7. 1.	6 240,2	1 249,7	711,5	133,3	362,2	42,7	1 008,6	1 358,1	100,0	98,7	10 055,3
15. 1.	6 029,5	1 218,2	678,4	128,9	363,3	47,6	1 071,5	1 464,1	100,0	108,0	9 991,3
23. 1.	5 829,2	1 362,1	875,0	74,0	364,5	48,6	1 090,3	1 474,7	100,0	114,7	9 971,0
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1
7. 2.	6 176,0	1 157,1	669,6	77,5	365,9	44,1	1 107,0	1 676,5	100,0	115,2	10 331,8
15. 2.	5 959,3	1 294,7	801,0	80,9	365,7	47,1	1 105,0	1 748,4	100,0	120,2	10 327,6
23. 2.	5 776,9	1 459,7	980,9	65,7	365,7	47,4	1 112,5	1 790,0	100,0	127,3	10 366,4
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	100,0	132,8	10 443,1
7. 3.	6 250,8	1 064,9	565,8	99,4	365,6	34,1	1 102,1	1 845,3	100,0	137,1	10 500,2
15. 3.	6 004,9	1 290,9	763,4	119,0	367,6	40,9	2 134,0	1 933,7	100,0	131,1	10 594,6

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde.

³⁾ Für die Militärregierungen verwaltete Guthaben.

⁴⁾ Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407 352 000 zur Verfügung gestellt worden.

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ²⁾	Postscheckkontoguthaben	Wechsel und Schecks	Schatzwechsel u. kurzfristige Schatzanweisungen der Länder	Lombardforderungen	darunter
								gegen Ausgleichsfordernungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8

Datum	Passiva								
	Ausgegebene Banknoten	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon						
			Geldinstitute innerhalb des Währungsgebietes	Geldinstitute außerhalb des Währungsgebietes	öffentliche Körperschaften (Spalte 24 - 27)	davon			
						Besatzungsmächte	Staatskassen	Gemeinden und Gemeindeverbände	sonstige öffentliche Körperschaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. November	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 439,9	34,6	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 324,9	23,5	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Für die Militärregierung verwaltete Guthaben.

Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾
 Mill. DM

Aktiva

Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand aus der Neu- ordnung des Geld- wesens	Interims- forderung. gegen die Geld- institute aus der Aus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7592,0	105,5	295,7	
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7672,1	106,5	273,7	

Passiva

davon		Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellungen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	Bilanzsumme
sonstige Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstige Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes							
28	29	30	31	32	33	34	35	36
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10770,6
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11052,0
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11729,3
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12486,1
227,6	2,8	1106,7	1620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12614,5
227,9	2,6	1110,8	1810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12874,0

Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg- Baden	Bremen
Aktiva:				
Giroguthaben bei der BdL	48,3	36,2	41,4	80,6
Nostrouguthaben	1,6	1,0	0,1	0,3
Wechsel und Schecks	38,0	40,9	26,0	16,8
Schatzwechsel und kurzfristige Scharzanweisungen	—	—	—	—
Lombardforderungen	73,9	32,7	13,7	0,1
davon gegen Ausgleichsforderungen	(51,8)	(29,1)	(11,4)	(0,1)
Kassenkredite	—	—	0,4	—
davon an Landesregierung	(—)	(—)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(0,4)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	133,7	214,9	84,6	38,8
davon: eigene gegen das Land	(110,6)	(213,4)	(79,9)	(38,8)
angekaufte fremde	(23,1)	(1,5)	(4,7)	(—)
Zwischen d. Niederlassungen d. LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften	—	11,3	—	—
Beteiligung an der BdL	21,5	9,5	10,5	2,0
Sonstige Aktiva	10,0	11,1	4,4	1,0
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	413,6	10,6	234,7	1,1
Summe der Aktiva	740,6	368,2	415,8	140,7
Passiva:				
Einlagen	236,7	185,7	202,2	128,3
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(213,5)	(120,5)	(120,2)	(82,4)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(0,1)	(2,6)	(1,9)	(1,1)
öffentliche Verwaltungen	(3,7)	(25,7)	(66,7)	(40,4)
Militärregierungen	(4,1)	(17,9)	(1,6)	(0,2)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(15,1)	(18,2)	(11,8)	(4,2)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(0,2)	(0,8)	(0,0)	(0,0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	4,5	4,8	4,9	0,5
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	319,5	138,0	105,9	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	3,8	0,5	1,9	1,5
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	126,1	3,2	70,4	0,3
Summe der Passiva	740,6	368,2	415,8	140,7
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechseln	146,1	39,2	92,2	—

nach dem Stand vom 28. Februar 1949

Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
							28. Februar 1949	31. Januar 1949	31. Dezember 1948
122,1	38,1	11,9	46,3	36,8	28,6	15,5	505,8	639,8	590,8
0,7	1,4	0,4	0,1	0,3	0,5	0,3	6,7	10,6	22,6
267,0	40,1	18,7	33,8	14,5	12,3	5,1	513,2	472,9	354,3
—	—	—	—	—	—	0,6	0,6	1,1	0,5
21,3	16,4	9,4	18,2	11,8	0,5	3,2	201,2	162,2	167,4
(17,1)	(11,6)	(6,5)	(7,4)	(11,0)	(0,5)	(3,2)	(149,7)	(122,0)	(132,3)
—	—	7,4	22,9	15,3	2,2	0,1	48,3	39,9	56,4
(—)	(—)	(7,4)	(—)	(14,9)	(—)	(—)	(22,3)	(6,9)	(34,6)
(—)	(—)	(—)	(22,9)	(0,4)	(2,2)	(0,1)	(26,0)	(33,0)	(21,8)
—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	0,1	0,1
199,1	88,6	27,7	184,1	54,7	75,5	22,5	1 124,2	960,5	789,1
(199,1)	(85,5)	(25,0)	(180,4)	(50,1)	(75,5)	(22,5)	(1080,8)	(921,0)	(750,9)
—	(3,1)	(2,7)	(3,7)	(4,6)	(—)	(—)	(43,4)	(39,5)	(38,2)
—	—	—	—	4,9	6,7	0,9	23,8	35,8	34,2
20,0	12,0	4,5	9,0	4,5	3,5	3,0	100,0	100,0	100,0
15,3	2,6	5,8	5,2	3,4	2,8	1,0	62,6	60,8	52,4
590,3	311,8	130,9	2,2	119,1	2,8	57,0	1 874,1	2 131,2	2 336,5
1 235,8	511,0	216,7	321,8	265,4	135,4	109,2	4 460,6	4 614,9	4 504,3
952,0	181,3	57,9	231,0	179,5	124,1	75,0	2 553,7	2 656,1	2 560,1
(438,5)	(97,6)	(34,7)	(78,4)	(59,1)	(43,3)	(27,9)	(1 316,1)	(1 422,3)	(1 523,2)
(0,2)	(4,5)	(0,1)	(3,9)	(2,1)	(1,3)	(0,5)	(18,3)	(26,4)	(19,1)
(397,3)	(59,8)	(19,3)	(120,3)	(53,7)	(31,5)	(31,1)	(849,5)	(867,6)	(711,3)
(16,5)	(0,6)	(0,1)	(16,1)	(54,7)	(36,1)	(12,8)	(160,7)	(125,1)	(92,9)
(99,2)	(18,6)	(3,7)	(11,4)	(9,8)	(11,7)	(2,7)	(206,4)	(212,1)	(211,1)
(0,3)	(0,2)	(0,0)	(0,9)	(0,1)	(0,2)	(0,0)	(2,7)	(2,6)	(2,5)
12,5	9,0	1,5	—	9,3	—	0,7	47,7	63,6	86,2
0,0	185,9	100,5	71,1	16,9	—	3,0	940,8	904,9	861,5
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	0,0	—	6,5	6,5	6,5
38,3	8,6	6,1	9,7	3,9	0,4	2,2	82,9	92,6	68,0
177,1	86,2	40,7	0,0	35,8	0,9	18,3	559,0	621,2	652,0
1 235,8	511,0	216,7	321,8	265,4	135,4	109,2	4 460,6	4 614,9	4 504,3
121,6	160,3	66,3	116,0	55,6	—	3,9	801,2	824,1	1 106,7

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																
					Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon			
						Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Kas-sen-kre-dite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite		Wechsel-(einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite	
																					7
Währungsgebiet ⁴⁾																					
Okt.	3581	1 241,0	1 010,1	.	4 876,6	3 549,8	1 904,1	1 599,0	46,7	.	268,8	75,2	186,5	7,1	.	1 058,0	212,0	832,0	14,0	.	
Nov.	3581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁵⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁵⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁵⁾	
Dez.	3579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁵⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁵⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁵⁾	
Jan.	3583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 638,1	5 165,5	2 683,7	1 835,2	104,7	541,9 ⁵⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁵⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁵⁾	
Febr. ⁶⁾	3 583	1 488,2	1 361,8	4 702,8	7 091,0	5 502,6	2 980,3	1 841,0	130,4	550,9 ⁵⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁵⁾	1 180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁵⁾	
Bayern																					
Okt.	578	200,8	140,9	.	751,8	580,5	395,5	178,4	6,6	.	9,6	9,3	0,3	0,0	.	161,7	42,7	112,7	6,3	.	
Nov.	578	224,7	174,6	785,2	893,0	685,1	467,9	195,9	10,5	10,8 ⁵⁾	12,6	11,0	0,6	0,0	1,0 ⁵⁾	195,3	91,4	97,3	4,8	1,8 ⁵⁾	
Dez.	576	280,3	123,7	856,6	993,5	753,8	513,7	214,9	9,7	15,5 ⁵⁾	11,0	8,8	0,3	0,1	1,8 ⁵⁾	228,7	110,5	111,8	4,1	2,3 ⁵⁾	
Jan.	582	309,1	153,2	939,3	1 110,5	868,4	553,1	205,0	28,0	82,3 ⁵⁾	33,7	9,5	0,6	0,1	23,5 ⁵⁾	208,4	114,4	83,2	6,0	4,8 ⁵⁾	
Febr. ⁶⁾	582	236,4	186,7	940,3	1 126,0	894,4	582,4	203,2	41,0	67,8 ⁵⁾	35,0	8,7	0,7	0,2	25,4 ⁵⁾	196,6	98,4	78,7	8,2	11,3 ⁵⁾	
Hessen																					
Okt.	306	108,5	129,3	.	411,0	261,5	151,1	103,6	6,8	.	3,7	2,4	0,0	1,3	.	145,8	19,2	126,5	0,1	.	
Nov.	306	120,0	144,4	392,9	488,3	314,0	177,5	101,7	8,6	26,2 ⁵⁾	4,4	2,9	0,0	0,1	1,4 ⁵⁾	169,9	23,7	144,2	2,0	—	
Dez.	306	133,7	139,9	389,6	524,9	363,2	194,6	100,3	7,5	60,8 ⁵⁾	13,3	1,9	0,1	0,1	11,2 ⁵⁾	148,4	28,4	119,2	0,7	0,1 ⁵⁾	
Jan.	305	103,3	182,8	393,1	575,0	402,7	221,6	103,9	9,4	67,8 ⁵⁾	20,6	2,5	0,1	0,1	17,9 ⁵⁾	151,7	35,5	115,6	0,6	0,0 ⁵⁾	
Febr. ⁶⁾	305	132,1	146,0	402,8	625,4	450,3	257,7	110,5	10,5	71,6 ⁵⁾	21,6	3,3	0,1	0,1	18,1 ⁵⁾	153,5	38,8	114,2	0,4	0,1 ⁵⁾	
Württemberg-Baden																					
Okt.	368	132,2	148,6	.	481,9	330,6	187,7	142,0	0,9	.	2,9	2,9	0,0	—	.	148,4	28,1	120,3	0,0	.	
Nov.	368	155,4	209,7	436,9	548,3	401,6	231,4	148,0	4,2	18,0 ⁵⁾	5,7	3,2	0,1	0,2	2,2 ⁵⁾	141,0	22,8	117,7	0,0	0,5 ⁵⁾	
Dez.	368	169,4	146,1	470,7	670,4	538,2	274,9	197,1	4,2	62,0 ⁵⁾	8,9	4,1	0,0	0,3	4,5 ⁵⁾	123,3	23,7	97,4	2,0	0,2 ⁵⁾	
Jan.	366	144,7	205,9	498,7	741,3	585,3	311,4	185,3	5,4	83,2 ⁵⁾	12,1	5,1	0,6	0,7	5,7 ⁵⁾	143,9	25,1	107,7	1,6	9,5 ⁵⁾	
Febr. ⁶⁾	366	140,8	211,8	513,3	775,8	610,6	336,1	172,0	7,4	95,1 ⁵⁾	12,8	5,4	0,5	0,8	6,1 ⁵⁾	152,4	24,3	115,4	2,0	10,7 ⁵⁾	
Bremen																					
Okt.	29	27,6	25,4	.	134,9	78,4	45,8	31,6	1,0	.	1,4	0,2	—	1,2	.	55,1	9,1	45,4	0,6	.	
Nov.	29	28,8	29,6	67,0	144,1	95,9	63,4	28,2	3,5	0,8 ⁵⁾	1,4	0,2	—	—	1,2 ⁵⁾	46,8	15,4	30,9	0,4	0,1 ⁵⁾	
Dez.	29	38,8	31,9	60,8	176,8	125,3	61,5	35,1	17,2	11,5 ⁵⁾	3,8	0,4	—	0,3	3,1 ⁵⁾	47,7	23,6	23,4	0,6	0,1 ⁵⁾	
Jan.	28	57,3	20,8	83,3	188,8	139,7	71,3	36,5	19,3	12,6 ⁵⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁵⁾	45,0	24,6	19,8	0,5	0,1 ⁵⁾	
Febr. ⁶⁾	28	85,8	20,7	94,4	219,1	169,4	95,0	39,5	22,2	12,7 ⁵⁾	3,9	0,5	—	0,3	3,1 ⁵⁾	45,8	27,8	17,3	0,6	0,1 ⁵⁾	

Nordrhein-Westfalen

Okt.	838	335,7	221,7	.	1 366,4	1 155,8	442,8	706,1	6,9	.	29,3	25,1	0,1	4,1	.	181,3	25,3	155,5	0,5	.
Nov.	838	602,2	277,6	968,2	1 493,7	1 341,1	520,0	713,0	14,8	93,3 ⁵⁾	25,0	11,3	0,6	3,4	9,7 ⁵⁾	127,6	28,2	90,9	4,1	4,4 ⁵⁾
Dez.	838	562,0	283,8	1 084,5	1 693,2	1 479,2	498,0	811,4	11,3	158,5 ⁵⁾	31,8	6,9	0,6	0,4	23,9 ⁵⁾	182,2	27,1	147,7	2,5	4,9 ⁵⁾
Jan.	838	485,9	341,8	1 077,2	1 735,5	1 519,6	553,8	790,1	7,7	168,0 ⁵⁾	30,2	5,9	0,6	3,1	20,6 ⁵⁾	185,7	29,3	146,4	4,3	5,7 ⁵⁾
Febr. ⁶⁾	839	469,7	405,0	1 094,5	1 881,1	1 608,6	629,5	793,2	8,9	177,0 ⁵⁾	27,7	5,4	0,7	0,9	20,7 ⁵⁾	244,8	32,1	198,9	7,7	6,1 ⁵⁾

Niedersachsen

Okt.	617	129,7	92,2	.	470,0	361,6	183,9	172,2	5,5	.	28,7	22,0	6,5	0,2	.	79,7	18,0	61,3	0,4	.
Nov.	617	158,3	84,5	519,2	574,0	432,9	221,9	178,0	6,6	26,4 ⁵⁾	29,5	18,2	0,1	0,1	11,1 ⁵⁾	111,6	20,6	58,2	4,6	28,2 ⁵⁾
Dez.	617	169,1	92,5	548,8	616,4	468,5	235,7	183,7	6,3	42,8 ⁵⁾	26,7	14,6	0,0	0,1	12,0 ⁵⁾	121,2	25,5	55,3	7,1	33,3 ⁵⁾
Jan.	615	140,0	93,9	557,8	663,6	508,8	276,4	168,8	7,3	56,3 ⁵⁾	31,8	17,6	0,2	0,1	13,9 ⁵⁾	123,0	36,3	50,0	3,4	33,3 ⁵⁾
Febr. ⁶⁾	615	120,1	93,6	576,5	682,0	531,8	295,6	166,6	8,7	60,9 ⁵⁾	31,2	15,6	0,3	0,2	15,1 ⁵⁾	119,0	33,3	53,5	3,1	29,1 ⁵⁾

Schleswig-Holstein

Okt.	185	39,2	25,8	.	162,5	123,6	79,5	42,5	1,6	.	3,5	3,5	0,0	—	.	35,4	18,5	16,9	0,0	.
Nov.	185	42,9	21,0	180,5	212,6	161,1	104,7	48,9	1,4	6,1 ⁵⁾	8,5	7,8	0,0	0,0	0,7 ⁵⁾	43,0	9,1	33,9	—	—
Dez.	185	47,3	15,1	184,4	242,9	181,1	117,0	48,9	1,4	13,8 ⁵⁾	6,1	4,7	0,0	—	1,4 ⁵⁾	55,7	9,2	46,5	—	—
Jan.	185	43,0	15,4	182,1	249,2	186,7	125,0	42,3	1,6	17,8 ⁵⁾	5,5	4,0	0,1	—	1,4 ⁵⁾	57,0	18,6	38,4	0,0	—
Febr. ⁶⁾	185	44,4	14,8	183,8	284,5	209,2	147,1	42,4	1,5	18,2 ⁵⁾	7,3	5,5	0,1	0,0	1,7 ⁵⁾	68,0	18,8	49,2	—	—

Hamburg

Okt.	55	76,9	69,1	.	588,0	424,4	275,7	139,1	9,6	.	1,0	1,0	—	0,0	.	162,6	19,5	142,4	0,7	.
Nov.	55	105,7	79,3	234,9	648,7	515,5	308,9	178,1	11,5	17,0 ⁵⁾	2,1	1,7	—	—	0,4 ⁵⁾	131,1	26,4	102,9	0,6	1,2 ⁵⁾
Dez.	55	143,1	83,6	235,1	665,8	570,2	327,3	203,8	10,1	29,0 ⁵⁾	1,0	0,6	—	—	0,4 ⁵⁾	94,6	32,7	60,0	0,7	1,2 ⁵⁾
Jan.	56	112,6	101,4	265,4	680,9	604,2	354,2	202,7	15,9	31,4 ⁵⁾	7,5	0,7	6,2	—	0,6 ⁵⁾	69,2	32,7	33,3	2,0	1,2 ⁵⁾
Febr. ⁶⁾	55	89,7	145,3	263,7	752,4	647,2	399,7	204,5	18,6	24,4 ⁵⁾	7,2	0,7	5,9	0,0	0,6 ⁵⁾	98,0	35,6	60,0	1,2	1,2 ⁵⁾

Rheinland-Pfalz

Okt.	277	65,6	46,4	.	173,2	142,5	89,3	49,3	3,9	.	5,9	5,6	0,2	0,1	.	24,8	12,2	8,5	4,1	.
Nov.	277	70,1	55,2	202,7	219,5	178,5	115,6	55,0	4,5	3,4 ⁵⁾	6,8	5,4	0,1	1,0	0,3 ⁵⁾	34,2	19,5	12,5	1,9	0,3 ⁵⁾
Dez.	277	102,9	46,7	213,1	237,2	190,7	118,9	59,8	3,9	8,1 ⁵⁾	6,1	4,1	0,1	1,0	0,9 ⁵⁾	40,4	24,4	13,7	1,9	0,4 ⁵⁾
Jan.	279	76,7	49,0	234,9	257,0	204,6	129,6	60,5	4,2	10,3 ⁵⁾	8,9	4,8	2,4	0,2	1,5 ⁵⁾	43,5	27,8	12,8	2,1	0,8 ⁵⁾
Febr. ⁶⁾	279	68,3	54,0	250,8	278,9	219,9	141,8	62,2	5,1	10,8 ⁵⁾	10,3	4,4	3,8	0,2	1,9 ⁵⁾	48,7	31,2	14,3	2,3	0,9 ⁵⁾

Baden

Okt.	172	51,6	35,7	.	71,5	49,7	29,6	18,1	2,0	.	1,9	0,3	1,5	0,1	.	19,9	12,5	6,2	1,2	.
Nov.	172	43,7	37,3	133,5	93,9	62,0	37,5	18,7	2,9	2,9 ⁵⁾	2,8	1,7	0,8	0,1	0,2 ⁵⁾	29,1	19,1	6,1	3,9	— ⁵⁾
Dez.	172	50,2	36,6	146,1	106,7	68,2	43,0	19,5	2,1	3,6 ⁵⁾	1,1	0,4	0,4	0,1	0,2 ⁵⁾	37,4	28,0	5,3	4,0	0,1 ⁵⁾
Jan.	172	49,2	38,9	151,6	94,3	74,0	47,3	20,0	2,0	4,7 ⁵⁾	2,5	0,9	1,3	0,1	0,2 ⁵⁾	17,8	12,6	5,2	0,0	0,0 ⁵⁾
Febr. ⁶⁾	172	46,0	31,4	157,4	105,4	84,0	52,7	24,3	2,1	4,9 ⁵⁾	1,6	0,6	0,7	0,0	0,3 ⁵⁾	19,8	12,6	7,2	—	0,0 ⁵⁾

Württemberg-Hohenzollern

Okt.	147	31,7	61,2	.	47,9	36,5	20,4	15,0	1,1	.	0,4	0,3	0,1	0,0	.	11,0	5,4	5,5	0,1	.
Nov.	147	34,4	54,5	106,1	61,1	49,7	27,3	14,5	3,2	4,7 ⁵⁾	0,7	0,5	0,0	0,1	0,1 ⁵⁾	10,7	6,9	3,7	0,0	0,1 ⁵⁾
Dez.	147	38,9	36,2	121,1	70,9	57,1	31,2	16,5	3,1	6,3 ⁵⁾	1,1	0,7	0,1	0,0	0,3 ⁵⁾	12,7	7,4	5,1	0,0	0,2 ⁵⁾
Jan.	148	37,6	33,3	124,9	87,6	64,8	37,3	19,2	1,2	7,1 ⁵⁾	4,3	0,9	3,0	0,0	0,4 ⁵⁾	18,5	10,1	8,1	0,0	0,3 ⁵⁾
Febr. ⁶⁾	148	34,3	38,1	129,6	93,6	69,7	39,8	21,3	1,3	7,3 ⁵⁾	4,1	0,8	2,9	0,1	0,3 ⁵⁾	19,8	11,4	8,1	0,0	0,3 ⁵⁾

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

²⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

³⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁴⁾ Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

⁵⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁶⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand			Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- verbindlich- keiten aus weiter- begebenen Wechseln	darunt. weiter- begebene fremde Bank- ak- zepte	Eventual- verbindlich- keiten aus ver- kauften Aus- gleichs- forderungen
	insgesamt	Einlagen auf Anlage- konto	Einlagen auf Fest- konto	davon											insgesamt	darunter						
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger		Spar- einlagen				eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte					
				mit	ohne	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
Einlagen von Geldinstituten	Einlagen von																					
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	
Währungsgebiet ¹⁾																						
Okt.	10 403,5	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 036,0	144,6	1 210,5	350,0	4 583,3	179,9	1 152,1	1 234,3	264,4	1 695,8	.	.	411,7	.	1 240,0	.	17,8
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	152,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7
Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	169,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 530,8	98,3	23,0
Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2
Febr. ²⁾	11 834,4	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 070,5	251,9	1 497,1	880,7	5 234,2	357,4	1 936,1	514,7	699,0	1 801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1 333,4	117,9	30,6
Bayern																						
Okt.	1 672,7	.	226,3	1 446,4	1 325,2	116,0	5,2	270,9	51,6	774,1	25,6	203,0	153,0	92,9	225,5	.	.	111,5	.	156,9	.	6,7
Nov.	1 790,0	40,3	122,9	1 626,8	1 480,1	136,7	10,0	318,1	60,4	820,9	37,5	243,2	131,8	175,4	239,4	85,4	12,4	140,5	19,9	114,6	13,2	6,9
Dez.	1 822,1	62,0	61,4	1 698,7	1 558,2	132,8	7,7	281,6	86,2	858,3	42,1	290,0	82,0	227,3	254,5	85,6	27,1	150,9	19,1	124,4	14,2	7,3
Jan.	1 893,4	67,6	44,4	1 781,4	1 632,3	136,8	12,3	295,9	119,3	865,8	42,4	308,9	71,8	246,1	237,9	91,8	12,5	150,8	9,6	124,0	7,9	9,3
Febr. ²⁾	1 924,6	72,4	28,3	1 823,9	1 675,0	136,3	12,6	305,1	125,6	866,6	48,5	329,2	58,4	261,1	224,0	75,9	13,9	144,0	8,4	121,1	4,2	10,2
Hessen																						
Okt.	1 026,8	.	177,0	849,8	642,4	187,9	19,5	128,1	3,3	390,3	15,1	105,6	97,8	18,2	141,9	.	.	44,5	.	108,8	.	1,8
Nov.	1 013,9	17,1	67,2	929,6	742,4	150,1	37,1	159,3	4,5	442,4	19,8	116,4	76,1	45,6	154,7	24,4	20,1	40,6	1,9	104,4	14,4	1,5
Dez.	1 091,4	25,1	46,1	1 020,2	783,8	182,5	53,9	147,8	18,4	456,6	27,1	133,9	55,0	41,1	147,2	30,9	18,6	42,2	2,7	93,7	4,5	1,5
Jan.	1 106,6	28,7	33,7	1 044,2	832,3	159,2	52,7	166,3	43,3	442,7	30,4	149,6	49,7	56,9	167,4	31,7	14,7	35,0	2,4	75,5	4,5	1,5
Febr. ²⁾	1 081,0	31,6	23,7	1 025,7	858,4	124,8	42,5	168,0	50,6	439,0	37,2	163,6	39,9	65,4	146,1	31,7	12,4	46,7	2,3	102,1	12,4	1,5
Württemberg-Baden																						
Okt.	1 304,6	.	284,8	1 019,8	863,5	129,2	27,1	136,3	122,1	462,3	27,2	115,6	149,8	14,2	244,2	.	.	20,4	.	74,9	.	2,7
Nov.	1 270,4	17,5	81,7	1 171,2	1 001,3	144,6	25,3	131,0	175,3	515,3	30,3	149,4	107,8	19,2	231,6	65,6	39,3	23,5	7,5	87,1	6,2	2,7
Dez.	1 280,4	31,7	38,6	1 210,1	1 053,8	132,1	24,2	137,2	175,7	519,8	34,0	187,1	76,4	32,8	241,1	75,3	20,8	36,6	11,4	111,3	7,5	4,1
Jan.	1 353,4	36,7	26,8	1 289,9	1 134,7	118,8	36,4	140,5	242,9	504,8	35,3	211,2	55,2	50,5	257,6	81,3	9,3	47,2	3,8	102,8	5,4	4,4
Febr. ²⁾	1 402,2	40,2	17,8	1 344,2	1 183,6	118,9	41,7	142,2	249,7	523,4	39,3	229,0	38,5	53,3	272,6	82,8	10,0	60,8	2,5	83,7	5,7	4,6
Bremen																						
Okt.	230,2	.	19,1	211,1	189,0	21,3	0,8	11,6	40,7	117,4	4,6	14,7	20,1	7,3	64,4	.	.	2,1	.	21,3	.	2,0
Nov.	245,6	4,0	9,4	232,2	206,5	24,7	1,0	19,1	44,7	120,8	5,6	16,3	15,7	9,6	47,1	7,7	9,5	4,0	0,0	16,9	2,4	—
Dez.	267,7	5,1	5,8	256,8	229,0	27,1	0,7	27,5	41,9	132,4	7,9	19,3	9,9	16,0	47,4	8,0	8,0	5,0	0,0	17,4	1,7	—
Jan.	289,6	5,6	4,2	279,8	260,6	18,5	0,7	60,3	45,0	124,8	8,6	21,9	8,5	15,5	46,4	11,2	4,0	4,8	0,0	19,1	1,2	—
Febr. ²⁾	346,1	6,0	3,4	336,7	315,3	21,0	0,4	99,1	45,4	137,7	9,0	24,1	7,2	19,4	46,5	14,9	2,2	8,1	0,1	22,4	2,5	—

Nordrhein-Westfalen

Okt.	2 808,5	.	557,8	2 250,7	1 960,3	228,7	61,7	369,5	7,9	1 256,8	30,5	295,6	267,2	36,8	529,4	.	.	86,5	.	369,0	.	—
Nov.	2 909,7	50,6	197,0	2 662,1	2 230,9	379,7	51,5	467,6	32,3	1 358,8	39,0	333,2	201,8	42,9	408,6	89,5	24,2	69,7	3,5	469,7	5,7	0,2
Dez.	2 962,5	74,7	123,5	2 764,3	2 407,4	307,9	49,0	431,0	112,0	1 429,1	46,9	388,4	149,6	34,1	486,4	88,0	16,3	79,9	4,7	547,6	6,4	0,2
Jan.	3 079,8	83,1	87,3	2 909,4	2 527,4	327,9	54,1	441,0	151,1	1 457,4	49,6	428,3	131,1	48,3	555,0	87,6	9,7	68,4	4,2	452,0	3,7	0,2
Febr. ²⁾	3 255,6	88,2	69,9	3 097,5	2 648,4	343,8	105,3	417,9	219,7	1 486,9	62,1	461,8	110,0	60,3	621,2	83,1	10,0	85,0	4,4	435,4	0,3	0,2

Niedersachsen

Okt.	1 032,5	.	152,0	880,5	752,5	121,0	7,0	81,8	6,5	496,4	10,5	157,3	133,1	20,9	116,0	.	.	42,7	.	142,1	.	2,8
Nov.	1 104,5	34,6	85,3	984,6	870,1	110,8	3,7	116,3	15,8	540,7	15,8	181,5	105,5	34,6	96,7	15,1	2,4	37,5	15,4	138,1	9,5	3,1
Dez.	1 150,8	42,7	60,4	1 047,7	919,0	115,0	13,7	114,3	7,5	562,1	23,1	212,0	85,5	43,8	104,0	20,9	3,6	37,0	10,7	143,8	16,1	3,1
Jan.	1 172,6	44,7	43,7	1 084,2	959,7	99,9	24,6	140,9	7,3	547,4	26,9	237,2	75,5	61,2	109,5	30,6	3,8	38,2	5,5	132,1	21,0	3,1
Febr. ²⁾	1 172,8	47,6	27,2	1 098,0	985,5	93,6	18,9	130,3	9,7	549,6	35,3	260,6	59,3	63,8	111,0	27,9	3,1	47,1	6,7	128,4	23,3	3,1

Schleswig-Holstein

Okt.	316,7	.	52,5	264,2	221,7	41,3	1,2	24,9	3,2	143,8	3,7	46,1	57,6	23,4	26,7	.	.	16,8	.	39,3	.	0,6
Nov.	302,2	6,7	26,7	268,8	243,8	24,5	0,5	24,3	2,8	160,3	4,3	52,1	38,9	27,8	24,7	8,4	0,2	34,0	5,2	61,3	22,7	2,7
Dez.	307,2	11,4	15,8	280,0	256,5	23,2	0,3	24,7	2,5	163,3	5,3	60,7	29,1	36,9	25,3	6,9	0,0	52,0	3,5	73,6	38,1	2,7
Jan.	314,1	12,6	12,2	289,3	263,4	25,4	0,5	28,3	3,1	156,8	8,3	66,9	23,0	43,5	25,4	7,8	0,0	52,2	1,4	61,5	34,4	2,7
Febr. ²⁾	316,2	13,8	9,5	292,9	271,0	21,8	0,1	22,2	10,7	157,2	6,8	74,1	17,5	53,8	29,2	10,9	0,5	68,3	1,4	71,7	45,4	2,7

Hamburg

Okt.	785,7	.	62,0	723,7	659,5	58,6	5,6	46,9	104,8	428,2	46,5	33,1	42,5	26,4	227,2	.	.	78,1	.	105,4	.	0,2
Nov.	817,8	10,3	37,6	769,9	708,4	52,3	9,2	57,5	115,4	438,8	56,5	40,2	43,6	29,1	182,4	51,7	28,3	88,7	16,2	131,7	9,0	0,2
Dez.	868,2	17,4	24,6	826,2	750,2	72,3	3,7	46,9	113,2	486,0	58,8	45,3	33,0	34,0	175,7	61,8	17,9	106,7	11,9	134,3	8,7	0,4
Jan.	867,9	18,7	20,0	829,2	765,8	58,5	4,9	49,4	124,6	474,0	67,9	49,9	14,3	44,3	163,4	56,2	7,3	96,0	3,6	119,9	3,8	0,4
Febr. ²⁾	971,3	19,7	17,2	934,4	849,4	80,1	4,9	57,9	137,3	504,7	94,2	55,3	11,1	50,2	223,1	74,1	21,1	107,2	1,1	109,0	5,5	3,7

Rheinland-Pfalz

Okt.	517,4	.	92,8	424,6	379,3	37,2	8,1	55,4	3,4	236,0	12,7	71,8	92,6	16,4	55,4	.	.	7,0	.	23,4	.	1,1
Nov.	503,4	10,6	42,2	450,6	406,9	40,6	3,1	51,9	8,1	254,2	10,2	82,5	87,4	38,1	49,9	18,2	0,3	18,6	3,2	31,8	0,1	3,4
Dez.	552,5	14,7	28,3	509,5	447,9	56,2	5,4	76,3	16,6	250,5	8,3	96,2	69,7	49,9	57,6	22,5	0,5	19,4	2,8	34,4	0,9	3,5
Jan.	527,8	16,5	23,6	487,7	426,4	56,9	4,4	51,7	10,4	246,8	9,4	108,1	63,4	54,8	54,2	21,2	0,5	20,3	1,6	37,8	1,3	3,5
Febr. ²⁾	569,8	18,8	18,4	532,6	472,5	54,0	6,1	63,5	14,2	259,6	11,9	123,3	50,5	50,7	60,8	23,3	0,5	21,8	1,3	37,0	1,8	4,6

Baden

Okt.	329,5	.	74,7	254,8	216,7	37,4	0,7	44,5	0,3	130,4	1,3	40,2	52,4	1,8	25,6	.	.	0,3	.	5,2	.	—
Nov.	300,8	9,1	20,0	271,7	239,7	30,8	1,2	40,1	0,6	144,2	1,7	53,1	40,7	3,9	22,4	4,0	0,8	0,3	0,7	5,1	0,1	—
Dez.	339,8	12,6	12,1	315,1	280,2	33,2	1,7	52,4	1,8	156,8	2,0	67,2	27,1	7,6	22,2	5,2	0,1	0,7	0,8	5,5	—	—
Jan.	338,4	13,3	9,2	315,9	278,7	35,7	1,5	49,5	3,4	147,9	3,2	74,7	21,7	7,1	22,6	5,1	0,4	0,9	0,8	6,4	0,3	—
Febr. ²⁾	334,8	14,1	7,4	313,3	281,8	30,4	1,1	41,0	4,2	151,3	4,0	81,3	16,6	8,8	26,4	5,6	0,3	1,4	0,7	9,4	0,1	—

Württemberg-Hohenzollern

Okt.	247,7	.	34,5	213,2	174,9	32,0	6,3	24,0	6,3	104,1	1,0	39,5	39,4	3,1	16,3	.	.	1,7	.	7,0	.	—
Nov.	263,7	4,6	20,3	238,8	201,2	28,9	8,7	24,6	4,0	117,1	3,5	52,0	35,7	5,9	15,8	3,1	0,5	2,1	0,5	3,6	0,7	—
Dez.	264,6	8,4	10,9	245,3	211,0	26,5	7,8	28,8	6,2	114,4	1,6	60,0	24,2	6,4	18,2	2,8	0,3	2,5	1,6	4,3	0,3	—
Jan.	267,9	9,1	8,1	250,7	219,0	21,5	10,2	28,9	9,4	112,9	1,7	66,1	19,9	10,0	21,1	2,7	0,8	3,7	0,5	7,8	1,0	—
Febr. ²⁾	285,1	10,1	6,1	268,9	232,8	23,8	12,3	32,3	10,2	116,5	2,3	71,5	15,5	8,7	22,5	1,6	1,2	3,8	0,7	7,4	2,2	—

¹⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

³⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet *)

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)															
					Ins-gesamt	Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	davon				Öffent-liche Hand	Kas-sen-kredite	davon			Geld-in-stitute	davon			
							Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite			Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite		Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	

Alle Banken

Sept.	3592	1 558,1	1 219,0	.	3 959,8	3 011,0	1 382,2	1 594,6	34,2	.	185,4	67,0	111,8	6,6	.	763,4	133,2	616,1	14,1	.
Okt.	3581	1 241,0	1 010,1	.	4 876,6	3 549,8	1 904,1	1 599,0	46,7	.	268,8	75,2	186,5	7,1	.	1 058,0	212,0	832,0	14,0	.
Nov.	3581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁴⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁴⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁴⁾
Dez.	3579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁴⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁴⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁴⁾
Jan.	3583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 638,1	5 165,5	2 683,7	1 835,2	104,7	541,9 ⁴⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁴⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁴⁾

Kreditbanken

Sept.	252	461,8	282,7	.	2 408,8	2 045,2	946,1	1 086,8	12,3	.	10,5	9,6	0,9	0,0	.	353,1	53,2	299,3	0,6	.
Okt.	247	405,4	316,7	.	2 855,9	2 392,5	1 312,3	1 064,3	15,9	.	15,1	13,2	1,9	—	.	448,3	48,2	397,8	2,3	.
Nov.	247	566,6	438,7	947,3	3 119,9	2 706,7	1 549,6	1 118,5	28,2	10,4 ⁴⁾	14,3	11,8	1,9	0,0	0,6 ⁴⁾	398,9	37,5	353,8	5,8	1,8 ⁴⁾
Dez.	247	731,6	377,5	981,3	3 277,0	2 922,2	1 622,7	1 266,2	24,2	9,1 ⁴⁾	9,7	8,2	0,9	0,1	0,5 ⁴⁾	345,1	44,6	293,9	4,9	1,7 ⁴⁾
Jan.	247	581,6	435,6	1 003,1	3 324,1	3 062,9	1 742,8	1 266,7	40,0	13,4 ⁴⁾	15,7	10,0	2,7	0,1	2,9 ⁴⁾	245,5	31,5	209,0	3,3	1,7 ⁴⁾

Hypothekenbanken

Sept.	35	1,9	9,5	.	0,7	0,5	0,3	0,1	0,1	.	0,2	0,1	0,0	0,1	.	0,0	—	0,0	0,0	.
Okt.	35	1,8	10,7	.	1,1	0,8	0,5	0,1	0,2	.	0,2	—	0,0	0,2	.	0,1	—	0,0	0,1	.
Nov.	35	1,8	11,7	163,4	58,4	53,6	0,1	0,1	0,2	53,2 ⁴⁾	4,7	—	0,0	—	4,7 ⁴⁾	0,1	0,1	0,0	—	— ⁴⁾
Dez.	35	4,5	19,0	224,1	164,1	142,8	0,2	0,1	13,9	128,6 ⁴⁾	16,7	—	—	0,2	16,5 ⁴⁾	4,6	0,0	0,0	—	4,6 ⁴⁾
Jan.	35	2,7	25,1	215,7	234,1	209,5	0,4	0,1	18,4	190,6 ⁴⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁴⁾	4,5	0,0	0,0	—	4,5 ⁴⁾

Girozentralen

Sept.	18	219,3	251,6	.	576,2	219,7	86,9	131,2	1,6	.	58,7	48,7	5,2	4,8	.	297,8	33,4	260,3	4,1	.
Okt.	18	142,2	194,2	.	647,4	206,7	94,6	109,3	2,8	.	57,3	45,6	6,4	5,3	.	383,4	91,4	288,8	3,2	.
Nov.	18	325,9	240,7	228,6	696,0	283,3	123,4	126,0	3,9	30,0 ⁴⁾	57,9	39,8	0,0	3,4	14,7 ⁴⁾	354,8	153,3	191,3	4,4	5,8 ⁴⁾
Dez.	18	225,1	197,5	221,7	822,3	340,2	111,4	176,6	5,6	46,6 ⁴⁾	52,9	24,8	0,0	0,4	27,7 ⁴⁾	429,2	190,5	228,1	4,2	6,4 ⁴⁾
Jan.	18	249,3	294,8	240,4	922,8	354,6	118,9	167,0	6,3	62,4 ⁴⁾	78,6	26,2	4,3	0,8	47,3 ⁴⁾	489,6	224,3	244,9	4,2	16,2 ⁴⁾

Sparkassen

Sept.	891	504,2	413,6	.	351,1	339,0	175,5	155,4	8,1	.	9,4	7,2	0,8	1,4	.	2,7	1,6	0,8	0,3	.
Okt.	891	402,4	283,3	.	463,4	447,7	271,7	163,6	12,4	.	12,3	10,5	0,3	1,5	.	3,4	2,0	1,1	0,3	.
Nov.	891	431,9	300,9	2 031,1	632,4	609,7	334,1	165,8	15,3	94,5 ¹⁾	18,3	9,3	0,5	0,6	7,9 ¹⁾	4,4	2,0	0,8	0,1	1,5 ¹⁾
Dez.	890	441,6	258,6	2 123,7	783,2	751,9	358,3	177,0	16,7	199,9 ¹⁾	26,5	10,6	0,7	0,5	14,7 ¹⁾	4,8	1,9	0,6	0,2	2,1 ¹⁾
Jan.	889	446,8	300,4	2 190,9	882,4	819,2	403,0	159,7	17,7	238,8 ¹⁾	34,8	11,7	3,1	0,8	19,2 ¹⁾	28,4	1,7	21,2	0,2	5,3 ¹⁾

Postsparkassen – Postscheckämter

Sept.	18	110,3	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Okt.	18	74,9	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Nov.	18	82,6	0,1	150,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	18	125,0	0,2	207,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jan.	18	98,6	0,2	280,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Sept.	33	71,9	74,1	.	188,6	93,4	23,6	69,2	0,6	.	—	—	—	—	.	95,2	41,7	44,4	9,1	.
Okt.	33	58,5	55,1	.	265,5	103,3	28,2	74,2	0,9	.	0,5	0,5	0,0	0,0	.	161,7	64,4	89,5	7,8	.
Nov.	33	61,7	53,0	44,7	333,5	118,9	45,8	66,7	6,1	0,3 ¹⁾	1,0	1,0	—	—	— ¹⁾	213,6	85,5	116,3	11,8	0,0 ¹⁾
Dez.	33	75,7	40,7	39,4	376,9	140,8	68,1	71,1	1,3	0,3 ¹⁾	1,0	1,0	—	—	— ¹⁾	235,1	99,5	124,5	11,0	0,1 ¹⁾
Jan.	33	66,7	50,7	40,4	376,2	145,0	89,1	53,9	1,5	0,5 ¹⁾	3,7	1,2	0,2	2, 3	— ¹⁾	227,5	105,7	109,2	12,4	0,2 ¹⁾

Kreditgenossenschaften

Sept.	2295	129,4	160,6	.	243,4	240,2	109,2	121,3	9,7	.	1,5	1,5	0,0	0,0	.	1,7	1,2	0,5	0,0	.
Okt.	2288	111,6	125,2	.	320,4	313,9	161,8	140,4	11,7	.	2,9	2,8	0,0	0,1	.	3,6	3,2	0,4	0,0	.
Nov.	2288	109,2	103,9	506,3	372,1	365,9	182,5	150,3	15,1	18,0 ¹⁾	3,3	2,0	0,1	0,9	0,3 ¹⁾	2,9	2,5	0,4	0,0	— ¹⁾
Dez.	2288	123,4	128,3	563,9	386,6	380,5	197,1	145,4	12,9	25,1 ¹⁾	3,9	2,5	0,1	1,0	0,3 ¹⁾	2,2	1,9	0,2	0,1	0,0 ¹⁾
Jan.	2292	109,6	115,8	589,5	418,9	407,4	233,0	131,9	13,8	28,7 ¹⁾	8,4	2,8	5,0	0,3	0,3 ¹⁾	3,1	2,4	0,7	0,0	0,0 ¹⁾

Sonstige Geldinstitute ⁵⁾

Sept.	50	59,2	26,9	.	191,0	73,0	40,5	30,7	1,8	.	105,2	0,1	104,9	0,2	.	12,8	2,1	10,7	0,0	.
Okt.	51	44,2	24,6	.	322,9	85,0	34,9	47,2	2,9	.	180,4	2,6	177,8	0,0	.	57,5	2,9	54,4	0,2	.
Nov.	51	41,8	44,9	29,9	453,2	106,9	45,0	53,4	4,8	3,7 ¹⁾	227,8	0,8	225,5	0,7	0,8 ¹⁾	118,5	3,3	87,5	0,2	27,5 ¹⁾
Dez.	50	110,6	39,1	32,9	489,0	122,5	60,4	55,5	4,3	2,3 ¹⁾	246,0	1,3	242,3	0,7	1,7 ¹⁾	120,5	2,4	86,9	3,1	28,1 ¹⁾
Jan.	51	31,1	33,7	38,0	479,6	166,8	96,6	55,7	7,0	7,5 ¹⁾	206,4	7,1	194,5	3,0	1,8 ¹⁾	106,4	2,1	76,1	0,4	27,8 ¹⁾

¹⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

³⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

⁴⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁵⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁶⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Einlagen												Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand			Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordern.
	insgesamt	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	davon											insgesamt	darunter						
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger		Spar-einlagen				eigene Akzepte	fremde Bankakzepte					
				mit	ohne	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	

Alle Banken

Sept.	10 927,1)	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 174,7	136,0	1 131,0	231,1	4 207,8	134,4	957,9	.	199,3	1 843,7	825,1	.	.
Okt.	10 403,5	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 036,0	144,6	1 210,5	350,0	4 583,3	179,9	1 152,1	1 234,3	264,4	1 695,8	.	.	411,7	.	1 240,0	.	17,8
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	152,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7
Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	169,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 530,8	98,3	23,0
Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2

Kreditbanken

Sept.	3 722,4	.	843,7	2 878,7	2 608,3	223,8	46,6	240,2	80,7	2 103,7	98,2	85,5	.	69,5	1 109,5	607,1	.	.
Okt.	3 540,5	.	349,1	3 191,4	2 903,4	237,3	50,7	311,3	114,3	2 235,8	136,1	105,9	164,1	80,9	1 054,2	.	.	372,8	.	710,9	.	3,3
Nov.	3 805,5	41,1	171,7	3 592,7	3 226,7	295,5	70,5	365,9	164,1	2 413,8	162,6	120,3	138,7	92,6	959,9	351,3	87,5	404,2	20,8	816,8	41,1	3,4
Dez.	3 935,5	74,0	84,8	3 776,7	3 417,2	269,0	90,5	353,2	194,0	2 540,0	189,7	140,3	102,6	124,0	975,5	378,0	83,2	436,8	16,4	915,4	35,0	3,4
Jan.	3 959,0	80,4	62,7	3 815,9	3 458,4	276,1	81,4	345,5	249,1	2 512,0	197,7	154,1	90,6	161,2	999,6	387,7	33,4	394,3	5,9	825,2	23,2	4,4

Hypothekenbanken

Sept.	8,9	.	1,0	7,9	7,5	0,4	—	3,8	0,0	3,6	0,0	0,1	.	4,7	0,0	0,1	.	.
Okt.	8,5	.	0,4	8,1	7,7	0,4	—	4,0	0,3	3,2	0,1	0,1	2,0	7,7	0,1	.	.	—	.	0,0	.	9,2
Nov.	7,4	0,1	0,1	7,2	6,8	0,4	—	3,1	0,2	3,0	0,4	0,1	0,3	12,4	0,1	—	—	—	—	0,0	—	8,9
Dez.	12,8	0,1	0,1	12,6	11,0	0,8	0,8	6,3	0,1	3,2	1,3	0,1	0,2	15,9	0,1	—	—	—	—	0,0	—	10,4
Jan.	11,3	0,1	0,1	11,1	9,4	0,5	1,2	5,8	0,1	1,3	2,0	0,2	0,2	14,4	0,1	—	—	—	—	—	—	10,6

Girozentralen

Sept.	1 242,5	.	158,5	1 084,0	523,5	490,8	69,7	298,3	100,9	89,8	13,7	20,8	.	41,7	374,2	22,4	.	.
Okt.	1 169,1	.	116,6	1 052,5	627,0	350,1	75,4	324,9	172,7	96,1	13,4	19,9	31,2	18,3	346,5	.	.	7,3	.	58,6	.	—
Nov.	1 289,5	12,7	23,7	1 253,1	757,6	433,4	62,1	403,9	213,7	102,6	17,3	20,1	31,5	76,0	261,9	6,7	39,2	7,4	1,0	53,4	5,5	—
Dez.	1 191,3	15,9	10,3	1 165,1	754,1	361,0	50,0	328,7	279,5	101,2	22,4	22,3	25,7	86,8	341,2	9,3	22,4	4,1	1,7	62,7	6,2	—
Jan.	1 437,5	16,2	8,3	1 413,0	9 41,8	376,7	94,5	412,0	364,4	108,1	32,9	24,4	37,0	106,6	386,6	11,4	21,0	3,3	1,2	24,1	1,8	—

Sparkassen

Sept.	3 477,3	.	1 288,7	2 188,6	2 169,0	19,5	0,1	398,4	48,6	1 053,5	6,6	661,9	.	29,7	142,1	19,0	.	.
Okt.	3 400,9	.	978,3	2 422,6	2 390,1	31,8	0,7	397,0	61,0	1 123,1	6,8	802,2	673,9	88,9	125,5	.	.	5,5	.	45,4	.	3,3
Nov.	3 284,9	114,6	376,8	2 793,5	2 742,0	51,3	0,2	484,1	82,5	1 209,9	16,0	949,5	517,4	126,5	116,9	5,3	6,7	6,4	4,3	49,0	1,6	4,5
Dez.	3 436,5	164,3	236,6	3 035,6	3 002,9	32,5	0,2	507,3	105,5	1 257,7	12,9	1 119,5	366,0	168,5	126,8	8,3	1,5	9,1	5,1	51,9	0,6	4,2
Jan.	3 595,3	181,5	168,0	3 245,8	3 211,8	33,4	0,6	525,3	143,3	1 289,6	14,9	1 238,7	281,0	189,1	136,0	10,3	1,0	9,7	2,1	51,5	0,7	4,1

Postsparkassen — Postscheckämter

Sept.	850,0 ¹⁾	.	121,9	623,3	466,1	157,2	—	109,6	—	331,0	—	25,5	.	1,0	—	—	—	.	.	—	.	.
Okt.	837,9	.	61,5	776,4	584,5	191,9	—	121,2	—	433,7	—	29,6	83,2	1,3	—	—	—	.	.	—	.	—
Nov.	841,4	5,4	38,1	797,9	650,1	147,8	—	119,3	—	496,9	—	33,9	53,6	—	—	—	—	.	.	—	.	—
Dez.	954,6	9,2	32,2	913,2	6 81,3	231,9	—	135,8	—	506,7	—	38,8	45,2	—	—	—	—	.	.	—	.	—
Jan.	839,6	11,3	27,2	801,1	642,0	159,1	—	123,9	—	473,6	—	44,5	43,8	0,1	—	—	—	.	.	—	.	—

Zentralkassen

Sept.	339,1	.	43,7	295,4	68,4	208,4	18,6	9,3	0,1	53,3	2,8	2,9	.	19,9	91,0	22,3	.	.
Okt.	295,4	.	19,7	275,7	78,6	182,3	14,8	10,2	0,1	56,5	8,4	3,4	5,3	24,0	52,4	.	.	2,0	.	113,4	.	—
Nov.	278,2	3,5	6,3	268,4	75,2	176,8	16,4	4,7	0,0	56,9	9,8	3,8	4,7	59,6	50,2	4,3	3,4	14,2	9,9	126,6	29,3	1,8
Dez.	299,2	4,3	2,8	292,1	73,1	198,9	20,1	4,5	0,0	55,6	8,2	4,8	3,5	50,3	51,8	7,1	5,7	40,2	15,1	135,4	43,5	2,3
Jan.	292,3	4,6	1,5	286,2	73,4	194,2	18,6	4,5	0,0	53,6	9,9	5,4	3,3	59,2	47,6	8,9	7,3	56,8	4,0	119,4	42,8	2,3

Kreditgenossenschaften

Sept.	1 072,5	.	360,3	712,2	704,9	7,3	0,0	23,4	0,9	513,4	7,6	159,6	.	20,8	84,7	44,0	.	.
Okt.	995,5	.	205,2	790,3	775,7	13,8	0,8	23,8	0,8	554,5	8,2	188,4	198,5	34,5	76,5	.	.	11,6	.	70,4	.	1,0
Nov.	996,8	28,2	103,4	865,2	852,2	12,2	0,8	26,8	2,6	589,8	10,4	222,6	169,5	53,8	69,5	3,4	0,5	11,7	21,3	60,2	1,5	1,2
Dez.	1 051,3	38,2	71,6	941,5	928,1	12,6	0,8	30,5	2,0	617,6	9,4	268,6	126,8	67,9	66,4	3,9	0,3	15,4	18,0	63,1	0,9	1,7
Jan.	1 054,8	43,1	56,2	955,5	941,7	13,4	0,4	32,7	2,1	599,3	12,2	295,4	109,8	89,5	65,3	5,6	0,2	21,9	13,4	58,6	0,6	2,8

Sonstige Geldinstitute ²⁾

Sept.	214,5	.	31,6	182,9	114,7	67,3	0,9	48,1	0,1	59,3	5,5	1,7	.	12,0	42,1	110,2	.	.
Okt.	155,6	.	16,2	139,4	108,7	28,5	2,2	18,2	0,9	80,2	6,9	2,5	76,1	8,8	40,5	.	.	12,6	.	241,2	.	1,0
Nov.	178,9	2,3	5,5	171,1	142,6	26,2	2,3	55,4	3,1	71,5	9,2	3,4	74,8	11,7	35,4	2,1	0,6	15,8	16,8	316,2	5,1	1,0
Dez.	256,6	3,7	2,3	250,6	226,5	17,0	7,1	84,7	3,8	116,5	17,0	4,5	70,0	16,4	69,6	1,3	0,0	27,4	13,0	302,2	12,3	1,0
Jan.	184,0	3,9	1,8	178,3	138,1	27,5	12,7	22,1	3,8	89,4	17,9	4,9	69,1	22,8	49,5	3,1	0,2	31,3	7,0	272,1	27,0	1,0

¹⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Summe der Spalten 23 u. 24 differiert von der Spalte 21, da die Postscheckämter Hannover und Freiburg keine Aufgliederung erstellt haben.

³⁾ Spezial-, Haus- und Branchenbanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten
in Mill. DM

Stand am	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft) *																		
	Bar-reserve	Nostro-guthaben ¹⁾	Aus-gleichs-forde-rungen gegen die öffent-liche Hand ²⁾	davon															
				Ins-gesamt	davon				Öffent-liche Hand	Kassen-kredite	davon				Geld-in-stitute	davon			
					Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite			mittel- und lang-fristige Kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließlich Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite		Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1948																			
7. 9.	793,0	480,7	.	1 394,8	943,1	405,1	528,8	9,2	.	66,0	55,8	10,2	—	.	385,7	80,2	295,5	10,0	.
15. 9.	674,5	508,2	.	1 575,9	1 067,7	391,4	662,6	13,7	.	70,4	63,0	6,2	1,2	.	437,8	85,7	341,1	11,0	.
23. 9.	805,8	538,9	.	1 763,1	1 134,5	458,8	660,2	15,5	.	47,3	40,9	5,3	1,1	.	581,3	128,1	442,0	11,2	.
30. 9.	544,9	502,2	.	1 925,3	1 232,2	505,8	712,7	13,7	.	50,8	44,2	5,4	1,2	.	642,3	138,9	493,8	9,6	.
7. 10.	534,5	481,6	.	1 981,3	1 239,3	567,0	657,1	15,2	.	50,6	44,0	5,5	1,1	.	691,4	141,9	541,9	7,6	.
15. 10.	448,6	459,4	.	2 054,3	1 265,8	639,5	610,8	15,5	.	53,2	45,1	6,9	1,2	.	735,3	157,6	568,2	9,5	.
23. 10.	570,5	522,8	.	2 192,1	1 338,6	685,3	637,3	16,0	.	42,8	33,7	7,9	1,2	.	810,7	163,9	639,2	7,6	.
31. 10.	452,4	468,4	.	2 217,2	1 376,6	723,4	639,8	13,4	.	52,9	44,9	6,8	1,2	.	787,7	166,2	614,0	7,5	.
7. 11.	491,0	501,7	.	2 243,2	1 405,4	747,6	642,9	14,9	.	43,0	37,0	4,8	1,2	.	794,8	174,4	612,4	8,0	.
15. 11.	535,9	546,7	.	2 322,8	1 502,6	826,0	660,3	16,3	.	46,8	38,1	7,5	1,2	.	773,4	187,3	579,7	6,4	.
23. 11.	708,3	652,3	.	2 329,1	1 531,4	858,7	653,4	19,3	.	45,7	37,1	8,5	0,1	.	752,0	203,0	536,5	12,5	.
30. 11.	700,4	621,5	966,6	2 439,5	1 632,2	908,7	668,6	22,7	32,2 ³⁾	46,5	34,2	8,6	0,0	3,7 ³⁾	760,8	204,2	540,8	12,7	3,1 ³⁾
7. 12.	768,2	636,6	1 057,4	2 500,6	1 678,7	933,7	672,9	21,2	50,9 ³⁾	51,7	36,1	1,2	0,2	14,2 ³⁾	770,2	198,6	555,0	13,3	3,3 ³⁾
15. 12.	704,9	649,4	1 070,1	2 564,6	1 755,8	973,6	699,8	22,2	60,2 ³⁾	51,6	36,2	1,2	0,2	14,0 ³⁾	757,2	212,3	527,2	14,3	3,4 ³⁾
23. 12.	672,7	616,9	1 069,6	2 700,7	1 867,0	987,6	780,8	22,3	76,3 ³⁾	45,9	29,6	1,3	0,1	14,9 ³⁾	787,8	243,3	526,7	14,3	3,5 ³⁾
31. 12.	717,1	510,8	1 100,7	2 693,0	1 869,7	966,7	804,7	16,1	82,2 ³⁾	45,8	29,7	0,8	0,1	15,2 ³⁾	777,5	230,8	530,5	12,9	3,3 ³⁾
1949																			
7. 1.	741,5	545,3	1 105,5	2 676,5	1 876,8	967,8	807,2	17,2	84,6 ³⁾	47,4	30,3	1,4	0,1	15,6 ³⁾	752,3	240,9	495,1	13,0	3,3 ³⁾
15. 1.	737,2	642,6	1 108,4	2 693,6	1 892,4	994,0	784,6	22,3	91,5 ³⁾	58,1	29,0	2,0	0,3	26,8 ³⁾	743,1	262,0	455,4	13,9	11,8 ³⁾
23. 1.	819,0	698,6	1 119,2	2 691,0	1 896,9	1 016,6	763,7	25,5	91,1 ³⁾	59,2	26,9	5,4	0,2	26,7 ³⁾	734,9	261,9	445,2	15,9	11,9 ³⁾
31. 1.	670,8	619,0	1 130,1	2 774,9	1 947,5	1 044,2	765,9	29,3	108,1 ³⁾	84,8	30,4	5,7	2,7	46,0 ³⁾	742,6	248,5	470,1	11,3	12,7 ³⁾
7. 2.	685,0	715,9	1 128,5	2 803,8	1 952,1	1 059,5	758,1	30,7	103,8 ³⁾	84,8	34,4	6,6	0,8	43,0 ³⁾	766,9	251,4	489,1	12,7	13,7 ³⁾
15. 2.	718,8	725,5	1 132,1	2 862,6	1 999,4	1 115,7	741,5	33,7	108,5 ³⁾	84,7	34,4	6,3	0,6	43,4 ³⁾	778,5	259,6	490,7	12,7	15,5 ³⁾
23. 2.	752,7	733,1	1 133,4	2 935,7	2 050,2	1 162,5	740,2	34,3	113,2 ³⁾	79,5	28,0	6,1	0,4	45,0 ³⁾	806,0	260,0	516,6	13,2	16,2 ³⁾
28. 2.	567,1	723,7	1 141,7	2 951,5	2 077,4	1 183,3	742,6	36,7	114,8 ³⁾	82,6	30,6	6,4	0,4	45,2 ³⁾	791,5	238,7	519,4	14,0	19,4 ³⁾
7. 3.	684,6	666,9	1 150,7	2 998,7	2 106,1	1 202,5	746,8	38,8	118,0 ³⁾	86,0	34,3	5,7	0,5	45,5 ³⁾	806,6	235,8	537,9	13,3	19,6 ³⁾
15. 3.	775,9	710,1	1 147,2	3 021,5	2 128,1	1 240,0	722,0	40,6	125,5 ³⁾	83,5	31,5	5,6	0,9	45,5 ³⁾	809,9	251,0	525,5	13,3	20,1 ³⁾

Stand am	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand				Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- verbind- lich- keiten aus weiter- begebenen Wechseln	darunt. weiter- begebenen fremde Bank- ak- zepte	Eventual- verbind- lich- keiten aus ver- kauften Aus- gleichs- forderungen
	ins- gesamt	Ein- lagen auf Anlage- konto	Ein- lagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		davon						Spar- ein- lagen			ins- gesamt	darunter							
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		Sonstige Gläubiger						eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte						
						Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin												
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41		
1948																							
7. 9.	3 340,6	—	686,4	2 654,2	1 878,8	681,1	94,3	473,9	74,1	1 181,9	54,5	94,4	.	75,5	866,4	247,1	.	2,4	
15. 9.	3 423,2	—	712,3	2 710,9	1 958,5	649,0	103,4	476,5	103,4	1 210,5	60,4	107,7	.	71,6	918,3	.	.	145,9	.	258,6	.	1,0	
23. 9.	3 726,5	—	741,8	2 984,7	2 250,6	633,2	100,9	604,1	143,0	1 309,2	74,6	119,7	.	95,4	989,3	.	.	177,4	.	293,8	.	1,0	
30. 9.	3 675,3	—	767,4	2 907,9	2 195,7	615,8	96,4	485,2	182,0	1 319,6	81,5	127,4	.	75,1	1 068,9	.	.	195,0	.	314,7	.	1,0	
7. 10.	3 644,7	—	776,6	2 868,1	2 217,1	564,3	86,7	418,9	195,2	1 381,7	91,0	130,3	.	75,0	998,2	.	.	215,8	.	341,1	.	1,0	
15. 10.	3 363,3	—	497,1	2 866,2	2 295,1	498,3	72,8	469,3	214,6	1 381,0	95,3	134,9	319,4	84,9	888,9	.	.	232,7	.	430,9	.	1,0	
23. 10.	3 605,4	—	471,2	3 134,2	2 496,8	565,5	71,9	561,1	271,9	1 411,1	106,8	145,9	292,4	98,8	932,6	499,7	.	2,0	
31. 10.	3 507,2	—	424,6	3 082,6	2 501,1	516,4	65,1	545,3	279,7	1 412,0	110,2	153,9	265,4	102,6	960,5	.	.	158,8 ¹⁾	.	527,2	.	4,0	
7. 11.	3 592,0	—	408,2	3 183,8	2 589,2	506,1	88,5	561,1	304,0	1 449,8	113,7	160,6	246,3	107,5	962,5	.	.	173,6	.	508,2	.	5,0	
15. 11.	3 665,7	—	351,5	3 314,2	2 691,5	535,1	87,6	619,0	335,0	1 454,1	114,9	168,5	232,2	130,8	914,7	.	.	171,5	.	542,6	.	7,0	
23. 11.	3 906,6	—	310,5	3 596,1	2 923,7	571,1	101,3	764,0	367,8	1 498,5	118,1	175,3	215,5	174,3	872,3	.	.	185,8	.	564,6	.	5,0	
30. 11.	3 793,9	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	602,9	95,5	672,1	385,5	1 511,4	131,8	184,7	211,8	171,9	852,9	213,5	110,5	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0	
7. 12.	3 824,6	50,8	147,3	3 626,5	2 935,7	596,6	94,2	617,1	443,5	1 544,2	139,0	191,9	203,3	192,5	806,6	218,4	96,3	220,9	29,4	612,9	84,6	5,0	
15. 12.	3 853,0	62,0	124,0	3 667,0	2 966,4	615,8	84,8	608,2	451,8	1 552,3	152,4	201,7	188,4	225,9	823,1	232,1	85,3	226,9	28,8	584,0	86,9	5,5	
23. 12.	3 910,3	67,9	106,6	3 735,8	3 084,2	562,9	88,7	646,7	474,1	1 597,5	155,6	210,3	176,2	238,9	907,3	231,6	88,0	241,2	28,3	593,9	89,0	5,5	
31. 12.	3 847,8	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	531,9	96,4	582,9	482,5	1 601,0	154,4	238,9	147,4	236,7	945,2	238,4	95,6	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5	
1949																							
7. 1.	3 909,9	79,0	72,8	3 758,1	3 109,4	558,9	89,8	583,9	478,9	1 648,1	151,5	247,0	156,1	258,8	935,3	257,3	79,1	231,2	26,7	578,4	84,5	5,5	
15. 1.	4 047,5	80,4	68,4	3 898,7	3 231,3	571,7	95,7	649,3	588,3	1 576,7	163,6	253,4	150,8	277,0	912,1	244,5	66,4	235,1	15,8	539,6	78,6	5,6	
23. 1.	4 244,8	82,3	63,1	4 099,4	3 417,4	562,9	119,1	777,0	625,0	1 592,9	163,1	259,4	135,1	293,1	932,9	254,0	67,0	227,2	12,2	501,0	69,6	5,5	
31. 1.	4 081,9	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	536,8	119,1	609,7	649,7	1 591,2	165,2	270,1	116,8	286,7	971,7	255,3	62,4	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6	
7. 2.	4 172,7	87,2	51,4	4 034,1	3 370,3	553,9	109,9	606,4	677,0	1 630,5	179,7	276,7	112,5	302,8	965,7	253,2	59,6	246,7	5,7	523,7	80,5	6,6	
15. 2.	4 277,4	88,8	47,7	4 140,9	3 474,5	563,2	103,2	644,3	713,8	1 633,7	199,7	283,0	100,9	313,7	964,3	245,5	66,9	264,7	5,1	512,6	73,7	7,8	
23. 2.	4 329,6	90,1	44,6	4 194,9	3 541,2	545,9	107,8	624,4	743,9	1 668,9	215,3	288,7	94,9	303,8	968,1	252,2	65,9	276,5	6,2	523,1	88,8	7,8	
28. 2.	4 264,4	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	557,3	111,2	560,6	734,1	1 657,7	216,4	294,3	91,7	328,7	1 046,2	271,3	74,1	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8	
7. 3.	4 246,8	91,9	40,3	4 114,6	3 487,3	515,6	111,7	540,5	750,2	1 681,0	218,8	296,8	88,4	286,9	968,0	252,7	72,0	289,4	6,4	547,9	86,7	9,8	
15. 3.	4 399,3	92,9	37,5	4 268,9	3 619,5	534,3	115,1	648,3	761,9	1 672,4	234,0	302,9	85,0	297,8	992,1	265,9	72,4	297,0	7,1	503,3	83,1	9,9	

1) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

2) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

3) Noch unvollständige Angaben.

4) Ohne Meldung von Niedersachsen.

*) Von einigen niedersächsischen Geldinstituten wurden die in der Zeit vom 31. 10. bis 15. 12. 1948 aufgegebenen Kreditzahlen nachträglich berichtet.

Wechselgeschäft
in Mill. DM

Berichtszeitraum	Wechselbestand zu Beginn des Berichtszeitraumes	Während des Berichtszeitraumes angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechselbestandes während des Berichtszeitraumes			Wechselbestand am Ende des Berichtszeitraumes		
		davon				davon			darunter		
		insgesamt	Handelswechsel	Bankakzepte	Sonstige Wechsel	insgesamt	durch Rediskont	durch Fälligg. od. Rückgabe vor Verfall	insgesamt	eigene Akzepte	fremde Bankakzepte

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948												
September	1588,9	1401,2	924,1	367,3	109,8	1146,5	658,4	488,1	1843,6			
Oktober	1852,0	1685,1	1056,2	459,0	169,9	1841,3	1104,0	737,3	1695,8			
November	1695,5	1671,2	1095,6	463,4	112,2	1872,8	1135,3	737,5	1493,9	373,1	138,0	107,1
Dezember	1492,1	1804,0	1254,4	473,9	75,7	1664,7	1011,1	653,6	1631,4	407,8	113,2	94,5
1949												
Januar	1631,6	1362,8	896,6	410,4	55,8	1309,6	695,1	614,5	1684,8	427,1	63,0	54,9
Februar ¹⁾	1684,8	1738,8	1121,6	551,9	65,3	1622,0	986,0	636,0	1801,6	431,8	75,2	51,6

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1. 2. — 7. 2.	971,7	150,9	85,1	60,1	5,7	156,9	80,0	76,9	965,7	253,2	59,6	17,6
8. 2. — 15. 2.	965,7	225,4	113,7	104,2	7,5	226,8	126,9	99,9	964,3	245,5	66,9	19,2
16. 2. — 23. 2.	964,3	232,3	133,2	93,6	5,5	228,5	119,5	109,0	968,1	252,2	65,9	18,2
24. 2. — 28. 2.	968,1	200,2	127,5	68,1	4,6	122,1	65,7	56,4	1046,2	271,3	74,1	17,1
1. 3. — 7. 3.	1046,2	187,8	109,6	74,1	4,1	266,0	165,1	100,9	968,0	252,7	72,0	17,0
8. 3. — 15. 3.	968,0	217,9	129,3	84,4	4,2	193,8	82,6	111,2	992,1	265,9	72,2	17,2

Anmerkung: Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende des einen und dem Beginn des folgenden Berichtsmonats sind auf nachträgliche Korrektüreingänge zurückzuführen.

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft¹⁾
in Mill. DM

Berichtszeitraum	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Fin-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Fin-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo
				Fin-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo	Fin-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo			

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948												
September	2 514,2	2 933,3	-419,1	2 211,6	2 321,0	-109,4	243,5	321,8	-78,3	59,1	290,5	-231,4
Oktober	2 729,6	3 010,1	-280,5	2 407,5	2 437,3	-29,8	272,3	313,0	-40,7	49,8	259,8	-210,0
November	2 861,8	2 891,0	-29,2	2 507,6	2 430,6	+77,0	306,1	290,4	+15,7	48,1	170,0	-121,9
Dezember	3 381,5	3 557,4	-175,9	3 008,6	3 027,3	-18,7	314,5	378,2	-63,7	58,4	151,9	-93,5
1949												
Januar	2 594,7	2 451,9	+142,8	2 210,8	2 068,8	+142,0	309,3	284,6	+24,7	74,6	98,5	-23,9
Februar ²⁾	2 610,6	2 581,1	+29,5	2 257,9	2 180,0	+77,9	275,2	300,2	-25,0	77,5	100,9	-23,4

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1. 2.- 7. 2.	163,0	152,0	+ 11,0	146,0	132,6	+ 13,4	13,1	15,5	- 2,4	3,9	3,9	-
8. 2.-15. 2.	191,3	159,1	+ 32,2	160,7	134,0	+ 26,7	26,9	21,0	+ 5,9	3,7	4,1	- 0,4
16. 2.-23. 2.	182,7	147,7	+ 35,0	158,5	131,9	+ 26,6	20,5	11,5	+ 9,0	3,7	4,3	- 0,6
24. 2.-28. 2.	92,6	192,7	-100,1	82,2	163,4	- 81,2	8,4	26,8	-18,4	2,0	2,5	- 0,5
1. 3.- 7. 3.	156,0	146,5	+ 9,5	140,8	127,2	+ 13,6	11,2	15,7	- 4,5	4,0	3,6	+ 0,4
8. 3.-15. 3.	195,5	155,6	+ 39,9	165,6	129,9	+ 35,7	26,0	21,6	+ 4,4	3,9	4,1	- 0,2

¹⁾ Ohne die Postscheckämter Hannover und Freiburg i. B. Bis Dezember ohne Postsparkassenämter, ab Januar nur noch ohne Postsparkassenamt München.

²⁾ Vorläufige Zahlen.

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM					Überschußreserven in v. H.									
											der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschlußreserven aller Bankengruppen				
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	189,0	186,2	279,7	280,9	283,0	57,0	77,3	116,1	73,1	27,5	30,2	41,5	41,5	26,0	9,7	25,0	22,5	30,9	17,9	10,4
2. Regionalbanken	111,1	115,7	162,4	166,2	166,3	22,5	50,5	31,5	108,7	65,1	20,3	43,6	19,4	65,4	39,1	9,9	14,7	8,4	26,7	24,7
3. Privatbanken	22,1	22,1	34,0	34,8	34,3	1,0	4,5	2,7	3,3	0,9	4,5	20,4	7,9	9,5	2,6	0,4	1,3	0,7	0,8	0,3
4. Girozentralen	67,0	73,4	88,2	91,9	100,0	81,8	135,9	156,3	149,2	108,0	122,1	185,1	177,2	162,4	108,0	35,9	39,6	41,5	36,6	41,0
5. Sparkassen	266,0	258,2	327,5	330,2	337,0	26,3	38,0	21,9	32,2	38,0	9,9	14,7	6,7	9,8	11,3	11,5	11,1	5,8	7,9	14,4
6. Hypothekenbanken	0,7	0,5	0,8	1,1	1,1	0,6	0,6	1,0	2,0	0,7	85,7	120,0	125,0	166,7	63,6	0,3	0,2	0,3	0,5	0,3
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	54,2	59,4	71,4	75,2	75,4	4,9	6,2	5,4	5,6	3,6	9,0	10,4	7,6	7,4	4,8	2,1	1,8	1,4	1,4	1,4
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,0	1,1	1,3	1,4	1,6	2,7	1,7	1,3	1,3	0,6	270,0	154,5	100,0	92,9	37,5	1,2	0,5	0,3	0,3	0,2
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	53,4	52,2	67,2	66,8	66,4	0,1	1,2	— 2,6	0,3	— 1,0	0,2	2,3	— 3,9	0,4	— 1,5	0,0	0,3	— 0,7	0,1	— 0,4
10. Sonstige Geldinstitute	78,2	78,4	118,3	125,8	113,9	31,0	27,3	42,9	31,8	20,2	39,6	34,8	36,3	25,3	17,7	13,7	8,0	11,4	7,8	7,7
Bankengruppen insgesamt ¹⁾	842,7 ²⁾	847,2	1150,8	1174,3	1179,0	227,9	343,2	376,5	407,5	263,6	27,0	40,5	32,7	34,7	22,4	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschlußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschlußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen.

²⁾ Die Senkung des Reserve-Solls ab Oktober ist auf die Streichung von 7/10 des Festkontos gemäß Nr. 65 (Festkontenentscheidung) zurückzuführen.

Mindestreservesätze

(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-Bestand.

trag der noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Sonstige Geld-
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
(in Prozenten)

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden ¹⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ²⁾	
	Sollzinsen					
Zinssätze der Landeszentralbanken						
Diskontsatz	5	5	5	5	5	
Lombardsatz	6	6	6	6	6	
	Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung						
a) zugesagte Kredite						
Zinsen	7 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	7	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₅ p. M.	9 ² / ₅	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂
b) Kontoüberziehungen						
Zinsen	7 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	7	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Überziehungsprovision	1 ¹ / ₈ p. T.	12	1 ¹ / ₈ p. T.	11	1 ¹ / ₈ p. T.	11
2. Kosten für Wechselkredite						
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher						
Zinsen	6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6	5 ¹ / ₂ - 6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ¹ / ₁₂ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ¹ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000						
Zinsen	6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6	5 ¹ / ₂ - 6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ¹ / ₁₂ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ¹ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000						
Zinsen	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6	5 ¹ / ₂ - 6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Diskontprovision	1 ¹ / ₈ p. M.	8	1 ¹ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8
d) Abschnitte unter DM 1.000						
Zinsen	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6	5 ¹ / ₂ - 6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Diskontprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8	1 ¹ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9
3. Akzeptkredite						
Zinsen	6 - 7	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂
Akzeptprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8 - 9	1 ¹ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung						
a) für allg. Warengeschäfte						
Zinsen	6	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8	1 ¹ / ₅ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen						
Zinsen	keine Vereinbarung	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	keine besonderen Vereinbarungen	keine besonderen Vereinbarungen	keine besonderen Vereinbarungen
Kreditprovision	keine Vereinbarung	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreiderzeugn., Futtermittel usw.						
L. Z. B. Diskontsatz	1 ⁰ / ₁₀₀	5	5	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂
Zinsen	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ⁶)
Kreditprovision	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ⁶)
5. Ziehungen auf Kundschaft						
Zinsen	6 - 7	6 ¹ / ₂ - 7 ¹ / ₂	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8 - 9	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂ - 10 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	8 - 9
Umsatzprovision	1 ¹ / ₈ p. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchstumsatzes	1 ¹ / ₈ p. mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal	keine Angabe	1 ¹ / ₂ p. d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, mindestens 1 ¹ / ₂ p. pro Semest. a. Kreditbetrag	1 ⁰ / ₁₀₀ vom Umsatz der größ. Seite unter d. üblichen Bedingungen	1 ⁰ / ₁₀₀ vom Umsatz der größ. Seite unter d. üblichen Bedingungen
Minstdiskontspesen	DM 2.—	DM 2.—	DM 2 —	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—
Domizilprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ min.DM -.50	1 ¹ / ₂ p. min.DM -.50	1 ¹ / ₂ p.	1 ¹ / ₂ p.	1 ¹ / ₂ p.	1 ¹ / ₂ p. min.DM -.50

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig ²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Mindestsätze bei Importen und angeordneter Vorratshaltung von Lebensmitteln, Saatgut und Düngemitteln ist Unterschreitung zulässig ³⁾ Sätze nur für Lübeck gültig ⁴⁾ Exportkredite ⁵⁾ Importkredite ⁶⁾ für Mineralöle nur „Erste Hand“ ⁷⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. *) Neue Sätze werden in Kürze festgelegt.

und Kreditstatistik

Zinskonditionen - Stand am 28. Februar 1949

jährlich)

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ³⁾		Hamburg		Rheinland-Pfalz ⁴⁾		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen	
insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt	
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	6 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	9	6 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	9
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. T.	11	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. T.	11	$6\frac{3}{8}$ $\frac{1}{8}\%$ p. T.	11	6 $\frac{1}{8}\%$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{8}\%$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{8}\%$ p. T.	$10\frac{1}{2}$
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7-8	6 $\frac{1}{24}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7-8	6 $\frac{1}{24}-\frac{1}{12}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}-7$	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{12}\%$ p. M.	7
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}-8\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7	6 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{9}{10}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}-9\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	8	5 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	8	6 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	8
$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}-9\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}-9\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	5-6 $\frac{1}{8}-\frac{1}{4}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}-9$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$
$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$ ⁴⁾	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7	5-6 $\frac{1}{5}-\frac{1}{4}\%$ p. M.	$7\frac{2}{5}-9$	5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7
$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$7\frac{9}{10}$ ⁵⁾	keine Vereinbarung		$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{24}\%$ p. M.	6 ⁶⁾	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7	keine besonderen Vereinbarungen		5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		6 $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	6 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	9	nicht einheitlich geregelt	
	1%	$1\frac{1}{2}\%$ vom Um- satz der größ. Seite		$\frac{1}{2}\%$ v. d. größeren Seite (ohne Saldo vortrag u. ohne d. übl. freizustellend. Post.)		$\frac{1}{8}\%$ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschild p. Quartal		1% mindestens a. d. $2\frac{1}{2}$ fache Höchstsoll pro Quartal		1% vom dreifachen Kredit pro Halbjahr ⁷⁾	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
$\frac{1}{2}\%$ min. DM - .50		$\frac{1}{2}\%$ min. DM - .50		nicht festgesetzt		$\frac{1}{2}\%$ min. DM - .50		$\frac{1}{2}\%$ min. DM - .50		$\frac{1}{2}\%$ min. DM - .50	

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden

(in Prozenten)

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden ¹⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ²⁾
Habenzinsen					
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1 1/2	1 3/4	2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2	2 1/2
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3 1/2	4	4
3. für Kündigungsgelder					
a) 1— 3 Monate	2 1/4	2 1/4	2 3/8	2 1/4	2 1/4
b) 3— 6 Monate	2 1/2	2 3/4	2 5/8	2 1/2	2 1/2
c) 6—12 Monate	2 3/4	3	2 7/8	2 7/8	2 7/8
d) über 12 Monate	3 3/4	3 3/4	3 3/8	3 3/4	3 3/4
4. für Festgelder					
a) bis 89 Tage	2	keine Vereinbarungen	2 1/4	2 1/4	2 1/4
b) bis 179 Tage	2 1/4		2 1/2	2 1/2	2 1/2
c) bis 359 Tage	2 1/2		2 3/4	2 3/4	2 3/4
d) über 359 Tage	3 1/2		3 1/4	3 1/2	3 1/2
Zinsvoräus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	1/4	nicht festgesetzt	1/4 höchstens	1/4

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig

⁴⁾ der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1/4%

²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Höchstsätze

²⁾ der Bankierkundschaft 1/4%

³⁾ Sätze nur für Lübeck gültig

Kursdurchschnitt der 4%igen Schuldverschreibungen

(Börsen: Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, München, Stuttgart)

Zeit	Pfandbriefe		Kommunalobligationen		Stadtanleihen	Industrieobligationen	Gesamtdurchschnitt
	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche			
1936 M.-D.	88,9	89,6	90,6	89,2	88,4	93,3	90,0
1937 ..	93,7	90,8	93,5	93,3	97,6	97,1	95,0
1938 ..	95,2	94,9	94,5	94,7	94,9	97,5	95,6
1939 ..	92,0	92,2	92,1	92,0	93,4	94,8	92,7
1940 ..	98,9	98,4	99,7	98,0	98,8	105,3	100,2
1941 ..	101,5	101,7	101,4	101,6	102,3	107,6	102,8
1942 ..	102,5	102,6	102,4	102,5	103,3	103,7	102,8
1943 ..	102,5	102,5	102,5	102,8	104,8	105,7	103,2
1944 ..	102,5	102,5	102,5	102,9	105,4	107,2	103,6
1948 15. August	9,16	9,14	8,13	8,28	7,47	7,35	8,67
31. ..	9,11	9,02	8,10	8,23	7,38	7,27	8,60
15. September	8,99	8,99	8,05	8,15	7,38	7,07	8,48
30. ..	8,14	8,75	7,75	7,96	7,42	6,90	7,92
15. Oktober	7,82	8,08	7,33	7,58	7,42	6,61	7,56
31. ..	7,83	8,01	7,20	7,52	7,45	6,66	7,56
15. November	7,14	7,73	6,80	7,33	7,42	6,30	7,04
30. ..	6,98	7,36	6,45	7,17	7,41	5,88	6,79
15. Dezember	6,97	7,28	6,43	7,04	7,41	5,40	6,67
31. ..	7,58	7,68	6,60	7,38	7,41	5,77	7,16
1949 15. Januar	7,65	7,73	6,62	7,38	7,31	5,89	7,24
31. ..	8,05	8,03	6,98	7,79	7,39	6,25	7,61
15. Februar	8,24	8,27	7,58	8,00	7,47	6,48	7,82
28. ..	8,03	8,09	7,35	7,85	7,39	6,34	7,64

¹⁾ Berliner Börse, neu berechnet.

Quelle: Bank deutscher Länder, Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Zinskonditionen - Stand am 28. Februar 1949

jährlich)

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ³	Hamburg	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
1	1	1 ⁴⁾	1	1 ⁵⁾	1
1 ⁶⁾ / ₄	1	1 ¹ / ₂	2	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
3	3	3	3	3	2 ³ / ₄
4	4	4	4	4	3 ¹ / ₄
2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2
2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄
2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ¹ / ₂
3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3
2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2
2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄
2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ¹ / ₂
3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3
1/4	besondere Festsätze	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	1/4

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse
Monatsdurchschnitte

	1948						1949	
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar
4% Hess. Ldbk.-Staatsbk.-Darmstadt	9.30	9.13	8.82	7.98	7.65	7.64	7.81	8.17
4% Landeskreditkasse zu Kassel Pfbr.	9.50	9.12	8.63	7.48	6.97	6.90	7.64	8.17
4% Bayr. Hyp.- u. Wechselbk. München Gpibr.	9.55	9.55	9.42	8.09	7.69	7.65	7.82	8.27
4% Frankfurter Hyp. Bk. Pfbr.	9.36	9.16	8.61	7.55	7.01	7.03	7.68	8.19
4% Daimler Benz Obl. v. 1942	8.24	7.99	7.88	7.92	7.68	7.50	7.50	7.65
4% Degussa Obl. v. 1943	8.85	8.61	8.41	8.19	7.84	7.57	7.79	8.29
4% Rhein.-Westf. El. Werk Essen Obl. v. 1944	8.02	8.05	7.98	7.13	6.89	6.49	6.94	7.24
3 1/2% Bayern Landes anl. v. 1941	—	7.88	8.41	8.50	8.46	8.04	7.75	7.75
2 1/2% Rheinl.-Hessen-N. ssau Schatz- anweisungen von 1946	—	8.25	8.21	7.81	—	7.81	7.81	8.44
4% Darmstadt von 1928	—	7.00	7.00	7.02	7.02	7.00	7.00	7.00
Commerzbank	10.44	7.97	8.14	7.46	7.41	6.70	6.64	6.52
Deutsche Bank	8.46	6.75	6.62	6.73	6.80	6.40	6.31	5.84
Dresdner Bank	8.96	6.77	6.39	5.91	6.72	6.43	6.37	5.88
Frankfurter Bank	11.14	12.00	12.00	12.00	12.90	14.00	14.00	14.00
Accumulatoren	22.88	19.50	17.84	18.28	23.79	20.45	21.71	20.37
AEG	10.81	9.74	9.30	10.35	11.50	9.74	10.28	10.62
Brown, Boveri u. Cie.	48.00	55.58	50.95	51.97	59.45	56.52	55.93	55.85
R.W.E.	50.67	45.27	42.76	43.92	44.37	35.11	35.92	33.99
Adlerwerke	20.50	19.00	17.16	20.69	24.97	23.31	23.39	26.29
MAN	31.00	31.85	28.95	41.10	44.20	38.00	35.81	35.19
BMW	18.31	17.02	16.11	20.07	23.08	20.69	20.56	19.74
Daimler Benz A.G.	23.11	21.18	19.94	21.44	26.29	25.98	24.93	24.06
Deutsche Erdöl	18.25	19.52	17.41	17.33	19.06	15.92	15.08	14.42
Gutehoffnungshütte	39.31	31.33	33.92	33.49	31.49	25.53	23.96	23.36
Klöckner-Werke	21.56	20.17	20.36	20.32	20.58	16.91	16.17	15.87
Rheinische Braunkohlen	62.89	55.37	53.09	53.58	54.95	45.70	44.40	43.11
Rheinische Stahlwaren	19.89	18.85	20.89	23.49	22.85	19.52	17.00	16.22
AG f. Verkehrswesen	13.89	15.02	17.16	16.95	17.96	18.68	19.08	20.09
Continental	49.89	47.77	44.73	51.98	57.07	53.05	51.40	50.89
Heidelberger Zement	43.67	45.85	43.77	48.29	58.43	58.41	54.49	50.76
Süddeutsche Zucker	53.13	53.83	55.02	55.00	66.18	66.24	62.12	60.94
Löwenbräu	56.50	53.19	55.15	55.90	56.66	48.64	48.31	44.89

IV. Öffentliche Finanzen
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet
in Mill. RM bzw. DM

	Rechnungsjahr 1947/48	1 9 4 8									1 9 4 9	
		April	Mai	Juni	Juli ¹⁾	August	Sept.	Oktober	November	Dezember	Januar ²⁾	Februar ³⁾
1. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet⁴⁾												
a) Besitz- und Verkehrssteuern	10 293,8	1 382,0	853,6	1 298,8	189,6	516,3	574,2	787,9	846,4	789,9	1 065,4	785,0
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 464,0	200,8	219,4	384,8	18,1	101,6	150,9	202,1	273,0	211,3	206,7	.
Insgesamt	12 757,8	1 582,8	1 073,0	1 683,6	207,7	617,9	725,1	990,0	1 119,4	1 001,3⁵⁾	1 272,1	.
2. Französ. Zone												
a) Besitz- und Verkehrssteuern	1 066,9	150,6	108,7	72,7	14,7	41,9	47,2	72,2	79,1	80,3	119,8	87,0
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	512,4	40,1	29,3	31,9	2,1	12,0	15,0	28,1	28,8	23,5	36,7	.
Insgesamt	1 579,3	190,7	138,0	104,6⁶⁾	16,8	53,9	62,2	100,3	107,9	103,8	156,5	.
3. Währungsgebiet⁴⁾ (1 + 2)												
a) Besitz- und Verkehrssteuern	11 360,7	1 532,6	962,3	1 371,5	204,3	558,2	621,4	860,1	925,5	870,2	1 185,2	872,0
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 976,4	240,9	248,7	416,7	20,2	113,6	165,9	230,2	301,8	234,8	243,4	.
Insgesamt	14 337,1	1 773,5	1 211,0	1 788,2⁶⁾	224,5	671,8	787,3	1 090,3	1 227,3	1 105,1⁶⁾	1 428,6	.

¹⁾ Einschließlich 21.—30. Juni. ²⁾ Vorläufige Zahlen. ³⁾ Schätzung. ⁴⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20. ⁵⁾ Differenz durch Abrundung. ⁶⁾ Ohne Rheinland-Pfalz.
Quellen: Statistik der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und Finanzministerien der Länder der französischen Zone

Steueraufkommen der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nach Steuerarten
in Mill. DM

Steuerarten	1948	1949	
	21. 6.-31. 12. ¹⁾	Januar ²⁾	Februar ³⁾
I. Besitz- und Verkehrssteuern			
Insgesamt	3 704,4	1 065,4	785,0
davon			
Lohnsteuer	778,6	163,4	149,0
Veranlagte Einkommensteuer	1 008,4	323,0	236,0
Körperschaftsteuer	459,3	150,9	94,0
Vermögensteuer	121,5	6,5	.
Umsatzsteuer	1 170,9	309,6	251,0
II. Verbrauchssteuern und Zölle			
Insgesamt ⁴⁾	956,9	206,7	.
davon			
Tabaksteuer	539,5	103,3	.
Biersteuer	69,0	12,9	.
Kaffeesteuer ⁵⁾	62,1	19,9	.
Zuckersteuer	129,6	28,6	.
Spiritus- u. Branntweinmonopol	35,9	14,8	.
Zölle	54,8	10,4	.
Steueraufkommen der Länder (I + II)	4 661,3	1 272,1	.

¹⁾ Württemberg-Baden nur bis einschl. 20. Dezember, Bayern nur bis 25. Dezember 1948.
²⁾ Für Bayern vom 26. 12. 1948 bis 25. 1. 1949, für Württemberg-Baden vom 21. 12. 1948 bis 20. 1. 1949.
³⁾ Schätzung.
⁴⁾ Einschl. Kriegszuschläge.
⁵⁾ Ab 1. 11. 1948 zur Finanzierung der Stadt Berlin an die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets abzuführen.
Quelle: Statistik der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

V. Produktion, Umsatz und Preise

Index der industriellen Produktion

(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1936 = 100

Zeit	Investitionsgüter-Industrien									
	Gesamt-Index	Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
			Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holz-industrie	Ma-schinen-bau	Fahr-zeugbau	Elektro-technische Industrie
1946 M.-D.	34,4
1947 „	39,2	28,8	58,9	20,1	23,5	35,3	62,1	32,2	15,3	59,3
1948 „	60,0	50,0	96,7	35,8	44,4	63,6	75,0	51,4	39,2	105,6
1948 Januar	46,8	34,6	79,5	25,1	28,4	37,2	59,1	38,9	20,3	67,5
Februar	47,3	36,0	71,9	23,7	28,3	36,2	56,0	42,7	23,3	72,7
März	50,7	38,6	81,2	26,9	29,4	41,6	57,0	44,4	25,7	83,6
April	52,9	41,7	97,1	28,8	33,9	47,2	66,0	45,5	27,3	93,1
Mai	47,0	36,9	83,7	25,7	29,0	48,3	68,5	39,7	22,1	72,0
Juni	51,1	39,7	90,1	30,2	31,3	57,5	58,7	41,6	26,3	81,2
Juli	61,2	50,2	109,3	37,6	49,0	72,9	70,3	48,4	41,1	94,5
August	64,9	55,3	106,6	40,9	54,4	83,5	79,9	50,9	42,0	111,7
September	70,0	61,4	104,9	43,7	60,1	87,0	88,5	58,9	52,1	129,6
Oktober	73,7	65,5	110,3	48,1	60,9	90,0	98,2	63,2	58,5	141,9
November	75,4	68,4	110,7	47,9	63,6	85,5	99,1	71,3	62,9	153,3
Dezember	78,8	71,0	114,5	50,9	65,9	76,2	99,0	70,8	68,7	165,3
1949 Januar	81,0	72,2	115,4	51,8	65,9	66,8	105,0	77,3	69,4	170,1
Februar	79,6	72,7	109,4	53,1	66,9	64,5	107,0	78,8	72,3	172,1

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter - Industrien					Verbrauchsgüter - Industrien							
	Ins-gesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp				Ins-gesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen						
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier- Er- zeugung	Leder- Er- zeugung	Textilien (ohne Kunst- seide und Zellwolle)	Keramik	Bereifung u sonstige Kautschuk- wahren	Schuhe	
1946 M.-D.
1947 „	64,7	65,2	111,3	47,9	40,2	33,3	30,7	29,0	27,5	38,6	48,3	34,8	
1948 „	84,0	79,0	137,0	67,3	61,3	55,0	52,5	42,9	45,8	66,7	80,8	55,1	
1948 Januar	76,8	73,0	142,2	57,7	46,3	39,8	38,2	32,9	31,8	46,3	60,2	40,9	
Februar	73,6	70,0	129,7	57,1	48,2	42,6	40,1	33,0	34,6	50,3	70,1	44,6	
März	79,9	77,8	136,3	63,1	52,8	44,6	41,0	33,7	36,4	52,1	71,2	46,0	
April	79,4	76,2	131,4	63,3	55,6	47,9	45,3	32,8	39,0	52,4	79,4	47,4	
Mai	72,7	66,1	121,3	64,5	51,8	40,5	36,4	27,8	32,2	48,8	61,7	35,5	
Juni	77,6	79,5	121,3	64,5	53,1	44,8	42,6	28,8	36,2	51,9	63,8	28,6	
Juli	84,7	83,4	126,1	69,2	64,5	58,3	58,2	49,1	48,1	67,9	90,2	61,1	
August	85,8	81,1	129,1	70,6	67,6	62,8	59,9	56,7	53,4	75,3	92,3	64,0	
September	90,5	82,5	145,3	70,2	70,4	66,2	63,9	55,2	55,5	80,1	96,8	72,4	
Oktober	93,6	85,9	150,1	73,8	71,8	69,6	66,8	54,5	59,3	87,8	99,4	76,6	
November	94,1	83,8	150,7	74,3	75,2	69,7	67,5	52,7	57,9	91,0	97,2	73,8	
Dezember	99,2	88,6	166,1	79,5	75,6	73,0	69,4	58,2	61,9	96,8	100,9	75,7	
1949 Januar	101,6	89,7	168,5	80,6	78,8	75,9	73,8	62,0	63,7	91,9	100,5	79,4	
Februar	96,6	85,5	155,7	73,8	77,0	75,7	74,9	56,4	63,6	95,4	102,9	74,9	

Quelle: Verwaltung für Wirtschaft

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	im Monat	arbeits- taglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4	786	675
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar ¹⁾	7 875	327,8	777	667

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung

Eisen- und Stahlerzeugung
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerks- erzeugnisse ¹⁾
1946 M.-D.	173	207	162
1947 „	189	246	175
1948 „	384	448	302
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember	514	612	439
1949 Januar	545	651	437
Februar	525	662	456

¹⁾ ohne unbearbeitetes Halbzeug

Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen

Arbeitsmarkt (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Erwerbstätige in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeits- losenfürsorgeunterstützungs- empfänger in 1000
1948 31. März	16 074,8	462,5	682,8	.
31. Mai	.	439,1	724,6	13
30. Juni	16 423,9	441,6	604,9	15
31. Juli	.	650,5	245,0	79
31. August	.	768,2	235,4	208
30. September	16 380,6	767,8	260,1	265
31. Oktober	.	723,2	268,8	288
30. November	.	701,1	245,2	311
31. Dezember	16 595,3	742,9	200,7	377
1949 31. Januar	.	937,8	192,9	514
28. Februar ¹⁾	.	1 042,3	187,9	590

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Verwaltung für Arbeit

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte im westdeutschen Währungsgebiet in 1000

Gebiet	1948		
	Juni	September	Dezember
Nordrhein-Westfalen	3 858,5	3 962,8	4 072,2
Niedersachsen	1 969,7	1 907,0	1 897,1
Schleswig-Holstein	778,1	716,3	701,8
Hamburg	560,7	562,8	577,3
Bayern	2 528,9	2 472,7	2 516,2
Hessen	1 190,5	1 209,7	1 229,9
Württemberg-Baden	1 116,4	1 130,2	1 161,2
Bremen	211,9	217,0	218,6
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	12 214,7	12 178,5	12 374,3
Baden	315,2	324,6	339,7
Württemberg-Hohenzollern	286,6	298,0	312,6
Rheinland-Pfalz	680,3	697,0	708,1
Französische Zone	1 282,1	1 319,6	1 360,4
Währungsgebiet	13 496,8	13 498,1	13 734,7

Quelle: Verwaltung für Arbeit, Landesarbeitsämter, Statistische Landesämter.

Verkehrsentwicklung (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Eisenbahn						Binnenschifffahrt
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagen-gestellung	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen	beförderte Güter in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	beförderte Güter in 1000 t
1947 M.-D.	29 900	7,7	11 133,0	123 500	220,2	6,2	2 367
1948 „	40 278	6,1	14 456,0	121 256	235,7	7,1	4 058
1948 Januar	32 814	7,6	12 168,3	131 285	236,5	6,5	2 305
Februar	34 235	7,2	11 579,7	128 956	235,9	6,5	2 984
März	36 059	7,1	12 935,1	144 286	237,5	6,6	3 885
April	36 561	6,6	13 987,2	140 163	228,3	6,7	4 432
Mai	37 812	6,9	12 538,0	155 400	226,0	6,8	3 821
Juni	37 444	6,2	13 757,4	140 015	234,1	6,9	4 724
Juli	40 946	5,7	15 911,4	86 090	233,0	7,0	4 721
August	43 439	5,6	15 578,7	100 942	235,0	7,3	4 709
September	44 631	5,2	15 930,8	99 864	235,4	7,4	4 866
Oktober	46 086	5,2	16 772,5	109 329	235,5	7,6	4 497
November	48 418	5,1	16 521,5	111 335	243,4	7,8	4 245
Dezember	44 885	5,5	15 791,5	107 402	247,9	7,9	3 506
1949 Januar	45 857	5,4	15 500,0 ¹⁾	116 967	243,2	7,8	3 903
Februar	46 839	5,1	.	.	244,4	.	3 859

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Hauptverwaltung der Eisenbahn. Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt

Außenhandel (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in Mill. RM, ab Juli 1948 in Mill. DM

Zeit	Einfuhr (Kategorie A+B)			Ausfuhr			Einfuhr-überschuß
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		
		Ernährungs-güter	gewerbl. Güter		Ernährungs-güter	gewerbl. Güter	
1948 Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1	73,3
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9	77,4
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,2	70,8
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3	107,4
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1	136,9
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6	220,5
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0	120,4
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1	107,9
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3	158,4
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4	1,8
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6	76,9
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7	195,3
Insgesamt	3163,8	1825,0	1338,8	1816,8	48,6	1768,3	1347,0
1949 Januar	315,3	147,0	168,3	253,9	12,4	241,5	61,4
Februar	476,4	219,0	257,4	276,5	8,8	267,7	199,9

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Großhandelspreisindexziffern
wichtiger Länder

1938 = 100

Index der Grundstoffpreise
1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	191,2	151,1	218,0
1949 Januar	190,6	152,2	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5

¹⁾ Monatsmitte

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Zeit	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Offiziel)	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)
1945 M.-D.	166	375	135
1946 ..	176	648	154
1947 ..	204	989	194
1948 ..	225	1711	210
1948			
Januar	217	1463	211
Februar	220	1537	205
März	224	1536	205
April	223	1555	207
Mai	226	1653	209
Juni	228	1691	211
Juli	226	1698	215
August	225	1783	216
September	227	1791	215
Oktober	227	1884	210
November	228	1974	209
Dezember	231	1971	209
1949			
Januar	232	1947	
Februar			

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh
	Chikago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chikago 1 Bushel = 56 lbs. \$	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	Chikago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$
1946	1,98	1,63 ^{3/4}	17,61 ^{1/8}	4,43 ^{3/8}	18,68 ^{3/4}	29,57 ^{1/2}	0,22 ^{1/2}	13,06 ^{1/4}	52,00	7,68 ^{3/4}	8,81 ^{1/4}	3,15 ^{1/4}
1947	2,62	2,17	26,62 ^{1/2}	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29
1948												
Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	10,50	5,00
Februar	2,53 ^{1/2}	2,07 ^{1/4}	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
März	2,56 ^{1/2}	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
April	2,61 ^{3/4}	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Mai	2,49	2,36 ^{3/4}	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Juni	2,39 ^{1/2}	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 ^{7/8}	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
Juli	2,29 ^{1/2}	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
August	2,21 ^{1/4}	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
September	2,25 ^{1/2}	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,27 ^{7/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
November	2,26 ^{1/2}	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	15,50	5,00
Dezember	2,26 ^{1/2}	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 ^{3/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	5,00
1949												
Januar	2,34	1,44 ^{1/4}	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,50
Februar	2,25	1,30	26,50	6,65	20,00	30,50	0,18 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,00

Quelle: D B D - Preisdienst

Druckfehler-Berichtigung

In der Januar-Ausgabe sind folgende Druckfehler zu berichtigen:

1. Seite 15, linke Spalte, 8. bis 10. Zeile von unten, muß es heißen: „Da die Berechnung des Reserve-Solls (Mindestguthaben)“ anstatt: „Da die Berechnung des Reserve-Solls und der Mindestguthaben“
 2. Seite 46 in der Spalte „Bayern“ muß es bei 2b) Diskontprovision heißen: „1⁰/100 p.M.“ anstatt: „1% p.M.“.
 3. Seite 50 : der Tabelle „Index der industriellen Produktion“, Spalte „Eisen und Stahl“ muß es bei 1947 M.-D. heißen: „20,1“ anstatt: „41,1“.
-

Druckerei Otto Lembeck, Frankfurt am Main und Butzbach

3. 49. 8500.